



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Alte Lasten, neue Energien

Rege Diskussionen mit Ministerialdirektor Dr. Christian Barth, Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit sowie dem CSU-Landtagsabgeordneten Erwin Huber, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, standen im Zentrum der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. Unter der Leitung des KPV-Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle wurden die Themen Energiewende, LEP, Breitband und Regionalförderung eingehend erörtert.

„Unsere Kernkraftwerke sind sicher!“, betonte eingangs Amtschef Christian Barth. Gleichwohl sei es „ein ausgeprägter gesellschaftlicher Konsens“ gewesen, den Ausstieg aus der Kernkraft zu beschleunigen. Der Umbau der Energieversorgung stelle eine echte Herausforderung für alle Beteiligten dar. Bis zum Jahr 2021 sollen der Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch auf 50 % erhöht und somit verdoppelt, der Anteil Erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch auf 20 % erhöht und die CO₂-Emissionen pro Kopf in Bayern auf deutlich unter 6 Tonnen pro Jahr reduziert werden. Die Schwerpunkte liegen dabei vor allem auf Verbesserungen in der Energieeinsparung, der Steigerung der Energieeffizienz, dem Ausbau Erneuerbarer Energien sowie der Energienetze und -speicher.

Ziele konkretisieren

„Die Ziele sind klar, aber die Wege und Instrumente müssen wir im Wesentlichen erst noch finden“, machte Barth deutlich, wies aber auch darauf hin, dass das bayerische Energiekonzept die Ziele wiederum etwas konkretisiere und Richtungen vorgebe. Dazu zählten die Ausbauquoten, die für die einzelnen regenerativen Energien genannt werden. Danach soll das Ausbauziel für die Wasserkraft bei 17 % liegen und zudem der Photovoltaik-Anteil auf 16 %, der Bioenergie-Anteil auf 10 % und der

Windkraftanteil auf 6 bis 10 % steigen. Der Freistaat erstellt nach Barths Worten Gesamtkonzepte, legt Förderprogramme auf und setzt Rahmenbedingungen, um potenzielle Investoren „auf die richtige Fährte“ zu bringen. Es gehe darum, die Kommunen am Ausbau der erneuerbaren Energien zu beteiligen, um auch Bürgeranlagen zu begünstigen und allgemein die Wertschöpfung in der Region zu erhalten.

Nachhaltigkeit

Ein von der Bayerischen Staatsregierung aktuell aufgelegter „Wegweiser für Energieprojekte in Bayern“ beinhaltet unter anderem die Förderprogramme „Nachhaltige Stromerzeugung durch Kommunen und Bürgeranlagen“ und „Alte Lasten – neue Energien (ALnE)“. Förderzweck-



Dr. Christian Barth, Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, Erwin Huber, Vorsitzender des Landtagsausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zusammen mit KPV-Landesvorsitzendem Stefan Rößle und KPV-Landesgeschäftsführerin Theresa Flotzinger (v. l.). Bild: DK

bzw. -ziel des ersten Programms sind Vorprojekte, Machbarkeitsstudien und Rechtsberatung für kommunale Anlagen und Bürgeranlagen zur Stromerzeugung mit Photovoltaik, aus Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie. Der Fördersatz liegt bei 40 bis 50 % der zuwendungsfähigen Aufwendungen. Zuständige Stelle ist die Bezirksregierung.

Beim ALnE-Programm wiederum geht es um die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Altlasten und stillgelegten Deponien in Bayern. Möglich ist eine Einzelförderung nach Anlagenleistung zwischen 20.000 und 200.000 Euro. Zuständige Stelle ist die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH.

Mit Blick auf die Rahmenbedingungen nannte Barth die Gebietskulisse Windkraft, die bayernweit Flächen ausweist, in denen Windkraftnutzung voraussichtlich möglich ist. Über 40 Kriterien wurden eingearbeitet und die Flächen immissions- und

naturerschuttfachlich vorgeprüft. Weitere, örtlich bedeutsame Aspekte bringen die Kommunen ein, wenn sie die Windkraftnutzung konkret planen - die Gebietskulisse Windkraft dient dabei als Umweltplanungshilfe. Im Energie-Atlas Bayern können die Ergebnisse der Vorprüfung als Ebene eingeblendet werden.

Ökovertägbarkeit

Hinweise für die Genehmigung seien auch für das Thema Wasserkraft geplant, informierte der Amtschef, wenngleich die Akzeptanz der Naturschutzverbände hier geringer ausfalle. Barth versprach jedoch, „auch hier darauf zu achten, dass ein ökologisch verträglicher Ausbau erfolgt“.

„Bei Eingriffen in die Natur sind wir nach dem Bundesnaturschutzgesetz verpflichtet, auch einen Ausgleich zu fordern“, fuhr Barth fort. Allerdings werde dies in Bayern so maßvoll wie möglich (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerische Bezirke:

Inklusion und Gesundheitsvorsorge

Vorrangig mit dem Thema Inklusion in Regelschulen beschäftigte sich der Hauptausschuss des Verbandes der bayerischen Bezirke in Mariakirchen, Kreis Rottal-Inn. Hierzu wurde vor kurzem eine Arbeitsgruppe eingerichtet, dessen Ziel es ist, das inklusive Schulsystem in Bayern weiterzuentwickeln.

Der Hauptausschuss legte fest, zu überprüfen, ob es künftig beim Staat angesiedelte Beratungsstellen für Eltern von Kindern mit Behinderung zu deren weiterer Schullaufbahn geben soll. Verbandspräsident Manfred Hölzlein begrüßte diesen Vorschlag, der den Erziehungsberechtigten weitere Spielräume bei der Frage eröffne, in welcher Schule ihre Kinder den bestmöglichen Bildungsabschluss erreichen können.

Bessere Einbindung

Darüber hinaus wurde ein Bericht der Arbeitsgruppe zur Förderung der Inklusion bei der Teilhabe am Arbeitsleben bei der Kenntnis genommen. Seit geraumer Zeit laufen in allen sieben bayerischen Bezirken verschiedene Projekte zum Übergang aus der Werkstatt für Menschen mit Behinderung auf den allgemei-

nen Arbeitsmarkt. Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es demnach, Modelle zu entwickeln, die eine bessere Einbindung geeigneter Arbeitgeber sichern und die Zuständigkeiten bei der Finanzierung auf Seiten der Sozialleistungsträger und des Freistaates Bayern koordinieren.

Hölzlein sagte dazu in Mariakirchen, dass es im Sinne der Inklusion sei, wenn Menschen auch im Arbeitsprozess ein soweit wie möglich selbst bestimmtes Leben führen könnten. „Von daher sichern wir als Bezirke der Arbeitsgruppe jede nur denkbare Unterstützung zu. Denn je mehr Menschen mit Behinderung in den kommenden Jahren in den allgemeinen Arbeitsmarkt gelangen, desto mehr wird Inklusion auch hier mit Leben erfüllt“, betonte der Präsident, der allerdings auch darauf verwies, dass es massive Probleme für Menschen bei der

Integration auf dem Arbeitsmarkt gebe, dem Druck standzuhalten.

Im Rahmen der Tagung wurde auch ein innovatives Projekt der TU München und der Hochschule Deggendorf gemeinsam mit verschiedenen regionalen Gesundheitsakteuren in Bayern zum Thema „Individuelles Gesundheitsmanagement“ präsentiert. Künftig kann man via Internetportal umfassend die Gesundheit analysieren lassen.

Kompetenznetzwerk

Am auf fünf Jahre ausgelegten Projekt beteiligen sich die Kurorte Bad Füssing, Bad Kötzing, Bad Tölz und Bad Wörishofen. Auch niedergelassene Ärzte und Kliniken der Regionen sind in das Netzwerk eingebunden. Während dieser Zeit soll ein bayernweites Kompetenznetzwerk für Gesundheitsförderung, Krankheitsprävention und Patientenschulung aufgebaut werden.

Auf die Gesundheitsförderung und Prävention werden die bayerischen Bezirke einen besonderen Schwerpunkt setzen, machte (Fortsetzung auf Seite 4)

Gemeindefinanzbericht 2012:

Prägnante Schlaglichter

Ein ambivalentes Bild zeigt der Blick auf die aktuelle kommunale Finanzlage. Im Vergleich zu den desaströsen Vorjahren konnten viele Städte ihre Finanzsituation zuletzt verbessern. Vielen Kommunen ist und bleibt es jedoch unmöglich, den Haushalt aus eigener Kraft auszugleichen. Diese Problemlage verdeutlicht der Gemeindefinanzbericht 2012, den der Deutsche Städtetag unter dem Titel „Stabile Stadtfinanzen – nur mit Bund und Ländern“ veröffentlicht hat.

Wie der Gemeindefinanzbericht 2012 ausweist, sind die kommunalen Einnahmen im Jahr 2011 – insbesondere aufgrund von Zuwächsen bei der Gewerbesteuer – um knapp 5 Prozent auf 183,6 Mrd. Euro gestiegen. 2012 ist ein weiterer Anstieg auf 189,7 Mrd. Euro zu erwarten. Die Ausgaben erhöhten sich 2011 um weniger als zwei Prozent auf 185,3 Mrd. Euro. 2012 wird mit einem Anstieg um lediglich 1,1 Prozent gerechnet. Dementsprechend fiel das Defizit im Jahr 2011 mit 1,7 Mrd. Euro geringer aus als in den Vorjahren. Für das Jahr 2012 wird derzeit mit einem Überschuss in Höhe von 2,3 Mrd. Euro gerechnet.

Steigende Kassenkredite

„Ein Überschuss im kommunalen Gesamthaushalt besagt leider nicht, dass in den Städten alles im Lot ist. Besonders den Oberbürgermeistern finanzschwacher Städte, die keine Chancen haben, den nächsten Haushalt auszugleichen, hilft diese Zahl nicht“, erklärt Helmut Dedy, Stellvertreter des Hauptgeschäftsführers und Finanzdezernent des Deutschen Städtetages. Deutlich werde das Auseinanderdriften von reichen und armen Städten durch den weiteren Anstieg der kommunalen Kassenkredite: Im Jahr 2011 wuchsen sie um 4,9 Milliarden Euro. Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2012 erhöhten sie sich um weitere 2,9 auf fast 48 Milliarden Euro.

Die Ursache für die weiterhin steigenden Kassenkredite ist laut Gemeindefinanzbericht nur zu einem geringen Teil auf der Einnahmenseite zu suchen. Vielmehr sind die Ausgaben, die durch die Kommunen nicht oder nur sehr begrenzt steuerbar sind, in den Blick zu nehmen: Der Anstieg der Aus-

gaben für soziale Leistungen setzt sich ungebrochen fort. Die sozialen Leistungen werden nach Steigerungen in Höhe von 3,2 Prozent im vergangenen und 3,6 Prozent in diesem Jahr an die Grenze von 45 Mrd. Euro heranreichen. Gerade in den nicht konjunkturell bedingten Ausgabenbereichen liegen die Steigerungsraten Jahr für Jahr über dem Wachstum der Einnahmen: Hierzu zählen die Hilfen zur Erziehung, die Jugendhilfe, die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, die Hilfe zur Pflege oder die Grundsicherung im Alter. So ist etwa die Zahl der Kinder, die von den Jugendämtern in Obhut genommen werden mussten, bundesweit im vorigen Jahr um 6 Prozent gestiegen; seit dem Jahr 2007 ist ein Anstieg um 36 Prozent zu verzeichnen.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von **Sabrina**

Der Bürgermeister verglich anlässlich des Tages der Deutschen Einheit die unterschiedlichen Nationalfeiertage, z. B. von Frankreich und den USA. So bemerkte er dass die Deutschen aufgrund ihrer wechselvollen Geschichte im Vergleich ein sehr differenziertes Verhältnis zum Nationalfeiertag und anderen wichtigen Jahrestagen haben. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Neuregelung: Alkohol und Ladenschluss	2
Nach Urteil: Diskussion um Abschaffung der Studiengebühren	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Gesundes Wachstum	3
CSU-AK Umwelt: Energiewende entschlossen fortsetzen	3
Föderalismus: Das zerstörte Gleichgewicht	3
Große Kreisstädte: Vom Finanzausgleich bis Krippenausbau	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Bauthemen	5-9
Kommunikation · IT · EDV	10-12
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Diskussion um Studiengebühren

Abschaffung zum Sommersemester 2013 möglich Opposition setzt auf Volksentscheid

Noch im November will der Landtag entscheiden, ob die seit 2007 an den bayerischen Hochschulen erhobenen Studiengebühren abgeschafft werden. Es geht um 180 bis 200 Millionen Euro pro Jahr, deren Verwendung im Sinne der besseren Lehr- und Lernverhältnisse den einzelnen Universitäten zur eigenen Verfügung gestellt wird. Pro Student sind - mit sozialen Ausnahmen - bis zu 500 Euro pro Semester zu entrichten, die gewissermaßen als Darlehen später im Berufsleben in kleinen Jahresraten zurückzahlen sind. Den Anstoß für die Streichung der Gebühren haben die Freien Wähler gegeben. Ihr im Landtag von SPD und Grünen wörtlich übernommener Dringlichkeitsantrag wurde von der Koalition abgelehnt, führte jedoch zu kontroversen Koalitionsgesprächen.

Die 2008 gebildete CSU/FDP-Koalition war für die Gebühren, weil sie helfen, Bayerns Hochschulen zu den besten in Deutschland auszubauen. Das bestätigten im Landtag nochmals Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch und Karsten Klein für die Liberalen. Wenn für zehn Semester je rund 500 Euro pro Person zu zahlen sind, die im Berufsleben bis zu 25 Jahren praktisch als Darlehen zu tilgen sind, sei das im Ergebnis ein toller Erfolg, wie auch im Bundesvergleich festzustellen.

Verfassungsgerichtsurteil

Eine Abschaffung über Volksbegehren und -entscheid hatte die Koalition bislang versperrt gesehen, weil die Verfassung alle Finanzfragen der alleinigen Zuständigkeit des Landtags zuweist. Damit hatten sich die Freien Wähler nicht abgefunden und unter Führung ihres Experten Michael Piazzolo einen von 27.000 Bürgern unterschriebenen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof vorgelegt. Der entschied am 22. Oktober, Volksbegehren und Volksentscheid, den dann 10% der Staatsbürger (rund 800.000) unterschreiben müssten, seien für die Studiengebühr zulässig. Es handle sich um „Durchlaufposten, aus denen sich für den Staatshaushalt weder Einsparungen noch zusätzliche Belastungen ergeben“.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Kurt Kneipp
97842 Korbach
am 27.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Höß
83707 Bad Wiessee
am 21.11.

Bürgermeister Willibald Dietl
94265 Patersdorf
am 25.11.

Bürgermeister Karl Weiß
86480 Waltenhausen
am 26.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Joachim Lang
91227 Leinburg
am 21.11.

Bürgermeister Bernhard Walter
86450 Altenmünster
am 22.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Dr. Birgit Kreß
91459 Markt Erlbach
am 16.11.

Bürgermeister Hubert Ammer
94368 Perkam
am 17.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Grasl
82541 Münsing
am 26.11.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

den Prüfstand gestellt habe“. Sie bezog sich auf eine Äußerung Seehofer.

Seehofer für Abschaffung

Er hatte sich letztes Jahr in diesem Sinne geäußert. Am Rande der Landtagssitzung wiederholte er mit Blick auf einen Landtagswahlkampf bei laufendem Volksbegehren seinen Rat, auf die Gebühr zu verzichten. CSU-Fraktionschef Georg Schmid bestätigte, dass sich in der Fraktion die Meinung teilweise geändert habe. Man solle jetzt sachlich verhandeln. Für eine Abschaffung der Studiengebühren wäre eine Änderung des Hochschulgesetzes, also ein Koalitionsbeschluss erforderlich.

In der FDP-Fraktion entsprach das sachliche Ja zu den Studiengebühren den Koalitionsvereinbarungen. Im Sinne Seehofer nun davon abzurücken und die CSU gegen die Opposition allein zu lassen, widerspräche dem Gebot der Koalitionstreue. Die Landesvorsitzende und Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hatte sich intern und bei einer Presseanfrage strikt für die Gebühren und gegen „Deals oder mögliche Kompromisse“ ausgesprochen. Die Bürger sollten die Chance bekommen, sich einzubringen. **rm**

Weltspartag 2012:

Bayern sind zufrieden und optimistisch

Sparkassen als Vertrauensanker der Sparer

Die Sparkassen genießen in Bayern wie in Deutschland größeres Vertrauen als jedes andere Kreditinstitut. 60% aller Bürger bringen ihnen „viel“ oder „sehr viel“ Vertrauen entgegen. Zu diesem Ergebnis kommt die bereits traditionell zum Weltspartag durchgeführte repräsentative Umfrage „Vermögensbarometer 2012“, die den finanziellen Status quo der Bundesbürger und ihre Haltung zur Vermögensbildung ermittelt. Dabei spielen zwei Besonderheiten der Sparkassen-Finanzgruppe eine wichtige Rolle: die konsequente Verankerung der Institute in ihrer jeweiligen Region und ihr gemeinnütziger Ansatz.

86% der Haushalte in Bayern legen beispielsweise Wert darauf, dass ihr Kreditinstitut nicht nur den Gewinn maximiert, sondern auch auf das Wohlergehen der Menschen und Unternehmen im Geschäftsgebiet achtet. Fast zwei Drittel möchten außerdem, dass ihre persönlichen Einlagen in der Region bleiben und dort als Kredite an regionale Unternehmen, Handwerksbetriebe oder Immobilienkäufer vergeben werden sollten. Beide Ansätze sind feste Bestandteile des Geschäftsmodells der Sparkassen.

Vertrauen in Einlagensicherung

Das Vertrauen der Menschen in die Sparkassen fußt auch auf dem Wissen, dass sie hier einen leistungsfähigen Sicherungsmechanismus für ihre Einlagen bekommen. Die übergroße Mehrheit von 69 % der Bevölkerung und auch die Teilnehmer des Vermögensbarometers 2012 lehnen deshalb die derzeit diskutierten Pläne zu einer europäischen Einlagensicherung ab. Sie wissen die bayerischen Sparkassen an ihrer Seite, die das solide, hohe Schutzniveau für ihre Kunden erhalten und einer Umverteilung entgegenwirken wollen.

Bayerische Verbraucher zufrieden mit finanziellen Verhältnissen

Die regionale Auswertung des Vermögensbarometers 2012, die der Sparkassenverband Bayern beauftragt hat, zeigt, dass die Bayern trotz der Finanz- und Schuldenkrise mit ihren finanziellen Verhältnissen heute deutlich zufriedener sind als in den Vorjahren. Die Verbraucher im Freistaat zeigen sich zurzeit mit ihrer allgemeinen finanziellen Situation ausgesprochen zufrieden und

belegen damit einen Spitzenwert innerhalb Deutschlands. 61% der bayerischen Verbraucher sagen, dass es ihnen in materieller Hinsicht „gut“ oder „sehr gut“ geht – ein Wert der markante vier Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt liegt. Auch die Zukunftserwartungen sind von Zuversicht geprägt.

euregia 2012 in Leipzig:

Expertentreff für Kommunal- und Regionalentwicklung

Kommunen, Regionen und transnationale Netzwerke diskutieren im Rahmen der Leipziger euregia 2012, Fachmesse und Kongress für Kommunal- und Regionalentwicklung in Europa, Ideen und Lösungen für das künftige Leben in Städten und Regionen. Im Mittelpunkt der dreitägigen euregia, die mehr als 2.200 Besucher aus 25 Ländern verzeichnete, standen die Zukunftsthemen Demografie, Daseinsvorsorge und Mobilität.

Alle zwei Jahre dient die Kongressmesse dem europaweiten Ideen- und Wissensaustausch. Insgesamt 200 renommierte Referenten aus Institutionen, Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen widmeten sich heuer in Fachveranstaltungen den Schwerpunktthemen von euregia und new mobility. Die begleitende Ausstellung, die sich auf mehr als 120 Aussteller vergrößerte, informierte die Messebesucher über interessante Projekte, Produkte und Dienstleistungen.

Stadt und Land

Im Rahmen der euregia fand als Auftaktveranstaltung das „Politische Forum“ unter dem Titel „Stadt und Land! – Stadt oder Land?“ statt. Hochkarätige Podiumsteilnehmer diskutierten das Verhältnis von Stadt und Land und die Erfordernisse an die Mobilität von morgen.

Alkohol und Ladenschluss

CSU und FDP um Einigung über gesetzliche Neuregelung bemüht

Der schwelende Streit, ob Bayern ein eigenes Ladenschlussgesetz braucht, ist zwischen den Koalitionspartnern im Landtag neu aufgeflammt. Angefacht unter anderem durch den von Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) mit Interessenverbänden vereinbarten Kompromiss, dass an Tankstellen nach wie vor Lebensmittel an jedermann, Alkohol aber nur bis 22 Uhr verkauft werden soll. Diese „pragmatische und lebensnahe“ Einigung sei ein wichtiger Schritt für den Vollzug des Bundesgesetzes. Sie wies die Vermutung der FDP zurück, das bedeute ein Einknicken der CSU, die kein eigenes Ladenschlussgesetz will. Beide Fraktionen wollen weiter verhandeln, wobei außer Alkohohl auch andere Komplexe eine Rolle spielen.

Der Bayerische Städtetag hat das Ergebnis der Verhandlungen mit Mineralölwirtschaftsverband und Tankstellenpächtern als „Schnapsidee“ bewertet, wie Geschäftsführer Bernd Buckenhofer erklärte. Die Städte fordern, dass sich niemand nach Ladenschluss mit Alkohol an einer Tankstelle eindecken dürfe. Diese klare Regel habe den Vorteil, dass „eine Quelle für Safttouren versiegt“. FDP-Fraktionsgeschäftsführer Tobias Thalhammer beurteilte das freiwillige Übereinkommen als Fortsetzung eines gewissen

Durcheinanders. Man werde gegenüber der CSU weiter den Standpunkt vertreten, ein eigenes Ladenschlussgesetz zu schaffen Ministerpräsident Horst Seehofer hatte sich für die freiwillige Einigung ausgesprochen.

Handlungsspielraum

In diesem Sinn begrüßte Innenminister Joachim Herrmann (CSU) die Einigung der Koalitionsfraktionen, einer von ihm vorgeschlagenen Änderung des Landesstraß- und Ordnungsgesetzes zuzustimmen. Danach können die Städte und Gemeinden künftig Alkoholverbote an bestimmten Brennpunkten im öffentlichen Raum verhängen. Es geht nicht nur um Verzehr, sondern auch um das Mitführen alkoholischer Getränke. Bisher hatten die Kommunen nur beschränkte Möglichkeiten, den

Schuller GmbH aus Friedberg:

„Mittelstandsbetrieb des Jahres“

Wirtschaftstag der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Augsburg - Traditionell zeichnen die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken auf ihrem Wirtschaftstag „Bayerns Mittelstandsbetrieb des Jahres“ aus. Der mit 20.000 Euro dotierte Innovationspreis ging dieses Jahr an die Schuller GmbH aus Friedberg bei Augsburg.

Das Unternehmen hat vor drei Jahren unter der Marke Dellflex den Multiliner auf den Markt gebracht. Das Produkt beseitigt Delen und Beulen an Fahrzeugen

binnen Sekunden und schon dabei die Lackierung. Die neue Reparaturmethode ermöglicht es, Karoserieschäden zu beheben, ohne aufwendig Fahrzeugverkleidungen oder -teile demontieren zu müssen. In kürzester Zeit setzte sich die lackierfreie Ausbeultechnik in der Automobilbranche durch. Mittlerweile nutzen Herstellerkonzerne den Multiliner auch in der Endkontrolle. Zudem wird das elektrotechnische Verfahren auf den Exportmärkten, etwa in Russland und Südamerika, erfolgreich angewendet.

Unternehmergeist

Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), würdigte die Leistungen des Mittelständlers: „Der Preisträger zeigt eindrucksvoll, dass sich Unternehmergeist in Bayern lohnt. Wer mit seinen Innovationen dazu beiträgt, dass unsere Wirtschaft wachsen kann und Arbeitsplätze geschaffen werden, verdient große Anerkennung.“ Katja Hessel, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, das die Schirmherrschaft für die Auszeichnung inne hat, ergänzte: „Der Innovationspreis der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken zeigt, worauf es ankommt: Dauerhafter unternehmerischer Erfolg erfordert stete Innovationsanstrengungen. Die bayerischen Unternehmen gehören zu den ideenreichsten der Welt und besonders im Mittelstand gibt es gewaltiges Innovationspotenzial. Die Bayerische Staatsregierung hilft, diese Potenziale zu heben, damit aus Ideen Innovationen werden.“ **DK**

Föderalismus und Subsidiarität

Vortragsveranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung:
Europas verlorenes Gleichgewicht

Wie steht es mit der demokratischen Legitimation der Machtfülle, die wir gegenwärtig auf europäischer Ebene erleben? Wie steht es in Deutschland mit unseren gewachsenen Strukturen der Länder, die den Bund aus freien Stücken gebildet haben? Oder mit anderen Worten: Wie können Freistaat, Bundesrepublik und Europäische Union in ein neues, zukunftsfestes und demokratisches Gleichgewicht gebracht werden? Diese Fragen wurden anlässlich einer Vortragsveranstaltung im Konferenzzentrum München diskutiert. Als Redner konnte die Hanns-Seidel-Stiftung den Publizisten und ehemaligen Chefredakteur des Bayernkurier, Wilfried Scharnagl, gewinnen.

In der thematischen Einführung durch den Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair wurde noch einmal die Erfolgsgeschichte des Projekts Europa betont und auf die sechs Jahrzehnte Frieden im Zentrum unseres Kontinents verwiesen. Aber, so Zehetmair, man müsse über die Entwicklungen in Europa kritisch nachdenken, insbesondere die „Verortung der Entscheidungsbefugnisse“ sei aktuell nicht mehr im Gleichgewicht. Die Kernfrage laute: Wo ist die adäquate Ebene der jeweiligen Entscheidungsfindung?

Subsidiarität

Diesen Punkt griff Wilfried Scharnagl auf. Seiner Meinung nach haben zwei wichtige Ideen Schaden genommen: Subsidiarität und Föderalismus, zwei Kernpunkte bayerischen Politikverständnisses. Scharnagl sprach sich deutlich gegen eine „Entmündigungs-ideologie“ und einen „Bevormundungswahn“ aus. Er erläuterte in einem weiten historischen Spannungsbogen, beginnend 1871, das Zurückdrängen bayerischer Eigenstaatlichkeit und die Schwächung des Föderalismus. Nachdem schließlich die Nationalsozialisten die letzten Spuren des Föderalismus getilgt hatten, entstand nach dem Ende des Krieges eine neue Bundesrepublik mit einer neuen bundesstaatlichen Ordnung.

Administrativparlament

Scharnagl verwies in diesem Kontext darauf, dass die bayerische Verfassung vor dem Grundgesetz entstanden sei und der Idee nach eine „Verfassung eines Vollstaates“ darstelle. Heute sei davon immer weniger zu sehen, der Kompetenzverlust der Länder ist zu beklagen und eine Tendenz zum Administrativparlament erkennbar. Sein besonderes Augenmerk legte Scharnagl auf das Ungleichgewicht im Länderfinanzausgleich. Den vier Geberländern, Baden-Württemberg, Hessen, Hamburg und allen voran Bayern, stehen in Deutschland 12 Nehmerländer gegenüber. Der Länderfinanzausgleich in der derzeitigen Form schwäche aber die Geberländer, lähme die Nehmerländer und insgesamt werde dadurch Wirtschaftswachstum verhindert. Gefragt sei vielmehr ein Wettbewerbsföderalismus. Mit Blick auf Europa warnte Scharnagl davor,

dass sich Europa auf dem Weg zur Transferunion befinde. Dabei sei Europa weit mehr als nur der Euro. Die Architekten der Zusammenarbeit in Europa, Männer wie der Franzose Robert Schuman oder der Deutsche Konrad Adenauer, dachten in den Dimensionen des christlichen Abendlandes.

Scharnagl zitierte den Dominikaner Wolfgang Ockenfels: „Wir

müssen Europa wieder neu buchstabieren lernen, und zwar nach dem Alphabet der Subsidiarität.“ Gefragt sei die Stärkung der Eigenverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe.

Der Freistaat Bayern müsse gegen die zunehmenden Kompetenzverlagerungen des Bundes an Brüsseler Instanzen Widerstand leisten und für die politische und staatliche Freiheit kämpfen. Es gehe nicht um Separatismus, so Scharnagl, aber er freue sich, dass er mit seinem Vorträgen, die auf seinem jüngst erschienenen Buch „Bayern kann es auch allein“ basieren, eine Diskussion über das „zerstörte Gleichgewicht“ von Ländern, Bund und Europa angestoßen habe.



Wilfried Scharnagl, ehemaliger Chefredakteur des Bayernkurier (l.) zusammen mit Prof. Dr. Hans Zehetmair, dem Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung.

AKU-Landesversammlung in Nürnberg:

Energiewende entschlossen fortsetzen

Das Herkulesprojekt Energiewende nimmt bisher einen sehr guten Verlauf, so der Tenor auf der Landesversammlung des CSU-Arbeitskreises Umweltsicherung und Landesentwicklung in Nürnberg. Gleichwohl brachten die Mitglieder des AKU unter Vorsitz von MdB Josef Göppel ihre Forderungen für das Gelingen der Energiewende sowohl in einer ausführlichen Diskussion mit Bundesumweltminister Peter Altmaier als auch durch den Leitantrag „Die Energiewende stärkt Deutschland“ vor.

Altmaier machte eingangs deutlich, dass er Schnellschüsse bei der Umsetzung der Energiewende ablehne. „Wir brauchen ein Gesetz, das zehn bis zwölf Jahre hält und nicht alle acht Monate wieder ein neues“, erklärte der Minister. Wichtig sei für alle Beteiligten die Planungs- und Versorgungssicherheit sowie „einigermaßen erträgliche Preise“.

Bei der Förderung erneuerbarer Energien plant Altmaier feste Quoten, etwa für die Entscheidung, wo wie viele Windparks und Biogasanlagen gebaut werden sollen. Er ist aber wegen des Widerstands der Länder skeptisch, ob dies noch vor der Bundestagswahl in einem Jahr klappt. Landesvorsitzender Josef Göppel fasste die Intention des Ar-

beitskreises Umweltsicherung und Landesentwicklung wie folgt zusammen: „Wir wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht auf dem Verwaltungsweg bremsen, sondern die erneuerbaren Energien möglichst schnell marktfähig machen. Dazu müssen Kleinerzeuger zusammengeführt werden, so dass Komplettangebote entstehen, die sich auf dem Markt durchsetzen können.“ Konkret wird dies im AKU-Leitantrag, der zehn Verbesserungsvorschläge umfasst.

Sozialer Ausgleich

Altmaier räumte ein, dass Privathaushalte durch die hohen Energiekosten enorm belastet werden. Hier müsse es einen sozialen Ausgleich geben, forderte er und sprach sich erneut für eine Bürgerdividende aus, durch die sich Privathaushalte zu einem festen Zinssatz beteiligen könnten. Konkret stellte er fünf Prozent Verzinsung in Aussicht.

Landesvorsitzender Josef Göppel fasste die Intention des Ar-

GZ Kolumne

Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Franz Josef Strauß hat einmal formuliert: „Konservativ sein heißt an der Spitze des Fortschritts zu marschieren.“ Unser fortschrittliches Denken und Handeln in Bayern bewirkt, dass die Arbeitslosigkeit niedrig ist, die Handwerksbetriebe ausgelastet sind, die Unternehmen gute Ergebnisse erzielen – kurzum die Wirtschaft boomt und die Steuereinnahmen sprudeln. Diese füllen die Kassen unserer Kommunen und kommen somit auch dem einzelnen Bürger zugute.

Um diese Spitzenposition, den damit verbundenen Wohlstand und unsere hohe Lebensqualität zu halten, benötigen wir aber auch in Zu-



treibt. Wir brauchen ein Bewusstsein für Bescheidenheit und Grenzen des Wachstums. Wohin ungezügelter Kapitalismus und gieriges Spekulieren führen, können wir derzeit an der Finanzkrise erleben. Wir brauchen Wachstum mit menschlichem Antlitz, mit sozialen Unternehmen, die nicht nur auf Gewinnerorientierung ausgerichtet sind, sondern ihre sozialen Verpflichtungen ernst nehmen.

Das bayerische Wirtschaftswachstum lag in den vergangenen zehn Jahren um fast fünf Prozentpunkte höher als der Bundesdurchschnitt mit gleichzeitig niedrigster Arbeitslosenquote. Wachstum kann also auch soziale Rendite für alle bringen.

Seit Carl Benz, der anfänglich Spott für seinen Motorwagen ohne Pferd ertete, wissen wir, dass Fortschritt nicht aufzuhalten ist. Aber die Geschwindigkeit des Wachstums sollten wir insoweit beeinflussen, dass der Mensch nicht auf der Strecke bleibt. Wenn der Einzelne am Fortschritt und Aufschwung beteiligt wird, wenn auch für ihn Wachstum spürbar ist, dann sollten die Auswirkungen der Umbrüche in unserer Gesellschaft in der Balance gehalten werden können.

Bayern hat die Menschen, die Köpfe und die Kraft für Wachstum und Innovation. Wenn wir bayerischen Kommunalpolitiker weiterhin mit Leidenschaft, Begeisterung, Mut und Kreativität anpacken und darauf hinwirken, dass das Gemeinwohl in Politik und Wirtschaft im Mittelpunkt steht, dann wird ein qualitatives Wachstum gelingen.

Wenn Sie dabei mitmachen, sind wir auf dem besten Weg in eine gesunde Zukunft Bayerns.

Ihr Stefan Rößle

Gesundes Wachstum

kunft ausreichend Wachstum. Dieses angestrebte Wachstum geht meist einher mit mehr Leistungs- und Konkurrenzdruck, der schon in der Schule beginnt, mit mehr Belastung im Berufsleben und egoistischem Handeln der Wirtschaft. Dieser Anspruch von „höher, schneller, weiter“ ist leider nicht immer gleichbedeutend mit mehr Wohlbefinden für die Menschen. Ganz im Gegenteil, für viele Menschen heißt das Dauerstress, der krank machen kann.

Deshalb brauchen wir ein Wachstum, das verträglich ist für unsere Menschen und für unsere Umwelt. Es soll geleitet werden von einer Nachhaltigkeit, die unsere Menschen nicht ausbeutet und keinen Raubbau an unseren Ressourcen be-

traktiv zu gestalten, würden variable Einspeisevergütungen und variable Tarife für Verbraucher benötigt. Dies sei der schnellste Weg, um bedarfsgerechte Erzeugung und netzgesteuerte Lastabschaltung im Markt zu stärken.

Außerdem müssten die gesetzlichen Grundlagen im Baubereich Konzepte und Maßnahmen der Energieeinsparung konsequenter stärken. Dies gelte zum Beispiel für die Durchsetzbarkeit von Sanierungen in Eigentümergemeinschaften. Der bayerische Aktionsplan zur Senkung des Stromverbrauchs um 20 Prozent bis 2020 sei ein wichtiger Impuls für die Glaubwürdigkeit bayerischer Politik. Ebenso konkrete Schritte werden auch auf Bundesesebene eingefordert.

Ohne den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien werde die Energiewende scheitern. Der Aufwuchs der installierten Leistung dürfe nicht durch einschnürende Rahmenbedingungen gebremst werden. Stattdessen brauche es Strukturen, die den Kleinerzeugern helfen, ihr Angebot bedarfsgerecht zusammenzufassen und marktfähig anzubieten. Der AKU tritt für möglichst viele regionale Energieversorgungskonzepte ein und zudem für mehr Direktbelieferung von Mietern. So könnten mehr Dachflächen in den Städten marktwirtschaftlich tragfähig zur Ener-

gieversorgung genutzt werden.

Da Strom zu den Grundbedürfnissen der Daseinsvorsorge zählt, wird vorgeschlagen, jährlich 1200 kWh pro Haushalt zum durchschnittlichen Industriestrompreis abzugeben. Auch wird dafür plädiert, bis zum Herbst 2012 ein Förderprogramm für Stromspeicher vorzulegen. Insbesondere schlägt der AKU eine Anschubförderung für dezentrale Kleinspeicher vor, die etwa ein Drittel des durchschnittlichen Kaufpreises umfasst.

Koppelprodukte

Erneuerbare Energien sollen auch im Kraftstoffsektor genutzt werden, soweit sie als landwirtschaftliche Koppelprodukte anfallen. Das gilt beispielsweise für Rapsöl, dessen Presskuchen als eiweißreiches Tierfutter Sojaeinfuhrer ersetzt. Die Zukunft der Biokraftstoffe wird in den großvolumigen Motoren der Landwirtschaft, des Speditionsgewerbes und der Bauwirtschaft gesehen. Schlussendlich wird für die Einsetzung eines Energiebeauftragten ähnlich dem Wehrbeauftragten plädiert. Der Energiebeauftragte soll neben seiner koordinierenden Tätigkeit Ansprechpartner für alle sein, die bei der konkreten Umsetzung der Energiewende mit Hindernissen zu kämpfen haben. **DK**

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

RHEIN-MAIN-DONAU

/ REGENERATIV
/ MODERN
/ DYNAMISCH

Man-Kraftwerk Himmelsstadt / www.rmd.de

Arbeitsgemeinschaft der Großen Kreisstädte:

Von Finanzausgleich bis Krippenausbau

Das jährliche Treffen der AG der Großen Kreisstädte fand heuer auf Einladung von OB Peter Bürgel in Dachau statt. Die Stadtoberhäupter tauschten sich bei ihrer zweitägigen Sitzung über aktuelle kommunalpolitische Themen aus.

Am Auftakt der Tagung stand ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg. Schwerpunkte des Gesprächs waren Ergebnis und Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs, die Auswirkungen des EU-Fiskalpakts auf die Kommunen und der Ausbau der Krippenbetreuung.

Maly zeigte sich zufrieden mit dem Ergebnis der Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich 2013. Insbesondere die weitere Anhebung des kommunalen Anteils am allgemeinen Steuerverbund auf nun 12,75 Prozent entfaltete eine dauerhafte Wirkung über 2013 hinaus. Das Ziel einer Verbundquote von 15 Prozent muss allerdings künftig mit noch größe-

ren Schritten erreicht werden. Hervorgehoben hat Maly, dass der nach schwierigen Gesprächen innerhalb der kommunalen Familie gefundene Kompromiss bei der Einwohnergewichtung vom Bayerischen Städtetag solidarisch mitgetragen wird. Die damit einhergehende Umverteilung von den größeren Städten zu den kleinen Gemeinden ist kein erster Schritt, sondern ein großer Schritt, so Maly. Ob ein weiterer Schritt erforderlich ist, soll nun durch ein wissenschaftliches Gutachten geprüft werden. Auf Zustimmung bei den Oberbürgermeistern traf die Überlegung Malys, bei der Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs eine stärkere Gewichtung der Zentralitätsfunktionen der Städte und Gemeinden zu prüfen.

Prägnante Schlaglichter...

(Fortsetzung von Seite 1)

Zu begrüßen sind nach Auffassung des Deutschen Städtetags daher die sozialpolitischen Vereinbarungen, die zwischen Bund und Ländern im Rahmen der Fiskalpaktdiskussionen getroffen wurden: So übernimmt der Bund früher als bislang von ihm zugestanden die Ausgaben der Kommunen für die Grundsicherung im Alter. Auch hat er die Einführung eines Bundesleistungsgesetzes für die Eingliederungshilfe in der nächsten Legislaturperiode in Aussicht gestellt. Zudem erhöht der Bund seine Leistungen für den Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren – „angesichts der aktuellen Bedarfserhebungen“ eine nahe liegende Entscheidung“.

Zukunftsinvestitionen

In den Jahren 2009 bis 2011 konnten die kommunalen Investitionen durch das Zukunftsinvestitionsgesetz gegenüber den Vorjahren deutlich erhöht werden. Dies erklärt den absehbar starken Rückgang der kommunalen Baumaßnahmen um ca. 15 Prozent im Jahr 2012. Die Bedeutung des Konjunkturpakets wird damit noch einmal unterstrichen. Nach seinem Auslaufen tritt die strukturell bedingte kommunale Investitionsschwäche in 2012 deutlich zu Tage: Es ist davon auszugehen, dass die kommunalen Investitionen in 2012 nicht einmal das Niveau des Jahres 2008 erreichen werden. „Und selbst wenn dies gelingen sollte: Auch dann werden die Investitionen vielerorts nicht einmal ausreichen, um die dringend erforderlichen Ersatzinvestitionen zu finanzieren; von einem Infrastrukturer- oder Vermögensaufbau ganz zu schweigen.“

Stichwort Fiskalpakt: Durch die innerstaatliche Umsetzung des Paktes dürften sich laut Gemeindefinanzbericht bis zum Jahr 2020 keine grundlegenden Veränderungen für die Kommunen ergeben. Wie bisher ist keine länderspezifische Zurechnung der kommunalen Defizite geplant. Den einzelnen Ländern wird also weiterhin nicht die Verpflichtung auferlegt, dafür Sorge zu tragen, dass die Summe ihres jeweiligen Defizits und der Defizite der Kommunen im jeweiligen Land zusammen einen bestimmten Schwellenwert unterschreitet. Defizitgrenzen gelten, wenn überhaupt, nur für das einzelne Land ohne Berücksichtigung der Kommunen. Wie schon bei der Diskussion um die Schuldenbremse deutlich wird, entsteht auf diesem Weg ein Anreiz für Länder, ihre Defizite auf die kommuni-

nale Ebene zu verlagern und damit den Konsolidierungszwang auf die Kommunen abzuwälzen.

Die Aufgaben zur Überwachung der Einhaltung der Defizitgrenze soll zukünftig der Stabilitätsrat übernehmen. Da insbesondere die Bedeutung kommunaler Fragen innerhalb des Stabilitätsrats deutlich zunimmt, „ist nicht nachvollziehbar, dass die kommunalen Spitzenverbände im derart erweiterten Stabilitätsrat nicht fest eingebunden sein sollen“. Auch die kommunale Budgethoheit, die einer der wesentlichen Bestandteile der kommunalen Selbstverwaltung ist, spreche für eine entsprechende Beteiligung der Kommunen. „Hier darf das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.“

Kommunalkredite

Nach Ansicht des Deutschen Städtetags drohen angesichts der Staatsschuldenkrise andere Themen zu Unrecht vernachlässigt zu werden. Dies gelte etwa für die aktuelle Debatte über Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung von Banken und die Bankenaufsicht. Hier müssten die Folgen für den Kommunalkredit im Blick behalten werden. Unstrittig sei, dass die Finanzmarktkrisereformen nach sich ziehen müssen. Diese müssten aber an den Stellen ansetzen, die sich in der Vergangenheit als besonders fragil und problembehaftet erwiesen haben. Die Kommunalfinanzierung gehöre dazu gerade nicht.

Der Verband hält es daher für nicht sachgerecht, die sog. Basel III-Regelungen undifferenziert umzusetzen. Die Empfehlungen seien auf international tätige Banken zugeschnitten. Eine undifferenzierte Anwendung auf alle Kreditinstitute verkenne, dass sich diese in Größe und Geschäftsmodell unterscheiden. Dies berge erhebliche Gefahren

Der Kampf der EU gegen die Staatsschuldenkrise trifft nicht nur die nationale Ebene der EU-Mitgliedsländer. Auch die Kommunen werden die Auswirkungen des Fiskalpakts zu spüren bekommen. Während die deutsche Schuldenbremse auf Land und Bund wirkt, sind die Kommunen beim Fiskalpakt bei der Berechnung des gesamtsstaatlichen Defizits mit einbezogen.

Somit werden die Handlungsspielräume von Bund, Ländern und Kommunen enger. Wenn der Fiskalpakt dem bayerischen Finanzminister Daumenschrauben ansetzt, ist schon jetzt absehbar, dass künftige Verhandlungen um den kommunalen Finanzausgleich in Bayern schwieriger werden – der Freistaat darf seine Kommunen nicht im Regen stehen lassen. Der Erfahrungsaustausch zum Krippenausbau hat gezeigt, dass die Großen Kreisstädte hier auf einem guten Weg sind. Einmütig unterstützt wurde die Forderung des Bayerischen Städtetags, das bis Ende 2013 befristete Investitionsförderprogramm unbefristet zu verlängern. □

für den risikolosen Kommunalkredit, denn hier seien die Gewinnmargen für die Bank gering.

„Wenn eine Bank aber ohne Rücksicht auf das jeweilige Risiko eines Kredits gezwungen ist, eine bestimmte Eigenkapitalquote vorzuhalten, dann wird sie sich zukünftig tendenziell für solche Produkte entscheiden, die – bei gleicher Eigenkapitalhinterlegung – größere Gewinne versprechen“, so der Bericht. Im Ergebnis drohe so eine Verteuerung des Kommunalkredits. Vor diesem Hintergrund hat der Deutsche Städtetag seinen Mitgliedsstädten auch empfohlen, sich nicht ohne Rechtsgrund einem Rating durch entsprechende Agenturen zu unterziehen. Ein solches Rating verursache allein Kosten und sei nicht erforderlich. Für Kommunen als juristische Personen des öffentlichen Rechts ist in allen Bundesländern die Insolvenzfähigkeit ausgeschlossen. „Wer gleichwohl differenzierende Risikobetrachtungen propagiert, redet wachsenden Preisunterschieden bei der kommunalen Refinanzierung und insgesamt steigenden Finanzierungskosten der Kommunen das Wort.“

Große Chance

Auch der gemeinsame Schulterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern (Inklusion) bedeute eine große Chance, aber auch eine große finanzielle Herausforderung für die Städte. „Sie werden aktiv daran mitwirken, Menschen mit Behinderungen das Recht auf Bildung durch den gemeinsamen Schulbesuch zu sichern.“ Der Deutsche Städtetag unterstützt die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention ausdrücklich. „Die Länder, die für das Schulrecht zuständig sind, stehen in der Verantwortung, die entsprechenden gesetzlichen Regelungen auf den Weg zu bringen.“ **DK**

Inklusion und...

(Fortsetzung von Seite 1)

Hölzlein bei einem Treffen der Bezirkstagspräsidenten, das am Vortrag der Hauptausschuss-Sitzung stattgefunden hatte, deutlich. Nicht nur bei Volkskrankheiten wie Bluthochdruck und Rückenschmerzen, auch bei Krebsleiden, Schwellenwert unterschreitet. Defizitgrenzen gelten, wenn überhaupt, nur für das einzelne Land ohne Berücksichtigung der Kommunen. Wie schon bei der Diskussion um die Schuldenbremse deutlich wird, entsteht auf diesem Weg ein Anreiz für Länder, ihre Defizite auf die kommuni-

Wie der Gastredner, Professor Horst Kunhardt von der Hoch-

schule Deggendorf ausführte, komme der individuellen Gesundheitsprophylaxe eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Hier könnte vor allem ein Kompetenznetzwerk von Kurorten und Heilbädern, aber auch der Fachkrankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen der bayerischen Bezirke, einen wichtigen Beitrag leisten. Das IGM CAMPUS stelle ihnen über moderne Informations- und Kommunikationstechniken die Infrastruktur zur Verfügung, um jedermann eine Risikobewertung des eigenen Gesundheitszustandes zu ermöglichen und eine

Alte Lasten, neue Energien...

(Fortsetzung von Seite 1)

lich über die Bühne gehen. „Beim Wind verlangen wir beispielsweise keine Ausgleichsflächen“, hob der Amtschef hervor.

Darüber hinaus wird das Umweltministerium gemeinsam mit dem Landwirtschaftsministerium mittels einer bayerischen Kompensationsverordnung „Transparenz und Klarheit“ schaffen. Im Kabinett wurden die Eckpunkte bereits verabschiedet. Künftig sollen für Ausgleichsmaßnahmen bei Eingriffen in die Natur und Landschaft einheitliche Standards in Bayern gelten.

Ausgleichsmaßnahmen

Ausgleichsmaßnahmen sollen durch Flächenpools und Ökokonten regional und zeitlich flexibler gestaltet werden. Beispielsweise muss der Ausgleich nicht mehr direkt vor Ort erfolgen, sondern kann in naturschutzfachlich sinnvollere Gebiete gelenkt werden. Auch vorgezogene Naturschutzmaßnahmen können besser honoriert werden. Gleichzeitig werden neue Wege für einen Interessenausgleich zwischen Naturschutz, Landwirtschaft und Infrastrukturvorhaben geebnet, denn neben dem Naturschutz hat die neue Verordnung auch die Belange der Landwirtschaft im Blick.

Mit einer guten Nachricht wartete zunächst MdL Erwin Huber auf: Während im bayerischen Staatshaushalt für die Breitbandförderung heuer 130 Millionen Euro eingestellt sind, werden es 2013 bereits 200 Millionen Euro sein. Zukunftsfähige Breitbandanschlüsse seien Grundlage für eine bestmögliche Standortqualität sowie die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Laut dem neuen Breitband-Förderprogramm sollen die Gemeinden in Bayern für den Ausbau superschneller Internet-Verbindungen bis zu 500.000 Euro an staatlichen Zuschüssen erhalten. Geplant ist, dass Gemeinden in besonders strukturschwachen Gebieten 80 Prozent der Kosten er-

stattet bekommen. Die Fördersätze für die übrigen Regionen sollen bei 40, 50 oder 60 Prozent liegen, je nach Finanzkraft der betreffenden Gemeinden. Ziel des neuen Förderprogramms ist der Ausbau von Breitbandnetzen der nächsten Generation mit Bandbreiten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde.

Mit Blick auf den Entwurf des neuen Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP) meinte Huber: „Ein großer Hit wird das nicht!“ Der Entwurf sei alles andere als visionär. Danach wird das Einzelhandelsziel für Nahversorgungsbetriebe (Lebensmittel und Drogerie) geöffnet. Bis zu einer Größenordnung von 1.200 Quadratmeter Verkaufsfläche liegt die Ansiedlung von Supermärkten und Discountern zukünftig in der Verantwortung der Gemeinden. Das Zentrale-Orte-System wurde beibehalten und gestrafft. Vorgeschlagen ist ein nunmehr dreigliedriges System der zentralen Orte mit Unter-, Mittel- und Oberzentren.

Städtebauliche Integration

Am Kernziel einer städtebaulichen Integration wird festgehalten. Es gibt jedoch Ausnahmetatbestände. Das System der Abschöpfungsquoten zur Festlegung von Verkaufsflächenobergrenzen soll beibehalten werden. Es wird jedoch Änderungen bei der Berechnungsmethodik für sog. innenstadtrelevante Sortimente geben.

Nach dem Beschluss des Kabinetts und einer bereits beendeten ersten Anhörung wird das neue LEP Ende November in einem zweiten umfassenden Anhörungsverfahren erörtert, in das neben den Kommunen verschiedene Verbände und die Öffentlichkeit einbezogen werden. Ende Januar 2013 wird die Staatsregierung dem Bayerischen Landtag den endgültigen Entwurf zu leiten. Für Mitte 2013 ist die Verabschiedung des LEP anberaumt.

Wie Erwin Huber zudem ausführte, laufen Ende 2013 die bis-

her geltenden Leitlinien der EU-Regionalförderung, die als wichtigstes Instrument zur Förderung strukturschwacher Räume gilt, aus. Zwei wesentliche Programme sind die „Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung).

Sonderregel

Das Programm „Gemeinschaftsaufgabe“ unterliegt dem Beihilferecht. Gefördert werden einzelbetriebliche Investitionen in materielle und immaterielle Wirtschaftsgüter des Sachanlagevermögens. Die Förderleistungen kommen in erster Linie in den C-Gebieten der Gemeinschaftsaufgabe zum Einsatz. Wie Huber darlegte, wird die Europäische Union eine deutliche Reduzierung des sog. Förderbürgers vornehmen. Das heißt: „In Deutschland wird es voraussichtlich zu einer gewaltigen Reduzierung der Fördergebiete kommen.“ Bayern könnte davon betroffen sein, keine Fördergebiete zu bekommen, erklärte Huber und ergänzte: „Wir versuchen gerade, eine Sonderregelung für die Bereiche entlang der tschechischen Grenze zu erhalten, denn Tschechien bleibt ‚Ziel-1‘-Gebiet, was eine EU-Höchstförderung von bis zu 40 % bedeutet.“ Ob der Versuch von Erfolg gekrönt sein wird, sei im Moment absolut offen.

Stichwort EFRE: Aufgabe dieses Fonds ist es, die wichtigsten regionalen Ungleichgewichte auszugleichen, indem die Regionalwirtschaften entwickelt und strukturell angepasst werden – insbesondere auch durch die Umstellung der Industriegebiete mit rückläufiger Entwicklung und der rückständigen Gebiete.

Innovationsorientierung

Der erste EU-Entwurf für ein neues EFRE liegt nunmehr vor. Huber zufolge wird dieses weit aus innovationsorientierter als bisher sein. Die Regionen müssten nunmehr die EFRE-Mittel auf eine begrenzte Zahl von Zielen konzentrieren, die mit der Strategie Europa 2020 in Einklang stehen. Förderschwerpunkte wären Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Innovation und Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen – mindestens 80 % der Mittel für stärker entwickelte Regionen und mindestens 50 % für weniger entwickelte Regionen.

Für Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien seien für alle Regionen bestimmte Mindestbeträge vorgesehen. Projekte in Bereichen wie Herstellung, Verarbeitung und Vermarktung von Tabak und Tabakprodukten oder Stilllegung von Kernkraftwerken kämen für eine EFRE-Förderung nicht in Frage. Städte und der Bereich Stadtentwicklung würden gezielt mit EFRE-Mitteln unterstützt. Für Maßnahmen zur integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung sowie für die Einrichtung einer Stadtentwicklungsplattform zur Förderung des Austauschs zwischen Städten würde ein bestimmter Betrag zweckgebunden.

Neue Förderkulisse

Nach Hubers Ausführungen zeichnet sich ab, dass es eine neue Förderkulisse geben wird, die besser durch sozioökonomische Daten abgegrenzt ist als die alte. Tatsache sei, dass ein breiter Gürtel über die bayerischen Regierungsbezirke hinweg der Förderung bedarf. Etwa 30 % der Einwohner seien betroffen. „Hier werden auch in Zukunft etwa 60 % der Gelder fließen“, erklärte Huber und versicherte: „Ein EFRE-Programm wird es in jedem Fall auch in Zukunft geben.“ **DK**

In der Diskussion:

Überörtliche Rechnungsprüfung

Ein Problem, das beinahe alle Gemeinden in Bayern unter 5.000 Einwohnern betrifft, nämlich die „Reform der überörtlichen Rechnungsprüfung“, griff der Bezirksvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung für die Oberpfalz, Alois Scherer, auf.

Wie Scherer in einem Schreiben an Europaministerin Emilia Müller, Sozialstaatssekretär Markus Sackmann und die oberpfälzischen Mitglieder der CSU-Landtagsfraktion sowie gesondert an Kommunalminister Joachim Herrmann mitteilte, „hat der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtag mit Beschluss vom 1. Februar 2012 die Staatsregierung ersucht, die überörtliche Rechnungsprüfung der Kommunen und der Zweckverbände beim Kommunalen Prüfungsverband zu konzentrieren. Nach der Zuweisung der Gemeinden mit über 5.000 Einwohnern zum BKPV sollen nun auch die kleineren Gemeinden zwangsweise dem Prüfungsverband unterstellt werden. Gemäß dem Ergebnis einer Umfrage des Bayerischen Gemeindetags vertreten nahezu alle betroffenen Gemeinden hierzu die Auffassung, dass es eine zwangsweise Zuweisung zum BKPV nicht geben darf.“

Wahlfreiheit als Zauberwort

Bislang würden die Probleme vor Ort „in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Fachleuten der Rechtsaufsicht und der Rechnungsprüfungsstelle am Landratsamt“ gelöst, betont Scherer. Die Zusammenarbeit habe sich über Jahrzehnte bewährt „und es wäre sachlich nicht zu begründen, diese Strukturen mutwillig zu zerstören“. Wahlfreiheit laute das Zauberwort. Laut Landesvorsitzendem Stefan Rößle wird die KPV Bayern hierzu ein Schreiben an das Innenministerium richten, wonach der Vorschlag in dieser Form nicht zu akzeptieren ist. Das Ministerium stimmt derzeit das Prozedere mit den kommunalen Spitzenverbänden ab. **DK**

Anpassung des Lebensstils hin zur Gesundheitsförderung anzuregen. In Kurorten, Heilbädern und den Einrichtungen der bayerischen Bezirke könnten dazu Veranstaltungen zur Gesundheitsbildung und Check-ups angeboten werden.

Stärkung der Kurorte

Wie Hölzlein abschließend ausführte, seien die Ausführungen von

Professor Kunhardt und das Konzept „Individuelles Gesundheitsmanagement“ bei den Bezirkstagspräsidenten auf großes Interesse gestoßen. Sie sehen hier große Chancen sowohl für die individuelle Gesundheitsvorsorge als auch für eine zukunftsorientierte Entwicklung und Stärkung der Kurorte und Heilbäder sowie der Gesundheitseinrichtungen der Bezirke. **DK**

Regionalkongress in Burghausen:

Südostbayern braucht endlich eine gute Infrastruktur

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Bauindustrieverband (BBIV) und der Akademie Ländlicher Raum lud die Planungsregion 18 Südostoberbayern zum Regionalkongress nach Burghausen. Thema war die schon jahrzehntelange unzureichende Anbindung an internationale Verkehrsströme, die die ortsansässige Industrie vor immense Probleme stellt.

Größtes Hindernis für den Ausbau ist, dass vom Bund nicht genügend Mittel bereitgestellt werden und dass obwohl die Zugverbindung München-Mühldorf-Salzburg, mit der Abzweigung Tüßling-Burghausen, die sogenannte ABS 38, schon lange höchste Priorität besitzt.

ÖPP-B-Modell

Prof. Thomas Bauer, Präsident des BBIV, rief dazu auf, endlich neue Wege in der Finanzierung einzuschlagen und lieferte mit der Präsentation des ÖPP-B-Modells einen Lösungsansatz. In diesem Modell werden die guten Erfahrungen, die bereits mit dem Ausbau der Autobahn A8 von München bis Ulm gemacht wurden (ÖPP-A-Modell) auf den Schienenweg übertragen.

„Dieses Konzept nutzt privates Anlagekapital für den Ausbau der Schieneninfrastruktur, erbringt durch die Ideen und die Kreativität der Privatwirtschaft in der Regel bessere Lösungen und verschafft der Region Südostbayern eine für ihren Wohlstand und ihr Wachstum dringend benötigte moderne Schieneninfrastruktur“, so Bauer. Die anwesenden Vertreter aus Politik und Wirtschaft zeigten sich diesem Vorschlag gegenüber aufgeschlossen.

Schienennetz ausbauen

Die Unternehmen im Chemie-Dreieck im Südosten Bayerns sorgen für hoch qualifizierte Arbeitsplätze, die die Menschen in der Region halten. Erwin Schneider, Landrat des Landkreises Altötting, erläuterte, dass für die Ansiedlung der Wacker-Chemie und der Aluminium-Werke in Töging die Wasserkraft ausschlaggebend gewesen sei. OMV kam durch die Ölpipeline und nicht zuletzt musste durch den Bau der Bahn in Altötting eine größere Kirche gebaut werden, um dem wachsenden Strom der Pilger gerecht zu werden. Infrastrukturmaßnahmen haben also immer Folgen. Wenn es diese Maßnahmen nicht gegeben hätte, so könnte das Chemie-Dreieck heute nicht in der Welt-

klasse mitspielen. Schneider forderte, dass man jetzt nicht stehen bleiben dürfe: „Das Schienennetz der Region muss jetzt schnellstens ausgebaut werden.“

Im Herzen Europas

Der Landrat des Landkreises Traunstein und Vorsitzende des Regionalen Planungsverbands Südostoberbayern, Hermann Steinmaßl, betonte, dass diese Region im ländlichen Raum Bayerns die meisten Arbeitsplätze bietet. Und damit das so bleibt, werden nachhaltig entsprechende Rahmenbedingungen benötigt. Die Region ist vom Ende der Welt in das Herz Europas gerückt. Nach der Wiedervereinigung wurden wichtige Infrastrukturprojekte zugunsten deutsch-deutscher Projekte auf Eis gelegt und so war man – infrastrukturell gesehen – auf die EU-Osterweiterung nicht vorbereitet. Die alten Nord-Süd Achsen haben längst ausgedient und die vorhandenen Ost-West Verbindungen werden den wachsenden Verkehrsströmen schon lange nicht mehr gerecht.

Bahnprojekte ausbauen

„Wir brauchen Entwicklungsachsen. Für die Region ist der schnelle Anschluss an den Flughafen sowohl über die Straße als auch über die Schiene dringend notwendig. Im Sinne der Menschen in unserer Region und als Zeichen zum gemeinsamen Europa fordern wir einen dringenden Ausbau der Projekte der Bahn“, plädierte Steinmaßl für die schnelle Lückenschließung der Europamagistrale Paris-Bratislava. „Deutschland darf nicht der Letzte sein, der die Magistrale vollendet.“ Momentan stellt dieser Abschnitt den größten Lückenschluss auf der 1.300 Kilometer langen Strecke dar.

Industrielle Entwicklung ausgebremst durch infrastrukturelle Defizite

Seit 27 Jahren wird nun schon diskutiert, dass eine Bahnstrecke, die in weiten Teilen noch auf dem

Stand von 1897 ist, endlich zweigleisig ausgebaut und durchgehend elektrifiziert werden soll. Wie schwierig die Situation ist, darauf machte Dr. Willi Kleine, Sprecher der Initiative ChemDelta Bavaria, aufmerksam. Im Chemie-Dreieck werden über 8 Milliarden Euro Umsatz jährlich gemacht, das entspricht 6 % des Umsatzes der Deutschen Chemischen Industrie. Von den bundesweit im Jahr 2011 auf der Schiene transportierten 375 Millionen Tonnen wurde fast 1 % auf der eingleisigen und nicht durchgehend elektrifizierten Strecke im Chemiedreieck befördert.

Noch 2006 gab es täglich 12 Züge; 2015 wird man bei 40 Zügen täglich angelangt sein. Kleine verspricht sich vom Streckenausbau eine erhebliche Reduzierung der Kosten und der Lieferzeiten. Außerdem sprach er von einer Erhöhung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer, denn Gefahrstoffe gehören nicht auf die Straße. Die Situation auf der Straße, die den schlechten Transportbedingungen auf der Schiene in nichts nachsteht, wäre deutlich entspannt, könnte man viel Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern. „Die Verkehrsinfrastruktur darf die industrielle Entwicklung des Chemiedreiecks nicht bremsen. Die Bahnverbindung München – Burghausen muss schnell zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert werden“, so Kleine.

Anbindung an den Münchner Flughafen

Einen weiteren wichtigen Faktor brachte Dr. Michael Kerkloh, Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH, mit in die von Prof. Holger Magel, Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, geleitete Podiumsdiskussion ein: die schlechte Anbindung an den Münchner Flughafen: „Wir sind ein Weltflughafen, aber nur Kreisklasse in der Anbindung und wir brauchen die Infrastruktur nach Osten.“

Nicht nur für die Nutzer des Flughafens ist eine gute Erreichbarkeit notwendig, sondern der Flughafen braucht Arbeitskräfte aus der Region. Durch den Bau der Walpertskirchner Spange könnten auch Berufspendler aus Südostbayern den Flughafen besser erreichen. Kerkloh kündigte an, man wäre bereit sich an einer Verbesserung der Schieneninfrastruktur zum Flughafen zu beteiligen. In diesem Zuge wäre aber auch zu überlegen, ob das Geld, das der Flughafen München nun aufgrund der gescheiterten Pläne um eine dritte Start- und Landebahn zurückgegeben hat, zur Gänze für eine zweite Stammstrecke zu verwenden sei, so Kerkloh.

Rolle der Deutschen Bahn

In einer schwierigen Situation steckt die Bahn in dieser Angelegenheit. Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter der DB AG für Bayern, merkte an, es fehle trotz positivem Kosten-Nutzen-Faktor an Geld und Investitionen fallen nun mal nicht in den Aufgabenbereich der Bahn sondern sind – und das ist politisch seit der Bahnreform 1994 ausdrücklich so gewünscht – vom Bund zu entscheiden. Josel verwahrte sich nicht gegen neue Wege in der Fi-

durch beeinträchtigt. Deshalb müssen wir alles dafür tun, preisgünstigen Wohnraum zu erhalten und weiteren zu schaffen. Ich bin froh, dass der Bundesbauminister hier jetzt ein Zeichen gesetzt hat.“



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion - v. l.: Paul Lichtenwald, Präsident der Autobahndirektion Südbayern; Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter der DB AG für Bayern; Günther Knoblauch, Bürgermeister der Stadt Mühldorf am Inn; Alexandra Vidal, EUROVIA Infra GmbH; Prof. Dr.-Ing. Holger Magel, Präsident der Akademie ländlicher Raum; Markus Blume MdL, Vorsitzender der CSU-Wirtschaftskommission, Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes e. V.; Dr. Michael Kerkloh, Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH; Hans Peter Göttler, Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie.

nanzierung. Solange derjenige, der baut auch langfristig betreibt, bliebe die Qualität gesichert, so Josel.

Lebensader Bayerns

Auch MdL Markus Blume, Vorsitzender der CSU-Wirtschaftskommission, sieht die ABS 38 als eine Lebensader Bayerns, an der europäische Verkehrsströme abgewickelt werden. Allerdings führen seiner Meinung nach auch ÖPP-Modelle nicht an einer Aufstockung des Verkehrsetats vorbei. Deutlich wird das daran, dass alleine die Deutsche Bahn einen In-

vestitionsbedarf von 30 Milliarden Euro hat. Der gesamte Verkehrshaushalt beträgt nur 10 Milliarden Euro insgesamt.

BBIV als Katalysator

Der BBIV mahnte die Politik, denn der Bund erfülle mit seiner Investitionsquote von nur 12 % bei weitem nicht sein Nachhaltigkeitsgebot. Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des BBIV, sieht den Verband als Katalysator, der Defizite in den Strukturen aufzeigt. Die politische Meinung aus der Region muss spürbar werden. Und das

wird sie, wenn man Günther Knoblauch, Bürgermeister der Stadt Mühldorf am Inn, reden hört. Der Bahnausbau scheitere nicht am Lärm, so Knoblauch, die Menschen vor Ort hätten endlose Ankündigungen satt und es müsse noch heute nach Lösungen gesucht werden. Auch für ihn ist ÖPP ein Ansatz und auch die Strecke bietet sich an, da viele Güter transportiert werden: „Es ist eine Katastrophe, dass zwei starke Wirtschaftsregionen, nämlich der Flughafen und das Chemie-Dreieck, so schlecht angebunden sind.“

CH

Wohnungsbaugenossenschaften können Erbpachtverträge verlängern

Innenminister Joachim Herrmann begrüßt Zusage von Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat die Zusage von Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer begrüßt, den Wohnungsgenossenschaften in München eine Laufzeitverlängerung von auslaufenden Erbpachtverträgen aus dem Bundesbahnvermögen anzubieten und vom Verkauf der Erbpachtflächen abzusehen. Herrmann: „Das ist ein ganz wichtiges Signal des Bundes. Nach Auslauf der Erbpacht würde andernfalls der Verkauf der Grundstücke zum Höchstgebot drohen - möglicherweise mit drastischen Mieterhöhungen als Folge.“

Viele Genossenschaftswohnungen stehen in München auf Erbpachtgrundstücken des Bundes, die aus dem Bundesbahnvermögen stammen. Bei der von Innenminister Herrmann im Juli initiierten Wohnungsbaukonferenz war zur Sprache gekommen, dass nach dem Auslaufen der Erbpachtverträge die Grundstücke vom Bund gegen Höchstgebot veräußert werden. In einem solchen Bieterwettbewerb können die Genossenschaften nicht mehr mithalten - der von ihnen angebotene preisgünstige Wohnraum ginge damit verloren. Daraufhin hatte sich

der Innenminister an den Bundesbauminister gewandt.

Soziale Balance

Für Verträge, die in den kommenden Jahren auslaufen, bietet der Bund nun Laufzeitverlängerungen an. Zum Verkauf soll es nur kommen, wenn die Genossenschaften Kaufinteresse signalisierten. Herrmann: „Preisgünstiger Wohnraum wird in München und Umgebung immer mehr zur Mangelware. Diese Entwicklung gefährdet die soziale Balance. Außerdem wird das lokale Wirtschaftswachstum da-

Gezielt fördern und finanzieren

BayernLabo: Kommunal- und Förderbank des Freistaats Bayern

Mit zinsgünstigen Kommunalkrediten und speziellen Förderkrediten unterstützen wir bayerische Gebietskörperschaften bei der Realisierung ihrer Investitionsvorhaben. Besondere Fördermöglichkeiten bieten wir im Rahmen der Energiewende. Näheres erfahren Sie unter ► www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

Bayern Labo

DSK-Fachtagung Bayern 2012 in Nürnberg:

Siedlungsstrukturen im Umbruch

Die Anforderungen an das Wohnen verändern sich stetig. Insbesondere die Siedlungsstrukturen, die in den 1950er Jahren bis 1970er Jahren bundesweit entstanden sind, weisen vielerlei Mängel auf, die im Sinne einer zukunftsfähigen Entwicklung behoben werden müssen. Die Schaffung von altersgerechtem Wohnraum, die energetische Gebäudesanierung, der Umgang mit „in die Jahre gekommenen“ Einfamilienhausgebieten, die Nachverdichtung und/oder der Rückbau von Großsiedlungen stehen daher in vielen Kommunen heute auf der Tagesordnung. Hier gilt es künftig, neue Wege zu finden und neue Lösungen umzusetzen.

Auf der nunmehr vierten DSK-Fachtagung Bayern, die in Nürnberg stattfand, stand das Thema „Siedlungsstrukturen im Umbruch“ im Fokus. Gemeinsam mit Experten und lokalen Akteuren wurden anhand ausgewählter Praxisbeispiele beispielhafte Strategien sowie aktuelle Lösungswege zu diesem Themenfeld aufgezeigt.

Nachdem Egbert Dransfeld, Forum Baulandmanagement NRW und Institut für Bodenmanagement, Dortmund, mit dem Vortrag „Einfamilien(haus)gebiete im Wandel“ in das Tagungsthema eingeführt hatte, wurden Beispiele aus der Bundespraxis präsentiert. So stellte u. a. Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier, empirica ag, „Strategien für Wohnstandorte an der Peripherie der Städte und in Umlandgemeinden am Beispiel Dannstadt-Schauernheim“ vor und zeigte Dr. Andrea Berndgen-Kaiser, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung Aachen, „Qualifizierungsstrategien für die zukünftige, nachhaltige Nutzung von Ein-

familienhausbeständen der 1950er bis 1970er Jahre“ auf.

Mit Beispielen aus Erlangen wartete Baureferent Josef Weber auf. Günther Kamm, Stadtumbau GmbH, Weiden i. d. Opf., berichtete zudem über die Entwicklung der Siedlung „Stockerhut“, einer größeren, nach dem Zweiten Weltkrieg schnell errichteten Wohnsiedlung aus Schlicht- und Einfachstwohnungen mit vielen baulichen, vor allem aber sozialen Problemen. Erläutert wurden die Initiativen im Rahmen der Städtebauförderung, die zur Sanierung der Siedlung durchgeführt wurden.

Dr. Franz Dirtheuer, Architekt und Stadtplaner, München, stellte seinerseits das Sanierungskonzept der 1950 errichteten Dachauer Siedlung „Am Heideweg“ vor. Viele Kleinwohnungen, keine Barrierefreiheit sowie ein insgesamt schlechter Bauzustand führten zu folgenden Maßnahmen: Verbesserung der Wohnungsmischung durch Neubau von größeren Wohnungen, Zusammenfas-

sung der Heizzentralen zu größeren Versorgungseinheiten, Verringerung des Endenergiebedarfs, Senkung der Energiekosten (Verbrauchs- und Betriebskosten), Verbesserung der Wohnqualität und Behaglichkeit, Erneuerung der haustechnischen Anlagen inklusive Elektroinstallation sowie Aufwertung des Wohnumfelds. Ausgezeichnet wurde das Projekt mit dem Deutschen Bauherrenpreis für Modernisierung.

Modellvorhaben

Das bayerische Modellvorhaben „Revitalisierung von Einfamilienhausgebieten“, an dem vier Ministerien aus dem Freistaat beteiligt sind, stellte Claus Hensold vom Landesamt für Umwelt in Augsburg vor. Um die Einfamilienhausgebiete für alle Altersgruppen mit ihren spezifischen Bedürfnissen zukunftsfähig machen zu können, bedarf es Hensold zufolge umfangreicher Anpassungen in städtebaulicher, baulicher und sozialplanerischer Hinsicht. Dafür seien fachübergreifende Konzepte und Planungen zusammen mit den lokalen Entscheidungsträgern, den Bürgern und Eigentümern notwendig.

Projektbegleitung

Hierzu werden Modellgemeinden mit Einfamilienhausgebieten benötigt, bei denen die geschilderten Probleme und entsprechender Handlungsbedarf gegeben sind. Ein Gremium aus Experten verschiedener Fachdisziplinen begleitet das Projekt. Als Ergebnis soll den Modellgemeinden ein fachübergreifendes Quar-

sei von Anfang an sehr groß gewesen, berichtete Krailinger.

Eine andere Variante ist das ambulant betreute Wohnen – ebenfalls in zwei Wohngemeinschaften – im Seniorenservicehaus in Langquaid (Landkreis Kelheim). Bürgermeister Herbert Blascheck stellte das 2008 eröffnete Seniorenservicehaus vor, das in dieser besonderen Wohn- und Pflegeform als eines der ersten in Bayern entstanden ist. Er schilderte, dass der Markt lange zum einen nach einer sozialen Nachnutzung des ehemaligen Krankenhausgebäudes und zum anderen nach einer Senioreneinrichtung mit einem zukunftsorientierten Konzept gesucht habe. Dabei habe man auch die Bürger im Rahmen eines Projekttages mit eingebunden und sie nach ihren Wünschen und Vorstellungen gefragt.

Idealer Partner

Mit einem privaten Investor habe man einen idealen Partner gefunden, um die gesteckten Ziele zu realisieren. In enger Zusammenarbeit mit dem Markt sei ein Konzept zur Sanierung und Erhalt des Gebäudes und zu einer Nutzung als moderne alternative Senioreneinrichtung erstellt worden, die optimal zu Bedarf und Strukturen in Langquaid passen.

Das Seniorenservicehaus liegt nur wenige Gehminuten vom Marktzentrum entfernt. Es bietet 24 Bewohnern, die in zwei Wohngemeinschaften in hellen und geräumigen Einzelzimmern zusammenleben, ein Zuhause. Sie werden von jeweils einer Betreuungskraft („Präsenzkraft“) pro Wohngemeinschaft rund um die Uhr betreut und nach Wunsch und Bedarf durch erfahrene Pflege- und Pflegefachkräfte gepflegt. So weit als nur möglich, soll die Selbstständigkeit und Selbstbestimmtheit der Bewohner erhalten bleiben. Das Haus sei auch voll-

tierskonzept mit konkreten Umsetzungsvorschlägen zur Verfügung gestellt werden. Das Projekt ist auf eine Laufzeit von zwei Jahren ab Mitte 2012 ausgelegt.

Fazit der Veranstaltung: Der Umbau von Siedlungen aus den 50er-, 60er- und 70er-Jahren stellt für Kommunen und Eigentümer – auch in Bayern – schon heute ein wichtiges Aufgabenfeld dar. Die Anforderungen im Freistaat sind dabei sehr unterschiedlich. In Wachstumsregionen wie beispielsweise dem Großraum München stehen Kommunen vor anderen Herausforderungen als in Schrumpfungsregionen, die es selbstverständlich auch in Bayern gibt. Die Modernisierung/Aufwertung von Großsiedlungen steht dabei in vielen Kommunen schon auf der Tagesordnung.

Dagegen steht der Umgang mit Einfamilienhausgebieten noch nicht im Vordergrund kommunalen Handelns. Der anstehende Generationswechsel in diesen Gebieten sowie die demographische Entwicklung werden den bestehenden Handlungsdruck weiter verstärken. Die im Rahmen der DSK-Fachtagung vorgestellten Forschungsvorhaben zeigten dies deutlich.

Ein zentrales Thema wird künftig auch sein, wie die Kommunen und Planer insbesondere mit der heterogenen Eigentümerschaft in diesem Gebieten umgehen können. Ebenso wird sich die Frage stellen, wie diese Eigentümer entsprechend mitgenommen bzw. aktiviert werden können.

Die Aufwertung und Wiederbelebung von „alten“ Einfamilienhausgebieten kann, wie im Rahmen der DSK-Fachtagung ebenso klar aufgezeigt werden konnte, zudem einen erfolgreichen Weg darstellen, den Flächenverbrauch weiter zu reduzieren und die Bebauung auf der grünen Wiese künftig auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen. Hier gilt es entsprechend voranzugehen und neue Wege aufzuzeigen. **DK**

kommen barrierefrei gestaltet.

Eine Besonderheit stellt die Unterbringung des Büros „Soziale Stadt“ und des Mehrgenerationenhauses des Marktes Langquaid in der Senioreneinrichtung dar. Sie bieten zusätzlich Anlaufstellen sowie eine Plattform für Begegnung und Veranstaltungen. Die Bewohner des Seniorenservicehauses nehmen an vielen MGH-Veranstaltungen teil - beispielsweise an diversen Vorträgen, am Seniorencafé „Cafe Kranz!“ an den Gottesdiensten, oder an verschiedenen Treffs, wie dem für erwachsene Behinderte oder an den diversen Beratungsangeboten. Auch werden Angebote des Seniorenservicehauses im MGH abgehalten und für Personen von außerhalb geöffnet. Als Beispiele nannte Blascheck die Bewegungs- und die Beschäftigungsgruppen. Man habe so auch eine sehr gut angenommene Begegnungsstätte geschaffen.

Lebendige Wohnquartiere

Viele Prinzipien für das Wohnen im Alter gelten freilich auch für jüngere Menschen, machte die Tagung deutlich. Eine Wohnung ohne Barrieren und funktionierende Nachbarschaftshilfe erleichterten schließlich allen Menschen den Alltag. „Auch für Kinder, Eltern mit Kinderwagen oder Leute, die nur vorübergehend mit Krücken unterwegs sind, sorgen kleine Verbesserungen für Komfort in allen Lebenslagen“, stellte Markus Donhauser von der Bayerischen Architektenkammer fest. Die klassischen, aber wirkungsvollsten Beispiele reichten von schwellenlosen Zugängen, bodengleichen Duschen, ausreichenden Türbreiten bis hin zu besseren, weil leichter lesbaren Klingelschildern.

Ein Beispiel aus Niederbayern ist das mehrfach ausgezeichnete Projekt „Lebendige Wohnquartiere für Jung und Alt“ der Stadtbau-



Großes Interesse rief die vierte DSK-Fachtagung Bayern in Nürnberg hervor.

Verband bayerischer Wohnungsunternehmen in Reit im Winkl:

„VdW im Dialog“

Rund 600 Teilnehmer verzeichnete die traditionelle Herbstfachtagung des Verbandes bayerischer Wohnungsunternehmen „VdW im Dialog“ in Reit im Winkl. Die Themenpalette reichte von den Auswirkungen der Energiewende über Elektro-Mobilität und den demografischen Wandel bis zur Entwicklung ländlicher Räume.

Mehr integriertes Denken von der Politik erwartet sich der Präsident des GdW Bundesverband der Deutschen Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Axel Gedaschko, denn Brennpunkt-Themen könnten nicht isoliert betrachtet werden. So werde beispielsweise im Rahmen der Energiewende systematisch bezahlbarer Wohnraum wegsaniert.

Energiewende

Gedaschko vertrat die Ansicht, dass sich die Politik in Deutschland bei der Frage der Energiewende auf dem Holzweg befindet. Zwar seien für den Wohnungsbestand keine weiteren Verschärfungen geplant, doch dem Wohnungsneubau drohe ein zweistufiges Anforderungsplus von jeweils 12,5 Prozent. Die Wohnungswirtschaft sollte aber nicht nur als CO2-Emittent wahrgenommen werden. „Natürlich können wir Dichten und Dämmen solange es wirtschaftlich machbar ist“, betonte der Präsident. Ein vernünftiger Weg könne aber die Erzeugung von erneuerbaren Energien durch die Wohnungswirtschaft sein, auch wenn dies bislang nicht das Kernthema der Wohnungswirtschaft darstelle.

Bezahlbares Wohnen

Für den Verbandsdirektor des VdW Bayern, Xaver Kroner, wird das Thema bezahlbares Wohnen in Zukunft an Brisanz zunehmen. Damit werde auch die Wohnraumförderung weiter an Bedeutung gewinnen. Deshalb forderte er eine Fortsetzung der Komplementärfinanzierung des Bundes bis 2019.

Prof. Dr. Holger Magel, Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, plädierte seinerseits für ein räumliches und strukturelles Gleichgewicht in Bayern und appellierte an den Verband, sich in der Frage der gleichwertigen Lebensbedingungen in Stadt und Land eindeutig auch zugunsten des ländlichen Raumes zu engagieren.

„Allein in den letzten fünf Jahren hat Bayern über eine Milliarde Euro in den Wohnungsbau investiert. Heuer stehen uns für die Wohnraumförderung wie im Vorjahr insgesamt 205 Millionen Euro Haushaltsmittel zur Verfügung. Dieses Niveau wollen wir auch in den Jahren 2013 und

gesellschaft Deggendorf. Dabei wurden nicht nur Wohnungen energetisch saniert und mit großzügigen Balkonen aufgewertet, sondern auch neue Wohnformen geschaffen und das Gelände um die Wohnungen neu gestaltet. Das Ergebnis ist hohe Lebensqualität drinnen wie draußen. **KI**

2014 halten. Von den 205 Millionen Euro sind 155 Millionen Euro Landesmittel und 50 Millionen Euro Bundesmittel. Bayern stellt somit gut dreimal mehr Haushaltsmittel zur Verfügung, als wir vom Bund Kompensationsmittel bekommen“, machte Bauminister Joachim Herrmann deutlich.

In der Mietwohnraumförderung sei nicht nur die Kostenobergrenze und damit letztlich auch die Förderhöhe angehoben worden, sondern es wurden auch die Zuschläge angepasst bzw. neu eingeführt für Wohnungen für Rollstuhlfahrer, zur Stärkung oder Aufwertung innerörtlicher Lagen sowie für besondere energetische Maßnahmen.

Um für die Vermieter die Wirtschaftlichkeit ihrer Maßnahmen zu verbessern, wurde Herrmann zufolge auch die Bandbreite der zumutbaren Miete deutlich angehoben. Im Laufe dieses Jahres habe sich dann gezeigt, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen. Auf Grund der Entwicklung auf den Kapitalmärkten waren die Konditionen für die Förderdarlehen auch unter Berücksichtigung einer Mischkalkulation zwischen objektabhängigem und belegungsabhängigem Darlehensanteil nicht mehr attraktiv genug.

Förderdarlehen

Nach Beratungen mit dem VdW Bayern wurden daraufhin im Sommer die Zinsen für das belegungsabhängige Darlehen auf 2,75 % p. a. abgesenkt, erläuterte Herrmann. „Wir haben gemeinsam eine Lösung gefunden, von der ich mir neue Impulse für den Mietwohnungsbau verspreche“, so der Innenminister. Im ländlichen Raum stehe man vor einer anderen Herausforderung. Damit Bauherren auch hier attraktive Finanzierungsmöglichkeiten finden können, werde an 14 Standorten eine neue Fördermethodik erprobt.

Das von der KfW zwischenzeitlich eingestellte Programm „Wohnraum Modernisieren“ werde weiter fortgeführt, betonte Herrmann. So könnten neben der energetischen Modernisierung nach wie vor andere wichtige Maßnahmen gefördert werden, die für die Attraktivität des Wohnungsbestands von Bedeutung sind. „Denn ein Gebäude sollte nicht nur unter Einzelelpekten, sondern immer ganzheitlich betrachtet werden – auch in wirtschaftlicher Hinsicht.“ Der Gebäudebestand müsse nicht nur energetisch ertüchtigt werden; er sollte auch auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtet sein. „Mit diesem Programm erleichtern wir die Finanzierung und tragen dazu bei, dass das Wohnen auch nach einer Modernisierung noch bezahlbar bleibt.“ **DK**

Wohnen im Alter:

Tendenz zu alternativen Wohnformen

Ausstellung und Tagung in der Regierung von Niederbayern in Landshut

Impulse für zukunftsgerechte Senioren-Wohnformen vermittelte im Kreise von über 70 Bürgermeistern, Vertretern der Kommunen, Architekten und Städteplanern die von der Regierung von Niederbayern veranstaltete Fachtagung „Wohnen im Alter“ in Landshut. Eine Ausstellung der Obersten Baubehörde im bayerischen Innenministerium zum Thema „Neue Architektur für den demografischen Wandel“ rundete die Veranstaltung ab. Dabei wurden die Ergebnisse von Modellprojekten des Experimentellen Wohnungsbaus zu den Themen „Gemeinsam bauen und leben“, „Wohnen in allen Lebensphasen“ und „Lebendige Wohnquartiere für Jung und Alt“ präsentiert.

Tatsache ist, dass der Anteil an älteren und vor allem hoch betagten Menschen im ganzen Regierungsbezirk signifikant steigen wird. Laut Regierungsvizepräsident Dr. Helmut Graf „wird die Antwort auf die Frage, wo und wie ältere Menschen ihren Ruhestand verbringen wollen, unsere Städte und Gemeinden entscheidend prägen“. Weil es gerade einen Wohnungsbau-Boom gebe, biete sich nunmehr die Chance, Akzente zu setzen.

Wie Doris Reuschl, Leiterin des Sachgebiets Wohnungswesen der Regierung, hervorhob, wünschten sich die meisten Menschen, auch im hohen Alter selbstständig in ihrem Zuhause oder zumindest in ihrer gewohnten Umgebung blei-

ben zu können. Darum habe sich ein breites Spektrum an alternativen Wohnformen für Senioren entwickelt.

Stellvertretend für viele Beispiele aus der Region stehen die beiden seniorengerechten Wohngemeinschaften der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft Straubing. Geschäftsführer Günther Krailinger stellte die Wohnform vor, die sich offenbar viele Menschen im Alter vorstellen können. Es handelt sich um jeweils vier barrierefreie Zwei-Zimmer-Wohnungen, ausgestattet mit Küche und Bad. Ein großzügiger Eingangsbereich verbindet die Wohnungen mit dem Gemeinschaftsbereich, der mit einer Teeküche ausgestattet ist. Die Nachfrage nach diesen Wohnungen



Max Wild
Profis ohne Grenzen

Wild ist, wenn Orte schöner werden.

Wir unterstützen Sie bei Ihrem Projekt!

www.maxwild.com

Tiefbau

Erste Hilfe für ländliches Bauen

Eine Broschüre für bauwillige Landwirte eröffnet neue Wege für Stallbauten

Langsam entwickelt sich ein Bewusstsein für Bauen mit Holz. Nicht nur in stadtnahen Gebieten, sondern auch in der Landwirtschaft vor allem bei jenen Landwirten, die ein eigenes Stück Wald besitzen. Diesen Trend aufzugreifen und echte Alternativen zum herkömmlichen Stallbau auf zu zeigen, das war die Idee von Jochen Simon, Architekt an der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) in Grub.

Aus der Idee wurde ein Projekt mit insgesamt neun Projektpartnern über die bayerischen Landesgrenzen hinweg bis nach Vorarlberg. Und im Zuge des Projekts erschien nun eine kleine Broschüre „Landwirtschaft – Bauen in regionalen Kreisläufen“, die sich an bauwillige Landwirte wendet.

Technisch, ökologisch, ökonomisch wertvoll

Drei wesentliche Aspekte bestimmen das Projekt. Zum einen sind Stallbauten Gebäude, die die Landschaft deutlich prägen. „Sie sollten sich einfügen in das Landschaftsbild und nicht als riesige Fremdkörper in der Landschaft stehen“, meint Architekt Simon. Zweitens sind Stallbauten eine teure Angelegenheit und sollten sich möglichst flexibel an die Anforderungen der Tierhaltung und der Betriebsentwicklung anpassen. „Deshalb haben wir eine Architektur entwickelt, die deutlich Kosten reduziert und auch noch leicht erweiterbar ist“, so Simon. Bis zu 25-30 % pro Kuhplatz ist seine Planung günstiger, als die Planung herkömmlicher Stallbauten.

Noch günstiger wird es, wenn der Bauherr Eigenleistung einbringen kann. Als Drittes sollte die Wertschöpfung, also die Finanzierungs-kette vom Material bis hin zur Endverarbeitung möglichst in der Region verbleiben, um dort für Wohlstand zu sorgen.

Cluster-Initiative

Hier liegt die Rolle der Cluster-Initiative Forst und Holz in Bayern, denn über deren regionale Netzwerke werden derzeit die Möglichkeiten untersucht, durch verbesserte Zusammenarbeit in der Region eine möglichst hohe Wertschöpfung zu erreichen.

„Holz ist nicht nur nachwachsender Rohstoff“, meint Markus Blenk, der Projektleiter von der Cluster-Initiative Forst und Holz in Bayern. „Eine Holzkonstruktion lässt sich einfach erweitern oder umnutzen, ist günstig im Bauunterhalt und ist wiederverwertbar. Zu-

sätzlich schützt das Material als Kohlenstoffspeicher die Natur.“

„Es ist Zeit, dass wir den traditionellen Werkstoff Holz wieder ins ländliche Bauen integrieren und damit die konstruktiv-technischen, die ökologischen und ökonomischen Vorteile des Baustoffes wieder vermehrt nutzen“, sagt Simon. „Wir haben eine große Ressource, das ist der Privatwald. Hier stehen 60 Prozent der bayerischen Holzvorräte. Die gilt es zu erschließen, zu nutzen. Denn sie eröffnet ganz neue Möglichkeiten der Baukultur.“

Politisch bekommt das Thema

Rückenwind. Auf die regionale Bedeutung des Bau- und Wertstoffes weist Landwirtschaftsminister Helmut Brunner hin, der im Thema Wald und Holz ein Zukunftsthema sieht: „Der Rohstoff Holz kann vielfältig verwendet werden. Regionale Produkte treten wieder in den Vordergrund. Und der Wald wächst ja wirklich vor unserer Haustüre“, sagte Brunner anlässlich eines Pressesgesprächs auf dem diesjährigen Zentral-Landwirtschaftsfest.

„Alle sechs Minuten wächst ein Stall“ – Das Pilotprojekt

Rein rechnerisch wächst in bayerischen Wäldern in sechs Minuten das Holz für einen Stall. Während der Lektüre dieses Textes wachsen in Bayerns Wälder also rund 240 Kubikmeter Holz

nach – so viel, wie man für einen Stall für 150 Kühe benötigt. Technische und ökonomische Überlegungen haben den Landwirt Jürgen Königl aus Altusried dazu bewogen, den ersten Stall nach den Planungen der LfL zu realisieren.

„Mit Eigenleistung und Holz aus der Region konnten wir ökonomisch sinnvoll in die Umsetzungsphase gehen. Jetzt schon hat sich das Modulbausystem bewährt, denn wir werden den Stall größer realisieren, als ursprünglich angedacht. Das funktioniert ohne negative Auswirkungen auf die Basis der Gruppenhaltung oder anderer Arbeitsabläufe im Stall“, erklärt Königl.

Seine Erfahrungen, die architektonischen Möglichkeiten, Anlaufstellen für Bauherren und viele Infos zum Thema Wald und Holz liefert die Broschüre „Landwirtschaft – Bauen in regionalen Kreisläufen“. Momentan ist sie als Download in der Mediathek von www.proholz-bayern.de und auf www.alb-bayern.de zu finden, soll jedoch auch bald in den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und bei Baufachberatern zu bekommen sein. □

Bauherrenmesse der Innung Augsburg:

Kompetente Antworten

Speziell junge Familien interessieren sich für den Bau

Strahlendes Herbstwetter und die gute Aussicht auf alle Fragen rund um den Bau auch kompetente Antworten zu bekommen, haben über 1.500 Besucher ins Ausbildungszentrum Baugewerbe (ABZ) Bauinnung Augsburg Elias Holl gelockt. Informieren wollten sich vor allen Dingen junge Familien mit der Absicht in Kürze zu renovieren oder ein neues Haus zu bauen.

Klemens Bentlage, der stellvertretende Obermeister der Bauinnung, wertet dies als sehr positives Signal: „Dass gerade junge Leute kommen, um Antworten auf die vielen Fragen, die beim Bauen und Sanieren auftreten, zu erhalten, freut uns natürlich sehr und es bestätigt uns auch diese wichtige Veranstaltung weiterlaufen zu lassen.“

Zufrieden zeigten sich auch die Aussteller, die im Laufe des Tages sehr viele Beratungen durchführen konnten und Tipps für Bauvorhaben, aber auch konkrete Angebote abgeben konnten.

Obwohl weniger Gedränge als im Vorjahr herrschte, hatte sich die Zahl der Besucher noch einmal erhöht. „Wir haben uns nach dem Erfolg von 2011 entschlossen, noch eine weitere Halle zur Ausstellungsfläche hinzuzunehmen und diese Entscheidung hat sich als sehr positiv erwiesen“, freut sich Bentlage. So hatten die interessierten Gäste gerade bei den praktischen Vorführungen mehr Platz und konnten im Anschluss auch ihre ganz spezifischen Fragen stellen. Themen wie die Sanierung eines bestehenden Rollladenkastens oder der nachträgliche Einbau einer Einzelraumlüftung waren geradezu Besuchermagneten. Begleitet wurden die Beispiele von kurzen Fachvorträgen, in deren Anschluss die Besucher sich von den Mitgliedsfirmen der Bauinnung kostenlos und umfassend beraten lassen konnten.

„Diese Serviceleistung unserer Fachbetriebe wurde von den Besuchern sehr positiv aufgenommen“, freut sich der stellvertretende Obermeister.

„Unsere Innungsmitglieder vor Ort sind wie eine Instanz vor dem Hersteller zu sehen. Das ist für den Besucher das Entscheidende“, erläutert Bentlage das Konzept. „Anders als auf herkömmlichen Messen ging es bei unserer Bauherrenmesse nicht um den Verkauf spezieller Produkte, sondern einzig um kompetente Beratung.“

Gelobt wurde auch die Vielzahl der Firmen, die zur Ausstellung gekommen waren. Martin Wagner aus Haunstetten, der mit seiner ganzen Familie gekommen war, interessierte sich besonders für die einfache Dämmung von Geschossdecken: „Im kommenden Jahr wollen wir an unserem 25-Jahre alten Haus die Decken dämmen, um letztendlich weniger Energie zu verbrauchen, da möchten wir uns rechtzeitig informieren. Die Bauherrenmesse bot dazu eine prima Gelegenheit und ein kleiner Ausflug für die Familie war es auch“, war Wagner zufrieden. „Ich habe auf jeden Fall alles erfahren, was ich wissen musste und schon gleich den Kontakt zu einer Firma geknüpft, die mir ein Angebot macht.“

Großen Zuspruch verzeichnete auch die Präsentation eines Herstellers, der eine funktionsfähige Zisterne zur Regenwassernutzung vorstellte. „Das ist ja eine phantastische Sache“, lobte eine Besucherin „und ökologisch sinnvoll und sparsam ist es obendrein.“ Auch die Informationen der Polizei zum Thema Einbruchschutz wurden mit großem Interesse wahrgenommen. Die Gewinner des Gewinnspiel, bei dem neben einer Energieberatung im Wert von 500 Euro als Hauptpreis auch ein Wellnesswochenende zu gewinnen war, wird in den nächsten Tagen ermittelt.

Die Bauinnung Augsburg Elias Holl plant bereits die nächste Bauherrenmesse im Oktober 2013. „Dieses Erfolgsmodell werden wir weiterführen“, ist sich Klemens Bentlage sicher.

Wer sich über spezielle Fragen rund um den Bau informieren möchte kann dies online unter www.bauinnung-augsburg.de tun. Hier gibt es eine Vielzahl von Tipps zu den einschlägigen Fragen rund um das Bauen, ebenso steht ein Verzeichnis mit den kompetenten Meisterbetrieben aus der Region zum Download zur Verfügung. □

Innovative Wohnformen im Alter

Genossenschaft für selbstbestimmtes Wohnen startet in Bayern

Mehr lebenswerter Wohnraum für ältere Menschen: Mit diesem Ziel wurde in Weilheim die MARO Genossenschaft für selbstbestimmtes und nachbarschaftliches Wohnen eG gegründet. Die Wohnungsbaugenossenschaft will Wohnprojekte nach dem Modell der „innovativen Wohnformen im Alter“ in Bayern entwickeln: Mehrgenerationen-Wohnen, Hausgemeinschaften, Demenz-WGs und Pflege-WGs. Die neuen Wohnformen werden aufgrund ihrer hohen Lebensqualität und ihrer gemeinschaftlichen Ausrichtung bundesweit stark nachgefragt.

Neue Wohnformen im Alter, auch „gemeinschaftliche Wohnformen“ genannt, wurden bisher vor allem in den Städten angeboten. Die MARO Genossenschaft will die beliebten Wohnprojekte auch im ländlichen Raum in die Breite tragen, wo ein ähnlich hoher Bedarf nach neuen Wohn- und Pflegeformen besteht.

Stabile Mieten, hohe Transparenz

Allein in Bayern werden bis zum Jahr 2024 insgesamt mehr als zwei Millionen seniorengerechte Wohnungen benötigt. Besonders stark werden Wohngemeinschaften für Demenz und Pflege nachgefragt, da sie mehr Alltagsnormalität bieten können als viele Pflegeheime.

MARO wird mindestens zwei Wohnprojekte pro Jahr in Oberbayern, Niederbayern und Schwaben entwickeln. Das Unternehmen wurde als Wohnungsbaugenossenschaft organisiert, da das Geschäftsmodell langfristig stabile Mieten, eine hohe Transparenz und schlanke Verwaltungsstrukturen fördert.

Die MARO Genossenschaft für selbstbestimmtes und nachbarschaftliches Wohnen eG ist ein junges Unternehmen, das sich auf die Entwicklung von gemeinschaftlichen Wohnformen im ländlichen Bayern spezialisiert hat. Unter der Leitung

von Sozialunternehmer Martin Okrslar baut die MARO Genossenschaft innovative Wohnprojekte wie Mehrgenerationen-Wohnen, Hausgemeinschaften, Demenz-WGs und Pflege-WGs.

Nahe am Menschen

Die Mitglieder beteiligen sich an der Finanzierung der Projekte und fördern die Entstehung von altersgerechtem und lebenswerter Wohnraum in ihrer Region. Die MARO-Fachleute übernehmen die „harten“ Aufgaben wie die Sicherung der Grundstücksrechte, die Verhandlung mit dem Bauunternehmen, Rechtsform, Finanzierung und Abstimmungsprozesse.

MARO bringt zusammen, was Wohnprojekte nahe am Menschen erfolgreich macht: Das Konzept, die Gemeinschaft, die Immobilie und die Anleger. □

Baugenehmigungen in Bayern:

Leichter Rückgang

Innenminister Joachim Herrmann fordert: Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen

In den ersten drei Quartalen 2012 wurden in Bayern für 38.327 Wohnungen Baugenehmigungen erteilt oder Genehmigungsverfahren abgeschlossen. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr mit 38.788 Genehmigungen oder Genehmigungsverfahren eine Abnahme um 1,2 Prozent.

„Damit hat sich der positive Trend der beiden Vorjahre leider nicht fortgesetzt. Bayern braucht dringend mehr Wohnungsbau. In den Ballungsräumen, vor allem in München, übertrifft die Nachfrage bei weitem das Angebot“, so Innenminister Joachim Herrmann zu den aktuellen Zahlen des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung.

Abschreibungsmöglichkeiten verbessern

„Wenn trotz dieser guten Marktlage nicht mehr gebaut wird, müssen wir die Rahmenbedingungen weiter verbessern. Ich wiederhole deshalb meine Forderung an den Bund, die steuerlichen Abschreibungsmöglichkei-

ten für Wohnungsbauinvestitionen zu verbessern. Der Vermittlungsausschuss muss den Entwurf der Bundesregierung zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden endlich passieren lassen“, erklärte Herrmann.

Die Zahl der genehmigten Einfamilienhäuser verringerte sich um 6,5 Prozent auf 14.253, während sich die Zahl der genehmigten Wohnungen in Zweifamilienhäusern um 0,8 Prozent auf 3.002 erhöhte. Mit dem Geschosswohnungsbau ging es leicht aufwärts. Es wurden 16.523 Baufreigaben für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern erteilt. Das sind 2,1 Prozent mehr als in den ersten drei Quartalen 2011. □



Ein Partner für alle Leistungen: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Legen Sie die energetische Sanierung Ihrer kommunalen Gebäude in kompetente Hände: Ihr persönlicher Ansprechpartner kümmert sich um alle Leistungen, von der ersten Analyse über die Bauausführung bis zur Abnahme.

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner!

Sie profitieren von geringeren Energiekosten, schonen die Umwelt und steigern den Wert Ihrer Gebäude.

www.eon-bayern.com/sanierung



Wir informieren Sie gerne
T 0180 - 2 15 14 15*

* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Maximal 42 Cent pro Minute für Anrufe aus den Mobilfunknetzen.

e-on | Bayern

Internationale Konferenz „Städtische Energien/Urban Energies“:

Chancen der Stadtentwicklung

Über Chancen und Herausforderungen der Stadtentwicklung diskutierten mehr als 1.300 Teilnehmer aus rund 30 Ländern auf der Internationalen Konferenz „Städtische Energien/Urban Energies“ in Berlin. Die Tagung wurde gemeinsam mit den Partnern der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, den Ländern, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund veranstaltet.

An zwei Tagen wurde im Haus der Kulturen der Welt eine Plattform für Fachdiskussionen und Erfahrungsaustausch auf nationaler und internationaler Ebene geboten. Nach den Worten des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Peter Ramsauer, der die Konferenz eröffnete, sind die Städte und Gemeinden ein „Erfolgsmodell“. „Damit dies so bleibt, diskutieren wir fünf Jahre nach Verabschiedung der ‚Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt‘ mit Experten aus ganz Europa, wo wir heute stehen und wo unsere Zukunftsaufgaben liegen. Denn viele Weichen werden mittlerweile auf europäischer

Ebene gestellt. Wir können alle voneinander lernen, wenn es um die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Regionen geht“, betonte Ramsauer und wies darauf hin, dass den Kommunen bei der Umsetzung der Energiewende eine besondere Verantwortung zukomme: der schonende Umgang mit der knappen Ressource Energie und der Aufbau einer nachhaltigen Energiearchitektur in den Städten und Regionen.

Laut Hans Schaidinger, Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Regensburg, „können die Herausforderungen, vor denen unsere Städte stehen, nur mit einer

kooperativen Stadtentwicklungspolitik bewältigt werden“. Die Schlüsselaufgaben nachhaltiger Stadtentwicklung seien gewaltig – sei es der ökologische Umbau von Gebäuden und Quartieren, die technologische Erneuerung der stadttechnischen Infrastruktur, eine neue Mobilitätskultur und nicht zuletzt die gesellschaftliche Integration. Das Modell der Europäischen Stadt, wie es auch in der Leipzig-Charta benannt ist, biete allerdings beste Voraussetzungen, um diese Aufgaben bewältigen zu können, zeigte sich Schaidinger überzeugt.

Schlüssel zum Erfolg

Wie Roland Schäfer, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister von Bergkamen, darlegte, liegt der Schlüssel zur Lösung vieler Probleme bei den Kommunen. Um die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden auch in Zukunft sichern zu können, würden jedoch starke Bündnisse benötigt, die über Politik und Verwaltung hinausreichen. Wirtschaft, Verbände, Bürgerinnen und Bürger sollten ihren Beitrag leisten. „Mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik haben wir in Deutschland eine Plattform für nachhaltige Stadtentwicklung aufgebaut, die auch im internationalen Vergleich eine hervorragende Basis für starke und lebenswerte Städte und Gemeinden bietet.“

Günther Oettinger, EU-Kom-

missar für Energie, beleuchtete in seinem Vortrag innovative Technologien von Smart Cities. Auf die europäische Perspektive kommunaler Arbeit ging Eleni Mavrou, Ministerin des Innern und Repräsentantin der amtierenden EU-Ratspräsidentschaft aus Zypern, ein.

Am zweiten Konferenztag sprachen unter anderem Bürgermeister Dave Bing aus Detroit, Enrique Peñalosa, ehemaliger Bürgermeister von Bogotá und Jaime Lerner, ehemaliger Gouverneur des Bundesstaates Paraná aus Brasilien. In fünf Arenen wurde zudem eine Plattform zur gemeinsamen Diskussion aktueller stadtentwicklungspolitischer Themen geboten.

Memorandum

Das Konferenzprogramm endete schließlich mit der gemeinsamen Verabschiedung des Memorandums „Städtische Energien – Zukunftsaufgaben der Städte“. Aktuelle Schlüsselaufgaben nachhaltiger Stadtentwicklung sind demzufolge der behutsame ökologische Umbau von Gebäuden und Quartieren, die technologische Erneuerung der technischen Infrastrukturen in Städten und Gemeinden, die Entwicklung einer neuen Mobilität und die gesellschaftliche Integration.

Mit dem Memorandum werden die Verantwortlichen in Städten, Gemeinden, Regionen, Staaten und Organisationen, aber auch relevante Verbände, Unternehmen und Initiativen aufgefordert, eigenverantwortlich Programme und Projekte für eine nachhaltige Stadtentwicklung auf den Weg zu bringen. **DK**



Freude bei Groß und Klein. Von links: Schulverbandsvorsitzender Mathias Lederer, Landrat Josef Neiderhell, Regierungspräsident Christoph Hillenbrand sowie Flintsbachs Bürgermeister Wolfgang Berthaler und sein Amtskollege aus Nußdorf, Sepp Oberauer. Ihre Gemeinden sind Mitglied im Schulverband. □

Feierliche Einweihung des Schulzentrums Brannenburg:

Vorbildliches Projekt

Nach fünfjähriger Bauzeit wurde das runderneuerte Brannenburg-Schulzentrum im Landkreis Rosenheim offiziell eingeweiht. Die Dreifach-Turnhalle, die renovierten Althallen, die energetisch sanierten Schulgebäude, die Mensa und der neu gestaltete Pausenhof ermöglichen nunmehr einen zeitgemäßen Schulbetrieb.

Mehr als sieben Jahre haben die Bauarbeiten am Schulzentrum Brannenburg gedauert. Die Freude, diese Zeit hinter sich gelassen zu haben, war auf der feierlichen Einweihungsfeier weder zu übersehen noch zu überhören. Landrat Josef Neiderhell lobte die hervorragende Kooperation zwischen Realschule sowie Grund- und Mittelschule. Sowohl Neiderhell als auch Brannenburgs Bürgermeister Mathias Lederer in seiner Funktion als Schulverbandsvorsitzender erinnerten an die Probleme beim Bau der neuen Dreifachsporthalle. Beide erklärten übereinstimmend, sie hätten viel gelernt in dieser Zeit. Lange diskutiert wurden beispielsweise die Vor- und Nachteile der großen Glasfassade der Sporthalle und auch die Frage nach der Farbe des Hallenbodens habe Stoff für wochenlange Auseinandersetzungen geboten.

Hoher Zeitdruck

„Vor drei Jahren haben der Landkreis Rosenheim und der Schulverband Brannenburg die Konjunkturpaket II-Förderbescheide in Höhe von insgesamt 4,12 Millionen Euro für die energetische Sanierung der Realschule sowie der Grund- und Mittelschule erhalten. „Wir können uns heute davon überzeugen, dass die bauliche Maßnahme bestens bewältigt wurde“, lobte der Festredner, Oberbayerns Regierungspräsident Christoph Hillenbrand, die Projektbeteiligten. Zugleich gratulierte er dem Lehrerkollegium, den Kindern und ihren Eltern zu ihrer „neuen“ Schule. Dabei stellten so umfangreiche Sanierungsmaßnahmen wie diese, zwei Schulen bei laufendem Betrieb und unter dem hohen Zeitdruck des Konjunkturpakets II umzu-

bauen, eine besondere Herausforderung dar.

Kräftig unterstützt wurde die Baumaßnahme durch Zuschüsse aus dem Konjunkturpaket II und nach dem Finanzausgleichsgesetz in Höhe von insgesamt gut sechs Millionen Euro. Damit konnte ein Gesamtinvestitionsvolumen einschließlich des Neubaus der Dreifach-Sporthalle von mehr als 18 Millionen Euro angestoßen werden.

Energetische Sanierung

Das Schulzentrum der Gemeinde Brannenburg besteht aus mehreren Gebäudeteilen. Zunächst war, noch vor dem Start des Konjunkturpakets, eine neue Dreifachturnhalle errichtet worden. Infolgedessen musste der Pausenhof umgebaut werden, danach folgten die Sanierung der bestehenden Sporthallen und der Freianlagen. Die innovative Energiefassade der neuen Sporthalle wurde auch für die energetische Sanierung der Schulgebäude eingesetzt. Durch die energetische Modernisierung und die Generalsanierung der Schulen konnte eine einheitliche und zusammengehörige Schullandschaft geschaffen werden. Zusätzlich wurden Räume für die Mittagsbetreuung der Schüler beider Schulen eingerichtet. Ein Aufzug sorgt nun auch für die barrierefreie Erschließung.

Durch die Baumaßnahmen ist es gelungen, der regionalen Wirtschaft beachtliche Impulse zu geben. Daneben profitieren vor allem auch die Umwelt vom künftig geringeren Brennstoffverbrauch und die Gemeinde als Schulträger von deutlich reduzierten Nebenkosten. Damit ist das Schulzentrum Brannenburg auch für die Zukunft bestens gerüstet. **DK**

Lichtenfels:

Spatenstich für neue Krankenhausgeneration

Der Krankenhausneubau des Helmut-G.-Walther-Klinikums Lichtenfels in Oberfranken steht Modell für eine neue Krankenhausgeneration: patientenfreundlich, ökologisch und leistungsstark.

„Das Klinikum Lichtenfels ist Bayerns Vorzeigeobjekt für das Krankenhaus der Zukunft: Hier steht der Patient im Mittelpunkt. Gleichzeitig nehmen die umweltfreundliche Bauart und der energieeffiziente Betrieb größtmögliche Rücksicht auf die Umwelt“, betonte der bayerische Umwelt- und Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber beim Spatenstich für das erste „Green-Hospital“ Bayerns. „Lichtenfels nutzt damit seine Chance, Umweltaspekte mit medizinischer Qualität zu verknüpfen - und rüstet sich so für die Zukunft.“

Mit 78 Millionen Euro fördert der Freistaat den Krankenhausneubau, davon stammen acht Millionen aus der Zukunftsinitiative „Aufbruch Bayern“. Das neue Krankenhaus in Lichtenfels setzt dabei auf ein möglichst hohes Maß an Patientenfreundlichkeit. Als Neuheit wird es spezielle Patientenzimmer, etwa für Demenzerkrankte, geben. Ein Patientengarten, ein Kinderspielplatz, ein Naturlehr- und ein Therapiepfad bieten auch im Außenbereich Genesungs- und Erholungsräume für Patienten und deren Angehörige.

Mit seinem energieeffizienten Ansatz leistet das Krankenhaus laut Huber auch einen wichtigen Beitrag zur Energie- und Ressourcenwende in Bayern: „Von den Erfahrungen im Klinikum Lichtenfels sollen auch andere Krankenhäuser in Bayern profitieren. Besonders bei der Einsparung von Energie steckt in den Krankenhäusern viel Potential.“ Der Neubau des Klinikums Lichtenfels erreicht fast Passivhausstandard. Durch

den Einsatz von erneuerbaren Energien, LED-Beleuchtung und hochwertiger Gebäudedämmung kann der Energieverbrauch gegenüber dem Klinik-Altbau um rund 74 Prozent gesenkt werden; zwölf Prozent des Strombedarfs und 26 Prozent des Heizbedarfs wird das Krankenhaus selbst erzeugen. Huber unterstrich: „Unser Ziel ist eine möglichst umfassende Verwirklichung des Green Hospital-Gedankens im Freistaat. Nachhaltig geführte Krankenhäuser können auf Dauer Spitzenmedizin wirtschaftlich und ökologisch anbieten.“

„Wir bauen hier ein Klinikum für unsere Bevölkerung für 114,3 Millionen Euro“, erklärte Lichtenfels' Landrat Christian Meißner. „Damit sichern wir nicht nur die medizinische Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises, sondern sichern auch hochqualifizierte Arbeitsplätze in der Region und bieten den heimischen Unternehmen einen wichtigen Standortfaktor bei ihrer Suche nach qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Denn eine gute medizinische Versorgung vor Ort zu wissen, ist bei der Job-Wahl ein wichtiges Kriterium.“, so Landrat Meißner.

Der Klinikneubau ist als deutsches Pilotvorhaben für die neue Zertifizierung von Krankenhäusern durch die Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB) angemeldet. Eine Vorprüfung hat bereits ergeben, dass das Projekt die höchste Auszeichnungsstufe „Gold“ nach seiner Fertigstellung 2016 erreichen wird. □



Staatsminister Dr. Marcel Huber (links) freut sich mit Landrat Christian Meißner (Mitte) und Geschäftsführer Michael Jung (rechts) über die Zertifizierungsurkunde der DGNB. □

Nürnberg siegt mit Projekt „Auf AEG“

Auszeichnung für vorbildliche Stadtentwicklung: Die Stadt Nürnberg hat mit dem Projekt „Auf AEG“ des Projektentwicklers MIB Fünfte Investitionsgesellschaft mbH den zum zweiten Mal ausgelobten „Nationalen Preis für integrierte Stadtentwicklung und Baukultur“ in der Kategorie „Gebäude und Stadtraum“ gewonnen.

Rainer Bomba, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung übergab den Preis beim Nationalen Stadtentwicklungskongress in Berlin an Siegfried Dengler, Leiter des Stadtplanungsamts der Stadt Nürnberg, und Bertram Schultze, Geschäftsführer und Projektleiter der MIB AG. „Mit der Auszeichnung würdigt die Jury die Anstrengungen, die wir vor Ort unternehmen, um ein lebendiges, urbanes Quartier zu schaffen“, erklärte Bau- und Planungsreferent Wolfgang Baumann. „Dass das Projekt mit seinem innovativen Ansatz überzeugte, Kunst, Design und Kultur zusammen mit neuen Technologien und Denkwerkstätten an einem umgewandelten Industriestandort zu vernetzen, liegt auch an der MIB als an Qualität orientiertem Investor. Ein echter Glücksgriff und eine tolle Partnerschaft.“

Erst 2007 übernahm die MIB das Areal und entwickelt es seither konsequent zu einem lebendigen, urbanen Ort, der in kurzer Zeit zu einem Motor der Entwicklung der Weststadt geworden ist. Das Potenzial „Auf AEG“ ist freilich noch lange nicht ausgeschöpft. Das Nordareal ist noch unsaniert und bietet Raum für vielfältige Visionen. Weitere Ziele sind die Belebung der Fürther Straße und ein dauerhaftes Qualitätsmanagement der bestehenden und zukünftigen Situation. **DK**

Aiterhofen:

490.000 Euro für Dorferneuerung

Die Gemeinde Aiterhofen (Landkreis Straubing-Bogen) erhält zur Stärkung der Ortsmitte und zum Einstieg in die Energiewende eine Förderung aus Dorferneuerungsmitteln in Höhe von insgesamt 490.000 Euro. Das hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner bekanntgegeben.

„Die Projekte in Aiterhofen sind beispielgebend für zwei wichtige Zukunftsthemen des ländlichen Raums – die Entwicklung der alten Ortskerne sowie die Energiewende“, betonte Brunner. So trage die Nutzung der leerstehenden Schmiede im Ort nicht nur zur Innenentwicklung und zum Flächensparen bei, sondern biete durch kurze Wege auch einen effizienten Einsatz der Energie.

Im Nebengebäude der leerstehenden Schmiede soll ein Biomasseheizwerk mit Nahwärmenetz errichtet werden. Die Räum-

lichkeiten der Schmiede stehen darüber hinaus für einen Existenzgründer und für das im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung Gäuboden entstehende gemeinsame Ständesamt der sieben beteiligten Gemeinden zur Verfügung.

Im Rahmen der Dorferneuerung soll zudem ein Geh- und Radweg die Anbindung nach Straubing verbessern, die Neuordnung der Parkplatzsituation soll die Verkehrssicherheit und die Attraktivität des Ortskerns insgesamt erhöhen. □

Staatliches Berufliches Schulzentrum Aschaffenburg:

Erweiterungsbau für Fachbereich Ernährung eingeweiht

Mit Beginn des neuen Ausbildungsjahres im September startete der Unterrichtsbetrieb im neu errichteten Erweiterungsbau für den Fachbereich Ernährung im Staatlichen Beruflichen Schulzentrum Aschaffenburg des Landkreises Aschaffenburg.

Mit einer standesgemäßen Einweihungsfeier wurde nunmehr der Neubau des Kompetenzzentrums seiner Bestimmung übergeben. Landrat Dr. Ulrich Reuter und Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer würdigten die gute Planung und Durchführung dieses über 11 Millionen Euro teuren Projekts. Architekt Prof. Eberhard Voigt übergab sodann den symbolischen Schlüssel an Dr. Reuter, der diesen an den Schulleiter OStD Dieter Trott weiter reichte.

Die Segnung des neuen Gebäudes erfolgte im Anschluss an die Reden und die zahlreichen Gäste konnten dann den Neubau in einer Haus- und Küchenparty erkunden und die kulinarische Leistungsfähigkeit prüfen. □

LBS Bayern bleibt auf Rekordkurs

Oberpfalz hat die meisten Bausparer unter allen Regierungsbezirken

Dr. Franz Wirmhier, Chef der Bayerischen Landesbausparkasse (LBS), kommt gerne nach Regensburg. Vor kurzem war er wieder dort, um im PresseClub erfreuliche Zahlen zu vermelden. Er kommt aber auch deshalb gerne hierher, weil die Oberpfalz den größten Anteil von LBS-Bausparern unter den bayerischen Regierungsbezirken hat und Regensburg einer der attraktivsten Immobilienmärkte im Freistaat ist.

Häuser und Wohnungen in Bayern sind nach wie vor bei Selbstnutzern ebenso enorm gefragt wie bei Kapitalanlegern, weiß Wirmhier, und nennt als Hauptgrund, dass viele Menschen auf die Stabilität einer Wohnimmobilie setzen.

In der Oberpfalz wohnen die Haushalte zu 60 Prozent in den eigenen vier Wänden. Zusätzlich gestärkt werde dieser Trend durch die historisch außergewöhnlich niedrigen Zinsen. Deren Niveau habe sich in den vergangenen fünf Jahren nahezu halbiert. Dass die Oberpfalz für die LBS ein gutes Pflaster ist, belegen weitere Zahlen: Hier wurden 2011 fast 30 Prozent mehr Objekte vermittelt als im Vorjahr und der Wert der Kaufobjekte stieg um über 20 Prozent.

Die hohe Nachfrage nach Wohnimmobilien wirke sich auf die Preise aus, stellte Wirmhier fest. Bei gebrauchten Eigentumswoh-

nungen und Häusern sei ein Anstieg um sieben Prozent zu verzeichnen, bei neu gebauten Häusern gar um 16 Prozent. In Regensburg kosten neue Reihenhäuser zwischen 280.000 und 600.000 Euro, häufigster Wert sind 400.000 Euro. Neue Eigentumswohnungen gibt es zwischen 2.800 und 5.200 Euro pro Quadratmeter.

Gebrauchte Reihenhäuser sind zwischen 250.000 und 550.000 Euro zu haben, gebrauchte Eigentumswohnungen für 2.700 Euro pro Quadratmeter. Auf dem Neubausektor, so der LBS-Chef, sei die Nachfrage in Regensburg weiterhin so groß, dass attraktive Objekte teils schon binnen weniger Tage verkauft werden.

Einen weiteren Grund für die anziehenden Wohnimmobilienpreise hat Wirmhier in der geringen Neubautätigkeit der vergangenen Jahre ausgemacht; 2009 habe die

Zahl der Fertigstellungen nicht einmal mehr bei der Hälfte des Wertes aus dem Jahr 1999 gelegen. In Bayern müssten bis 2029 jährlich 40.000 Wohnungen errichtet werden, um den Bedarf zu decken.

Keine Entwarnung

Für den Landkreis Regensburg sieht ein Forschungsinstitut pro Jahr ein erforderliches Neubauniveau von 800 Wohneinheiten, tatsächlich waren es im vergangenen Jahr nur 557. Bayernweit, so Wirmhier, sei der Nachholbedarf auf inzwischen 282.000 Wohnungen gestiegen. „Wir sind weit davon entfernt, beim Wohnungsbau Entwarnung zu geben.“

Im Wohnungsbestand kommt der energetischen Sanierung eine hohe Bedeutung zu. Zwei Drittel aller Wohngebäude in Bayern sei älter als 30 Jahre und verheize unnötig viel Öl und Gas. Der LBS-Chef fordert direkte Zuschüsse des Staates dafür und er fordert die Politik auf, sehr bald eine Lösung zu finden. Seinen Zahlen zufolge sind für Ein- und

Zweifamilienhäuser zur energetischen Modernisierung 50.000 Euro erforderlich, was allein für den Raum Regensburg ein Modernisierungspotenzial von 2,8 Milliarden Euro bedeute. Inklusive Förderung und angesichts der Energieeinsparung könnten sich die Investitionen bereits nach acht Jahren amortisieren, rechnete Dr. Wirmhier vor.

Attraktives Werkzeug

„Der Bausparvertrag dient nach wie vor als attraktives Anspar- und Finanzierungswerkzeug“, weiß Wirmhier. Seine Zinssicherheit und damit Planungssicherheit sei derzeit besonders gefragt. Die LBS Bayern habe im vergangenen Jahr rund 250.000 Bausparverträge mit einer Bausparsumme von 8,3 Milliarden Euro vermittelt. „Wir sind zuversichtlich, heuer zum zweiten Mal in unserer Geschichte eine Bausparsumme von über acht Milliarden Euro zu erreichen.“

Die LBS Bayern ist mit fast 1,6 Millionen Kunden und einem Marktanteil von 40 Prozent die führende Bausparkasse im Freistaat. Sie ist seit über 80 Jahren im Verbund mit den Sparkassen ein bewährter Partner für Erwerber und Besitzer von Wohnimmobilien. Zum Jahresende 2011 befanden sich rund zwei Millionen Bausparverträge mit einer Bausparsumme von 57,2 Milliarden Euro im Bestand. **osr**



LBS-Chef Dr. Franz Wirmhier (rechts) und Pressesprecher Joachim Klein konnten im Regensburger PresseClub erfreuliche Zahlen des Unternehmens verkünden.
Bild: osr

Neun-Monats-Zahlen:

Bausparen und Wohnimmobilien gefragt

LBS Bayern: 8-Milliarden-Marke im Blick

Die LBS Bayern erwartet für dieses Jahr abermals ein Bausparneugeschäft in der Größenordnung des Rekordjahres 2011. In den ersten neun Monaten 2012 wurden 218.518 LBS-Bausparverträge mit einer Bausparsumme von 6,62 Milliarden Euro vermittelt. Die Stückzahl erhöhte sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 13,4 Prozent, die Bausparsumme stieg um 2,9 Prozent. Im Gesamtjahr könnte bei der Bausparsumme der neu vermittelten Verträge erneut die Marke von 8 Milliarden Euro übertroffen werden (2011: 8,3 Milliarden Euro).

„Häuser und Wohnungen sind in Bayern nach wie vor stark gefragt – bei Selbstnutzern ebenso wie bei Kapitalanlegern. Die Staatsschuldenkrise im Euroraum bleibt ein großer Unsicherheitsfaktor. Dem begegnen viele Menschen, in dem sie auf die Stabilität einer Wohnimmobilie setzen“, erklärt Dr. Franz Wirmhier, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern. „Zudem liegt Bausparen als zuverlässiges und bodenständiges Produkt im Trend.“

Hohe Wertschätzung

Die hohe Wertschätzung für Wohnimmobilien zeigt sich auch im Immobilienvermittlungsgeschäft der bayerischen Sparkassen

Das Gesamtjahr rechne ich insgesamt mit einer weiter wachsenden Nachfrage nach Finanzierungen für nachhaltige Maßnahmen im Bereich Umweltschutz und Energie.“

Die LfA ist die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands in Bayern. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. Um den Wirtschaftsstandort zu stärken, unterstützt die LfA auch kommunale Infrastrukturvorhaben. **□**

und des LBS-Außendienstes, das sich auf Rekordkurs befindet. Die Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-Gesellschaft (Sparkassen-Immo) hat von Januar bis September 2012 in Bayern 9153 Objekte vermittelt – 4,8 Prozent mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Wert der vermittelten Kaufobjekte wuchs um 15,2 Prozent auf 1,52 Milliarden Euro. 2011 hatte die Sparkassen-Immo bereits das beste Ergebnis ihrer 40-jährigen Geschichte erzielt.

Anhaltend gutes Umfeld

In dem anhaltend guten Umfeld für Wohnimmobilien hat der Wohnungsneubau das im vergangenen Jahr deutlich erhöhte Niveau weitgehend halten können. Von Januar bis August 2012 wurde in Bayern für 29.949 Wohnungen in neuen Wohngebäuden eine Baugenehmigung erteilt. Dies entspricht einem geringfügigen Minus von 1,9 Prozent gegenüber den ersten neun Monaten 2011.

Wirmhier sieht die weitere Entwicklung optimistisch: „Wohnimmobilien und Bausparen erfahren eine enorm hohe Wertschätzung. Das Jahr 2012 wird ein hervorragendes Ergebnis im LBS-Neugeschäft bringen. Und wir sind zuversichtlich, dass uns das positive Umfeld länger erhalten bleibt.“ **□**



München (wefa) - Zur Frankfurter Buchmesse ist das 184 Seiten starke Buch „Bürgermeisterzimmer in Deutschland“ von Prof. Jörg Winde im Kerber Verlag (ISBN 978-3-86678-732-2) erschienen. Jörg Winde zeigt mit seinen Fotografien einen Querschnitt deutscher Amtsstuben in den Städten quer durch die Bundesrepublik, von Aachen bis Zwickau, von Glücksburg bis Füßen. Fast sieben Jahre hat der Fotograf an der typologisch angelegten Serie gearbeitet und dabei annähernd 120 Zimmer in präzise formulierten Gesamtansichten fotografiert. Die Bilder dieser Räume sind Zeitdokumente, die über Formempfinden und Präsentationswillen der Stadtoberhäupter ebenso Auskunft geben wie über ihr Verhältnis gegenüber Kultur und Tradition. Der Band enthält Beiträge von Prof. Dr. Ralf Bohn und Prof. Dr. Rolf Sachsse und wurde gestaltet von Vera Schäper, einer Absolventin des Fachbereichs Design. Das Rothenburger Bürgermeisterzimmer (unser Bild) ist eines der wenigen aus Franken, das im Buch abgebildet ist. **□**

Herbstbilanz der LfA Förderbank Bayern:

Mittelstand und Kommunen mit größerer Kreditnachfrage

Die LfA Förderbank Bayern hat in den ersten neun Monaten mit Darlehenszusagen in Höhe von 1,8 Milliarden Euro annähernd das Zusagevolumen aus dem vergleichbaren Zeitraum des Rekordjahrs 2011 vergeben. Im dritten Quartal hat besonders die Nachfrage des Mittelstands nach zinsgünstigen Krediten ein hohes Niveau erreicht. Im kommunalen Bereich haben sich die Finanzierungen für energiespezifische Infrastrukturmaßnahmen im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht.

„In den ersten neun Monaten des Jahres hat die LfA Förderbank Bayern 3.900 kleinen und mittleren Unternehmen 1,1 Milliarden Euro an Förderkrediten zugesagt. Mit dem Geld wollen die Mittelständler weitgehend unbeeindruckt von EU-Schuldenkrise und konjunkturellen Schwankungen ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern.

Mit den Krediten der LfA können die Unternehmen Vorhaben in Höhe von 1,7 Milliarden Euro realisieren. Jedes Unternehmen erhält im Schnitt einen Kredit über 300.000 Euro und stemmt damit eine Investition von 440.000 Euro. Kräftig investiert wird vor allem in nachhaltige Maßnahmen wie Unternehmens-

nachfolgen, moderne Anlagen und Energieeffizienz. Damit machen sich die Unternehmen auch für die Herausforderungen der Energiewende fit“, erklärt Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil.

Förderschwerpunkt

LfA-Chef Dr. Otto Beierl ergänzt: „Energieeffizienz und die Umstellung auf erneuerbare Energien sind auch im kommunalen Bereich ein Förderschwerpunkt. Für solche energiespezifischen Infrastrukturvorhaben haben wir rund 60 Millionen Euro an Krediten und Zuschüssen zugesagt, wodurch circa 450 Millionen Euro an Investitionen ermöglicht wurden. Für



Sorgt zuverlässig und schnell für freie und sichere Straßen.

Der Mercedes-Benz Unimog U300/U400/U500.

Wenn's auf Höchstleistung ankommt ist der Unimog Ihr Profi im Winterdienst: permanenter Allradantrieb, ABS für exzellente Spurtreue, kompakte Maße und hohe Wendigkeit. Das beträchtliche Streuvolumen ermöglicht große Räumschleifen. Und sein Freisicht-Fahrerhaus gewährleistet hohen Komfort und sichere Sicht. Informieren Sie sich bei Ihrem Unimog Partner oder unter: www.mercedes-benz.de/unimog



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

DStGB-Lounge in Zirndorf zur Verwaltungsmodernisierung:

Vom Papier zum Pixel

Smartphones, E-Mails und Internet sind aus der alltäglichen Lebens- und Arbeitswelt nicht mehr wegzudenken. Die Schnelligkeit der elektronischen Kommunikation schafft dabei neue Herausforderungen, auf die auch Städte und Gemeinden zunehmend reagieren. Für den kommunalen Sektor stellt die Überarbeitung und Digitalisierung von Verwaltungsprozessen eine der wesentlichen Herausforderungen dar. Auf dem Weg zu einer digitalen Verwaltung stehen jedoch einige Hürden, die es zu bewältigen gilt. Im Rahmen der DStGB-Lounge „Vom Papier zum Pixel – Verwaltung wird digital“ in Zirndorf bei Fürth wurden grundsätzliche Aspekte des Themas digitale Verwaltung, Praxisbeispiele und rechtliche Rahmenbedingungen aufgegriffen und mit Vertretern von Kommunen, Unternehmen und Wissenschaft diskutiert.

Eine internationale Umfrage in Privathaushalten zur Akzeptanz von elektronischen Bürgerdiensten aus dem Jahr 2012 macht deutlich, dass in Deutschland die Nutzung von E-Government-Angeboten zwar gestiegen ist, in einigen Bereichen aber weiterhin erheblicher Nachholbedarf besteht. Während in Vorreiterländern wie Schweden oder Österreich bereits 70 bzw. 67 Prozent der Internetnutzer elektronische Verwaltungsverfahren verwenden, ist die E-Government-Nutzung in Deutschland um fünf Prozentpunkte auf lediglich 45 Prozent angestiegen. Dies stellte die Studie „E-Government Monitor“ fest.

Branchenkompass

Auch wenn Deutschland bei der E-Government-Nutzung zurückliegt, ist dennoch zu erkennen, dass die Bedeutung der Informationstechnologie für die Verwaltungsmodernisierung hierzulande weiter zunimmt. Dies belegt wiederum die Studie „Branchenkompass 2012 Public Services“. Durch das for-

sa-Institut wurden dabei Anfang des Jahres 100 Entscheider aus 100 großen deutschen Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen zu den aktuellen Herausforderungen und den bis 2014 geplanten Maßnahmen im Bereich der elektronischen Verwaltungsmodernisierung befragt.

Mobile Government

Das Ergebnis: 87 Prozent der öffentlichen Verwaltungen investieren bis 2014 in die elektronische Vorgangsbearbeitung. 81 Prozent planen, die vorhandenen IT-Eigenentwicklungen gegen Standardsoftware auszutauschen. 42 Prozent der Verwaltungen setzen zudem bereits auf das sog. Mobile Government: Über Apps und andere Anwendungen für Smartphones sollen Bürger Verwaltungsleistungen und Informationen damit auch unterwegs abrufen können. 77 Prozent der Befragten hoben darüber hinaus hervor, dass durch E-Government Schnittstellenprobleme reduziert werden, beispielsweise durch Pro-

jekte wie XML in der öffentlichen Verwaltung (XÖV).

Innerhalb der Verwaltungen nimmt die Akzeptanz von digitalen Verfahren also zu. Das Nutzungsverhalten der Bevölkerung ist im gleichen Zeitraum allerdings nur wenig gestiegen, wie die „Milieu-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet“ des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) aufzeigt.

Demnach sind 27 Millionen Deutsche (39 Prozent) sog. Digital Outsiders, d. h. entweder vollständig offline oder durch negative Erfahrungen im Umgang mit dem Internet erheblich verunsichert, weshalb sie es kaum noch nutzen. Diese Gruppe wieder an das Medium Internet heranzuführen und dabei gleichzeitig die Vorteile digitaler Verwaltungsprozesse zu verdeutlichen, stelle eine wesentliche Herausforderung dar, wurde auf der Tagung deutlich. Hierzu bedürfe es unter anderem klarer rechtlicher Rahmenbedingungen. Hohe Erwartungen richten sich dabei an das E-Government-Gesetz des Bundes, das im ersten Halbjahr 2013 in Kraft treten soll.

Sichere Kommunikation

Bei digitalem Austausch von Informationen kommt als wesentlicher Baustein die gleichzeitig sichere, verbindliche und vertrauliche Kommunikation zum Tragen. Ein einfacher Informationsaustausch, der nicht rechtsverbindlich ist, findet dabei auch heute schon vielfach

per E-Mail oder mit anderen digitalen Informationsmedien statt. Rechtsverbindlich können auf diesem Wege Informationen bisher allerdings nur schwer ausgetauscht werden.

Hybride Lösung

Mit dem „E-Postbrief“ begegnet beispielsweise die Deutsche Post AG diesem Mangel. Mit ihm bietet sie einen rechts-sicheren Datenaustausch an, wie Heinz-Hermann Herbers, Geschäftsbereichsleiter Vertrieb Brief öffentlicher Sektor bei der Deutschen Post, erläuterte: „Der E-Postbrief ist eine Verknüpfung von elektronischer und physischer Kommunikation, das heißt, es gibt eine hybride Lösung.“ Damit könne von Anfang an jeder erreicht werden, unabhängig davon, ob er über einen elektronischen Zugang verfügt. Vollelektronische Prozesse böten den Vorteil, dass sowohl große, als auch kleine Kommunen bis zu 70 Prozent an Kosten einsparen könnten, erklärte Herbers.

Die mit der elektronischen Verwaltungsmodernisierung verbundenen Vorteile sind Zeitersparnis, Effizienzgewinn und Kostenreduktion. Professor Dr. Jürgen Stember, Dekan des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften Hochschule Harz, betonte, dass es bei der Modernisierung der Verwaltung künftig verstärkt darum gehen müsse, wie das Prozessmanagement im Einzelnen gestaltet werden kann. Entscheidend sei „die Entrümpelung von Prozessen“, d. h. es müsse hinterfragt werden, welche Strukturen und Abläufe für die Verwaltung essentiell seien und welche hinfällig.

Positivliste

Die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister Vitako hat eine sog. Positivliste erstellt, die exemplarisch zwanzig kommunale Prozesse mit Blick auf die Möglichkeit einer durchgängigen elektronischen Abwicklung untersucht. Von den 20 untersuchten Prozessen eignet sich nur einer nicht für die elektronische Abwicklung: Die Beantragung eines neuen Personalausweises ist explizit an die persönliche Vorsprache bei der zuständigen Behörde gebunden und kann durch keine elektronische Form ersetzt werden. Knapp die Hälfte der untersuchten Prozesse könnte nach Analyse der Expertengruppe hingegen sofort vollständig elektronisch umgesetzt werden, beispielsweise die An-, Um- oder Abmeldung eines Gewerbes, Auskünfte aus dem Gewerberegister oder Anwohnerparkausweise.

Zwei Seiten der Medaille

Auch wenn die Digitalisierung der Verwaltung dazu führt, dass immer mehr Prozesse nur noch elektronisch ablaufen, bedeute dies im Umkehrschluss keinesfalls, dass die Verwaltung als solche in Zukunft nicht mehr existieren wird, stellte DStGB-Sprecher Franz-Reinhard Habel fest. Rathäuser werde es immer geben. Menschen benötigten weiterhin sichtbare Anlaufpunkte und Institutionen, die Identität vermitteln.

„Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere zeigt die virtuelle Verwaltung, die wiederum zu einer weitgehenden Dematerialisierung der Verwaltungsprozesse führt“, äußerte sich Habel. Noch stecke die elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Stadt in den Anfängen. Das werde sich aber in den nächsten Jahren ändern. „Der Weg für Veränderungen ist bereits geebnet“, bemerkte der DStGB-Vertreter. **DK**

Eine Million Auskünfte am Tag:

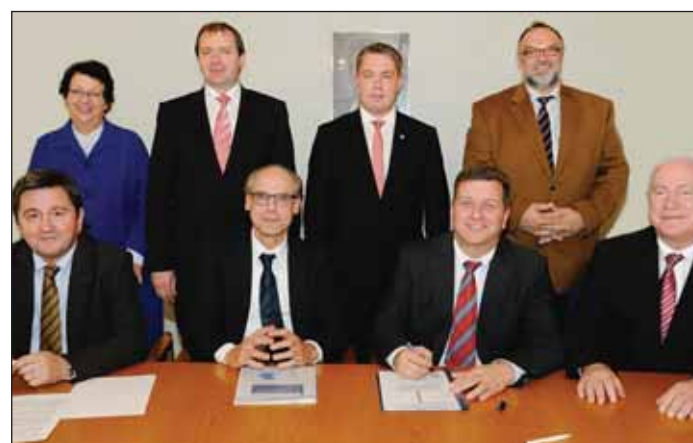
MVV-EFA mit neuem Rekord

Die Elektronische Fahrplanauskunft (EFA) des MVV hat erstmals, Ende September zur Wies'nzeit, an nur einem Tag mehr als eine Million Fahrtverbindungen gerechnet. Hinzu kommen täglich über 150.000 abgefragte Aushangfahrpläne, Kartendarstellungen oder Fahrplanbuchseiten. Diese hohen Zahlen setzten sich auch im Oktober kontinuierlich fort.

Ein Grund für die große Nachfrage ist der enorme Anstieg der Fahrplananfragen über die mobilen Plattformen wie die Fahrplanauskunfts-App MVV-Companion für Android und iPhone und www.efa.mobi für Handys mit Browser, über die mittlerweile bereits ein Drittel aller Kundenanfragen erfolgen.

Hohe Downloadzahlen

Entsprechend hoch sind auch die Downloadzahlen für den MVV-Companion, sie lagen im September bei über 265.000 Downloads. Zugpferd ist hier auch der neue MVV-Staumelder im Companion, mit dem Fahrgäste nach dem Social-Media-Gedanken aktuelle Informationen über Verspätungen an alle anderen ÖPNV-Benutzer weitergeben können. Bereits mehr als 10.000 Kunden haben mittlerweile diese Möglichkeit genutzt. Tendenz stark steigend. **□**



Stehend von links: Maria Stelzl, zweite Bürgermeisterin Straubing, Michael Fahmüller, Landrat Rottal-Inn, Michael Adam, Landrat Regen und Jürgen Dupper, Oberbürgermeister Passau. Vorne sitzend von links: Alfred Reisinger, Landrat Straubing-Bogen, AKDB-Vorstandsvorsitzender Alexander Schroth, Christian Bernreiter, Landrat Deggendorf und Heinrich Trapp, Landrat Dingolfing-Landau. **□**

Erweiterte Zuständigkeit im Kfz-Bereich:

Auch in Niederbayern erfolgreich

Die erweiterte Zuständigkeit im Kfz-Zulassungsbereich wird zu einem immer größeren Erfolgsprojekt: Wie schon in 26 anderen bayerischen Zulassungsstellen kann man nun auch in weiten Teilen Niederbayerns frei wählen, bei welcher Zulassungsbehörde man sein Fahrzeug zulässt, abmeldet oder umschreiben lässt.

Seit November profitieren die Bürger der Landkreise Deggendorf, Regen, Straubing-Bogen, Dingolfing-Landau und Rottal-Inn sowie der kreisfreien Städte Passau und Straubing von diesem Service. Die AKDB bietet mit ihrer Software die dafür nötigen technischen Voraussetzungen.

„Es laufen die Daten, nicht die Bürger“

Unter dem Motto „Es laufen die Daten, nicht die Bürger“ kamen im Landratsamt Deggendorf vor kurzem die Landräte und Bürgermeister der beteiligten Kreise bzw. Städte sowie der Vorstandsvorsitzende der AKDB zusammen, um eine entsprechende Vereinbarung zu unterzeichnen. Heinrich Trapp, Landrat aus Dingolfing-Landau, zeigte sich vom Servicegedanken dieses Projekts überzeugt: „Der Bürger wird bei der ganzen Sache gewinnen.“

Viele Verantwortliche, wie zum Beispiel Landrat Alfred Reisinger aus Straubing-Bogen, wünschen sich derartige Initiativen auch über die Grenzen der einzelnen Regierungsbezirke hinaus. Die Veranstaltung fand unter der Federführung des Deggendorfer Landrats Christian Bernreiter statt. Weitere Teilnehmer: Maria Stelzl, zweite Bürgermeisterin Straubing, Michael Fahmüller, Landrat Rottal-Inn, Michael Adam, Landrat Regen und Jürgen Dupper, Oberbürgermeister Passau, sowie die genannten Landräte Trapp und Reisinger.

Zuvor hatten die Zulassungsleiter der jeweiligen Landkreise und Städte konstruktiv die Vorarbeiten für die notwendige Vereinfachung und Vereinheitlichung der Arbeitsvorgänge in den Zulassungsstellen geleistet. In Kürze ist mit der Teilnahme weiterer Landkreise an der erweiterten Zuständigkeit zu rechnen. **□**

Bürgerservice-Portal der AKDB auf dem Vormarsch

Das Bürgerservice-Portal der AKDB überzeugt immer mehr Kommunen: Nach der Gemeinde Brunnthal im Landkreis München haben sich aktuell die Marktgemeinde Prien am Chiemsee und die Gemeinde Baar-Ebenhausen für die Vorteile der AKDB-Portallösung entschieden. Somit werden die Verwaltungen spürbar entlastet und der Bürgerservice in gleicher Weise erhöht.

Die Brunnthaler werden mit der Wasserzählerablesung auch einen Dienst im Finanzwesen einsetzen. Die Umsetzung des Portals mit den damit verbundenen EWO-Diensten erfolgt in diesen Wochen. **□**

Wirtschaftskraft für starke Kommunen



Der Ausbau der Mobilfunknetze für schnelle, mobile Datendienste bringt Ihre Region nach vorne: für mehr Flexibilität und kürzere Reaktionszeiten in Unternehmen, für neue Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsplätze.

E-PLUS GRUPPE



In zwei Würzburger Stadtteilen:

Neues Internet-Zeitalter beginnt

Das neue Breitbandnetz in den Würzburger Stadtteilen Ober- und Unterdürnbach durch den Telefon- und Internetanbieter M-net wurde von Oberbürgermeister Georg Rosenthal und Vertriebsleiter Richard Zebisch offiziell in Betrieb genommen und läuteten damit symbolisch ein neues Internet-Zeitalter in den beiden Stadtteilen ein. Ab sofort stehen nun rund 3.000 Privathaushalten und Gewerbetreibenden im Ausbaubereich Internetanschlüsse mit einer Bandbreite von bis zu 50 Mbit/s zur Verfügung – je nach der Entfernung zum M-net Anschlussstandort. Bisher waren die Internetzugangsmöglichkeiten dort äußerst eingeschränkt.

Durch den Einsatz der Glasfasertechnologie werden besonders hohe Bandbreiten von derzeit bis zu 50 Mbit/s möglich. Anders als bei anderen Infrastrukturen wie beispielsweise auch der neuen Mobilfunktechnologie stehen diese hohen Bandbreiten pro Anschluss stabil zur Verfügung – unabhängig davon, wie viele Anwender parallel Daten aus dem Internet herunter- oder hochladen. „Die Stadtteile Ober- und Unterdürnbach erhalten mit dem neuen Glasfasernetz eine zukunftsichere Infrastruktur.“

Standortfaktor

Eine leistungsfähige Internet-

verbindung gilt heute nicht nur als entscheidender Standortfaktor in wirtschaftlicher Hinsicht. Sie ist darüber hinaus auch für die Wohnattraktivität von großer Bedeutung“, betont Rosenthal.

Auf der digitalen Autobahn

Insgesamt investierten die Stadt Würzburg und M-net einen sechsstelligen Euro Betrag. Der Freistaat Bayern fördert das Projekt im Rahmen seines Programms zum Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum („Breitbandrichtlinie“). „Die Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerbetreibende im Ausbaubereich verfügen nun über In-

ternetzugangsmöglichkeiten, die ihnen moderne und attraktive Anwendungsmöglichkeiten einfach und bequem möglich machen“, erklärt Zebisch. „Der Übergang vom digitalen Feldweg direkt auf die digitale Autobahn ist damit in Ober- und Unterdürnbach ab sofort Realität.“

Komfortable Nutzung

Die hohen Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 50 Mbit/s ermöglichen dem Anwender die komfortable Nutzung bandbreitenintensiver multimedialer digitaler Anwendungen wie beispielsweise Video-on-Demand oder Online-Gaming. Auch für Gewerbebetriebe werden zielgruppenspezifische Breitband-Internetlösungen angeboten.

Für das Breitband-Projekt wurden die Stadtteile Ober- und Unterdürnbach über die bestehende Infrastruktur sowie durch Neuverlegung von Glasfaserstrecken angebunden. Hierbei waren Tiefbauarbeiten auf einer Länge von

rund 1.200 Metern erforderlich. Sie verbinden die vorhandenen Telefonleitungen mit dem Netz von M-net.

Multifunktionsgehäuse

Das Unternehmen übernahm zudem den Aufbau und die Implementierung der innovativen VDSL-Technologie. Hierfür errichtete das Telekommunikationsunternehmen acht so genannte Multifunktionsgehäuse. In diesen Vorrichtungen installierte M-net die hochmoderne aktive Netzwerktechnik zur Realisierung der neuen Anschlüsse. M-net wird auch anderen Internetanbietern bei Bedarf künftig einen Zugang in das VDSL-Netz in Würzburg ermöglichen.

Im Herbst 2011 hatte der Stadtrat entschieden, ein Angebot der Firma M-net zum Ausbau der Breitbandversorgung in Ober- und Unterdürnbach anzunehmen. Dieser Entscheidung gingen ein Markterkundungs- und Auswahlverfahren nach der Breitbandrichtlinie des Freistaates Bayern voraus.

Kooperationsvertrag

Nach Vorliegen des Zuwendungsbescheides der Regierung von Unterfranken über eine Förderung von maximal 100.000 Euro der zuwendungsfähigen Kosten für diese Ausbaumaßnahme wurde ein Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Würzburg und dem Telefon- und Internetanbieter M-net geschlossen. Gleichzeitig wurde dadurch der maximal mögliche Zuwendungsbetrag nach den Vorgaben der zum Ende des Jahres 2011 ausgelaufenen Breitbandrichtlinie für das gesamte Stadtgebiet Würzburg ausgeschöpft. □



Oberbürgermeister Georg Rosenthal und Vertriebsleiter Richard Zebisch nehmen das neue Breitbandnetz in Betrieb. Bild: Christian Weiß

Finanzstaatssekretär Franz-Josef Pschierer:

EU-Signatur nur mit Augenmaß

„Ein europäischer Standard für digitale Signaturen ist notwendig. Er darf jedoch nicht dazu führen, dass bewährte nationale IT-Systeme teuer umgerüstet werden müssen.“ Mit diesen Worten kommentierte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, IT-Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung, einen Beschluss des IT-Planungsrates in Berlin zur EU-Signatur-Richtlinie.

Der IT-Planungsrat verabschiedete auf Initiative Bayerns ein Positionspapier zu einem Vorschlag der Europäischen Kommission, die elektronische Identifizierung im Binnenmarkt grundsätzlich neu zu regeln.

Inakzeptabler Vorschlag

Pschierer begrüßte zwar das Ziel, einen sicheren Weg des elektronischen Geschäftsverkehrs über die Ländergrenzen hinweg zu ebnen. Der Vorschlag der Kommission gehe jedoch zu weit. Er würde bewährte, diskriminierungsfreie eGovernment-Angebote der Mitgliedsstaaten aushebeln. Darauf hatte be-

reits der Bundesrat in einem Beschluss Mitte Oktober hingewiesen.

Als Beispiel nannte Pschierer die elektronische Steuererklärung (ELSTER): „Wer heute als maltesischer Staatsbürger in Deutschland steuerpflichtig ist, kann seine Steuererklärung mit Signatur in Deutschland sicher abgeben. Ich sehe keinen Grund, weshalb wir mit hohem Aufwand eine maltesische Signaturkarte in ELSTER einpflegen sollten.“

Der IT-Planungsrat ist das oberste, deutsche zentrale Steuerungsgremium für die IT von Bund und Ländern. In ihm sind Bund, Länder und Kommunen vertreten. □

Verleihung der Smart Mobile Awards und T-Systems Innovation Awards:

Bayern schafft positives Umfeld für digitale mobile Wirtschaft

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil hat den Smart Mobile Award für mobile Geschäftsanwendungen an Unternehmen, Start-Ups und Studenten überreicht und beglückwünschte die Gewinner des T-Systems Innovation Awards. Die Preise wurden im Rahmen eines Staatsempfangs anlässlich der Messe „Communication World“ in München verliehen.

„Die Preisträger haben mit tollen Ideen und Anwendungen gezeigt, welches Potenzial in mobilen Geschäftsanwendungen steckt und mit welchen Geschäftsmodellen jetzt und in der Zukunft Umsatz gemacht wird. Wir bringen IKT- und Anwenderindustrie unter Einbindung von Studenten und Start-Ups zusammen und schaffen ein positives Umfeld“, erklärte Zeil.

Gemeinsam mit Ulrich Meister, Mitglied der Geschäftsführung von T-Systems, würdigte Wirtschaftsminister Zeil die ersten drei Sieger des Studentenwettbewerbs der T-Systems für die beste Idee einer mobilen Business-Applikation (App).

Erste Plätze

Der erste Platz ging dabei an Stefan Schöning von der Universität Bayreuth mit der Idee, IT-gestützte Prozesse mit Hilfe einer App zu modellieren. Der Gewinner des Smart Mobile Awards in der Kategorie „Start-Up“ ist nach einer Abstimmung über Facebook die doPanic GmbH aus Regensburg für die Anwendung „VUFRAME – Hands on the future“, mit der Bauprojekte vor der Realisierung simuliert werden können. Der erste Platz des Smart Mobile Awards in der Kategorie „Business“ ging an die SystAG Systemhaus GmbH aus Metzingen für eine mobile Application Management Multiplattformumgebung hinter einer Firewall.

40 Bewerbungen

Die Bewerbungsphase für den T-Systems Innovation Award startete im Juni 2012, die Bewerbungsphase für den Smart Mobile Award Mitte August 2012. Für den Smart Mobile Award gingen bis zum Ende der Bewerbungsphase aus der gesamten Bundesrepublik 40 Bewerbungen ein. Partner des Smart Mobile Awards sind das Bayerische Wirtschaftsministeri-

um, die Messe München GmbH, die Bayern Online GbR, die beckerJoerges.agilecommunication GbR, der bayerische Cluster für Informations- und Kommunikationstechnologie (BICCnet), die IDG Tech Media GmbH zu-

sammen mit der Weptun GmbH.

Die Communication World ist die neue Fachmesse mit begleitendem Kongress zum Thema intelligente, flexible und mobile IT mit konsequentem Businessfokus. Sie zeigt Anwendern und Dienstleistern aus der Industrie, dem Mittelstand und der Verwaltung zukunftsweisende und praxisorientierte Strategien und Lösungen zur Mobilisierung ihrer Geschäftsprozesse. □

Bayern investiert 450.000 Euro:

Neues Testlabor für IT-Sicherheitsanalysen

Wirtschaftsminister Zeil: „Wir bündeln Know-how und bauen Bayern als IT-Standort aus“

Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert den Aufbau eines neuen Testlabors für IT-Sicherheitsanalysen beim Fraunhofer-Institut für angewandte und integrierte Sicherheit (AISEC) in Garching mit 450.000 Euro. Dies teilte Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil anlässlich der wichtigsten IT-Sicherheitsmesse it-sa in Nürnberg mit.

In dem neuen Testlabor werden speziell Sicherheitsprobleme von mittelständischen Unternehmen im Bereich des Cloud-Computing und der intelligenten Netze analysiert und gelöst. Insgesamt fördert das Wirtschaftsministerium den Aufbau des Instituts mit 12 Millionen Euro.

Kompetente Hilfe

„Mit dem neuen Testlabor ist es uns gelungen, ein in Deutschland einzigartiges Know-how am Standort Garching zu bündeln. Damit bieten wir der Wirtschaft kompetente Hilfestellung bei der Lösung konkreter Sicherheitsfragen in der Informationstechnik und bauen Bayern weiter aus als einen weltweit führenden Standort für IT-Sicherheit“, erklärt Zeil.

Breites Portfolio

Das Fraunhofer-Institut AISEC unter Leitung von Prof. Dr. Claudia Eckert gehört schon jetzt zu den führenden europäischen Institutionen für Sicherheit in der Informationstechnologie. AISEC unterstützt Unternehmen aller Branchen und Größen bei der Ab-

sicherung ihrer IT-Systeme, Infrastrukturen, Produkte und Angebote. AISEC bietet ein breites Beratungs- und Testportfolio an und deckt eine große Bandbreite an sicherheitsrelevanten Themenfeldern ab.

Hoher Mehrwert

„Von dieser Expertise profitiert besonders unser innovativer Mittelstand, der seine IT-Systeme nach individuell festgelegten Kriterien überprüfen lassen kann. Das bringt viel Mehrwert, weil Unternehmen oft nicht über diese Test-Ausstattung und Testmethoden verfügen, wie AISEC sie bieten kann“, betont Zeil.

Entwicklungspartner

Darüber hinaus ist das Fraunhofer-Institut AISEC als Entwicklungspartner gefragt. Hersteller aus der Chip- und Automobilbranche, Telekommunikation und Automatisierungstechnik nutzen das Security-Know-how der rund 80 Mitarbeiter, um innovative Produkte und Lösungen mit hohen Sicherheitsstandards zu erstellen. □

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Michael Diepold,
Leiter des Geschäftsfelds
eGovernment der AKDB

Bürgerservice

Echtes eGovernment beginnt mit dem Bürgerservice-Portal der AKDB

Das Bürgerservice-Portal ermöglicht den Kommunen ganzheitliche, bis in die Fachverfahren integrierte Online-Bürgerdienste. Es setzt Maßstäbe bei der Umsetzung sicherer und effizienter Online-Angebote mit dem neuen Personalausweis. Der Bürger kann bequem von zu Hause aus seine Meldebestätigung oder Wahlunterlagen beantragen oder sein neues Auto anmelden.

Das Bürgerservice-Portal wird im Rechenzentrum der AKDB betrieben und lässt sich problemlos auch in alle kommunalen Webauftritte integrieren.

Sprechen Sie mit uns: +49 89 5903-0

OK EGOV

Software, die dem Menschen dient!

www.akdb.de

Gipfelstürmer gesucht!

Kommunale Wanderschuhe für den Weg zum IT-Gipfel

Es gipfelt wieder: Am 13. November 2012 treffen beim IT-Gipfel in Essen Spitzenpolitiker auf die Chefs der Wirtschaft und wollen Zeichen setzen, wie Deutschland Maßstäbe im IT-Bereich setzen kann.

Damit auch an die Bürger und die Kommunen gedacht wird, sollte man aber folgendes bedenken: Gipfel werden meist von unten bestiegen, aber es gibt Ausnahmen, die bei Bergsteigern allerdings nicht gern gesehen sind und zu Recht auch nicht als Gipfelbesteigung gewertet werden können. Dazu zählen auf jeden Fall Gipfelankünfte per Hubschrauber, bei denen die mühsam aufsteigenden Bergsteiger überholt und nur mit-leidig betrachtet werden. Auf die hohen Berge des E-Government führen viele schwere und steinige Wege. Die Kommunen gehen diese jeden Tag und kümmern sich im Tagesgeschäft um die Anliegen ihrer Bürger. Sie sind die klassischen Bergsteiger - im Gegensatz zu den Ministerien, die gern per Hubschrauber einfliegen und den keuchenden Bergsteigern zurufen, wie sie schneller den Berg erklimmen können.

Um auf Dauer Spitzenleistungen zu erbringen und die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen, kann der Perspektivwechsel für das Spitzenpersonal auf dem IT-Gipfel einiges bringen. Am besten funktioniert er aber, wenn man den mühsamen Weg selbst geht oder zumindest auf jemanden hört, der den Weg täglich zu Fuß geht.

Um gute Ergebnisse zu erzielen, müssen daher die Erkenntnisse der Kommunen aus dem Tagesgeschäft dringend in den IT-Gipfel einbezogen werden. Zur Unterstützung der Gipfelteilnehmer hat Thorsten Bullerdiek, Beigeordneter und Sprecher des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, deshalb eine kurze „Kommunale Checkliste zum IT-Gipfel“ erstellt, die - wie ein guter Wanderschuh - den Aufstieg auf den Berg des E-Government erleichtern soll:

1. Weniger Papiere - mehr Taten!

Über alles und jedes wird auch in Zeiten der elektronischen Verwaltung viel und gern geschrieben. Wenn die Kommunen tatsächlich alle existierenden Gesetze, Verordnungen, Erlasse, DIN-Normen, Hinweise, Durchführungsvorschriften immer genauestens lesen und anwenden würden, statt mit gesundem Menschenverstand praxisnah zu agieren, dann stünden sehr lange War-

teschlangen vor unseren Rathäusern. Daher müssen die existierenden Vorschriften gründlich ausgemistet und auf ein durchführbares Verwaltungshandeln im elektronischen Zeitalter ausgerichtet werden. Wir dürfen auch nicht erwarten, dass die Bürger für gerade einmal einen Verwaltungskontakt im Jahr hohe Hürden für den Zugang zu Verwaltungsleistungen akzeptieren. Das neue E-Government-Gesetz kann der erste Schritt sein, um die Hürden gering zu halten. Es muss aber auf seine Praktikabilität in der Praxis gründlich überprüft werden, damit nicht mehr Arbeit bei geringer Effizienz und wenig Akzeptanz die Folge sind.

2. Gute Ideen müssen finanziert werden!

Jeder Hausbau muss grundsätzlich finanziert werden. Dass der Hauslebauer dabei genügend Eigenkapital mitbringt, darauf achtet die Hausbank. Ebenso muss jede Vorschrift von Bund und Ländern gründlich durchdacht und finanziert sein. Dabei sollte allen Gipfelteilnehmern von vornherein klar sein, dass Wünsche nach mehr E-Government nicht - wie bisher - nur abstrakt formuliert, sondern auch gleich mit der notwendigen Finanzierung hinterlegt sein müssen.

Die Argumentation „Fangt schon mal an, ihr spart irgendwann“, die von Bund und Ländern immer gern mit Blick auf die Kommunen gewählt wird, ist weder seriös noch dazu geeignet, sich zu Lasten der Bürger in Schulden zu stürzen.

3. Kommunen mehr vertrauen!

Eine erste Chance für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen wurde im IT-Planungsrat leider nicht genutzt. Hier müssen die Kommunen - ebenso wie Bund und Länder - mindestens ein Vetorecht haben, um auf Augenhöhe mit den Ministerien über die Entscheidungen verhandeln zu können. Die derzeitige Situation, dass die Kommunen nur ein Teilnahmerecht mit beratender Stimme haben, ist nicht befriedigend und gehört dringend geändert. Von wenig Vertrauen in die kommunale Seite ist auch die Tatsache geprägt, dass die Kommunen bisher keinen Zugriff auf das

Informationssystem des IT-Planungsrates bekommen haben. Wenn wir im Bereich E-Government vorankommen wollen, muss diese Geheimniskrämerei aufgehoben werden.

Leider hat auch der IT-Gipfel im Vorfeld bei der Besetzung der Arbeitsgruppe 3 „Innovative IT-Angebote des Staates“ gerade mal nur einen kommunalen Vertreter einer Großstadt einbezogen. Die Vielfalt in den deutschen Kommunalverwaltungen wird dadurch nicht annähernd abgebildet.

Zumindest ein Vertreter aus dem Bereich der kreisangehörigen Städte und Gemeinden würde dieser Arbeitsgruppe gut tun, um auch praxisnahen Sachverstand aus diesem Bereich einzubeziehen. Die anderen Arbeitsgruppen arbeiten anscheinend ganz gern ohne Kommunen. Zumindest bei der Arbeitsgruppe „Bildung und Forschung für die digitale Zukunft“ sollten die Kommunen, die als Schulträger den gesamten sächlichen Aufwand tragen, mit einbezogen werden. Ein wichtiges Ergebnis des IT-Gipfels sollte daher sein, den Kommunen mehr zu vertrauen und zuzutrauen.

4. Wichtige Schritte wagen!

Ein erster mutiger Schritt wäre es, wenn der IT-Gipfel dazu führte, dass mit dem neuen Personalausweis die gesamte Kommunikation der Bürger mit Verwaltungen und Unternehmen rechtssicher erfolgen kann. Der neue Personalausweis muss dazu in seiner Funktionalität jegliche weiteren Registrierungserfordernisse auf allen Einkaufs- und Verwaltungsportalen vollständig ersetzen. Erst wenn die Bürger die Möglichkeit haben, den neuen Personalausweis täglich bei allen Rechtsgeschäften einzusetzen, wird die Akzeptanz für die Nutzung des E-Government steigen. Danach sollte die Signatur per Handy ein weiterer Schritt sein. Ein weiteres wichtiges Projekt wird die elektronische Akte sein, die Einzug in die Verwaltung halten sollte.

5. Breitband statt Schnecken-tempo!

Deutschland muss in Europa führend beim Breitbandausbau mit Anschlüssen über 50-MBit/s auch außerhalb von Ballungszentren werden, um alle Potenziale für das Wirtschaftswachstum in den Großstädten und auf dem Land auszuschöpfen.

Alle Wertschöpfungsketten hän-

gen mittlerweile von der Breitbandinfrastruktur eines Staates ab. Dabei darf es keine erste Klasse für Bürger und Unternehmen in der Großstadt und eine zweite Klasse für Bürger und Unternehmen auf dem Land geben. Jeder Bürger, jeder Betrieb, jede Verwaltung braucht heutzutage verlässliche Hochgeschwindigkeitsverbindungen. Daher erwarten die Kommunen vom IT-Gipfel weitere wichtige Schritte auf dem Weg zum Hochgeschwindigkeitsbreitband für Alle!

6. Wirksame Werkzeuge schaffen!

Das neue Melderecht bietet eine Chance, auch über ein einheitliches Werkzeug für die Kommunen nachzudenken - zumindest aber über einheitliche Anforderungen an die auf dem Markt befindlichen Werkzeuge (Fachverfahren) -, um möglichst schnell auch gute Ergebnisse zu erzielen. Eine Notwendigkeit für ein neues Werkzeug oder eine Strategie für mehr Wettbewerb bietet der Bereich des Standesamtswesens. Seit Jahresbeginn besteht hier ein Monopol, da es nur noch einen Anbieter bundesweit für alle Standesämter gibt.

Hierdurch ist eine nicht hinzunehmende Abhängigkeit der Städte und Gemeinden und mittelbar auch des Bundes und der Länder entstanden. Letztlich muss der Steuerzahler den vom Monopolisten geforderten Preis für die Nutzung dieser Software bezahlen, damit die Kommunen noch gesetzeskonform arbeiten können.

Der Bund und die Länder müssen dringend handeln. Ein erstes Signal sollte von diesem IT-Gipfel ausgehen.

7. Soziale Medien nutzen!

Die sozialen Medien ermöglichen es den Kommunen, noch enger an den Anliegen ihrer Bürger dran zu sein und wirksam und effizient zu arbeiten. Der Bedarf ist sowohl auf Seiten der Bürger als auch auf Seiten der Kommunen sehr hoch. Allein die Präsenz der Kommunen bei Facebook liegt schon bei etwa 20 Prozent bundesweit, und sie steigt auf kurze Sicht weiter stark an. Um erste wirksame Unterstützung für die Kommunen zu leisten, hat der Städte- und Gemeindebund aktuell die Arbeitshilfe „Städte und Gemeinden in sozialen Netzwerken“ herausgegeben.

Dennoch verbleiben einige Rechtsunsicherheiten die zügig beseitigt werden müssen, damit die Kommunen mit ihren Bürgern noch besser zusammenarbeiten können. Der IT-Gipfel sollte daher eine Task-Force-Arbeitsgruppe

gemeinsam mit den Kommunen für die Nutzung sozialer Netzwerke in Deutschland einsetzen, um schnell zu verwertbaren Ergebnissen zu kommen.

8. Wir brauchen eine staatliche Cloud!

Rechtssicher Dokumente ablegen und archivieren zu können, muss einfach und sicher möglich sein. Sicherlich gibt es schon Angebote für sichere Cloud-Archivierung. Dennoch ist das Vertrauen der Bürger, aber auch der Verwaltungen in die Anbieter nicht so hoch, dass wirklich schätzenswerte Dokumente in naher Zukunft dort verwahrt werden. Hier muss der Staat für seine eigenen Dokumente, aber auch für besonders schätzenswerte Dokumente seiner Bürger die entsprechende Infrastruktur schaffen. Nur eine staatliche Aufsicht kann bei diesem Thema Sicherheit und Verlässlichkeit garantieren.

9. Open Data muss finanzierbar bleiben!

So schön es sich anhört, dass alle öffentlichen Daten für jedermann öffentlich zugänglich und nutzbar sein sollen. Die natürlichen Grenzen von Open Data werden durch die öffentlichen Finanzen und den Datenschutz gesetzt. Es wäre falsch unter dem Druck von Wahlen Erwartungen

zu wecken, die nicht erfüllbar sind. Daher erwarten wir vom IT-Gipfel eine klare Aussage, die den Bürgern in Deutschland genau erklärt, welche Regelungen für Open Data künftig gelten sollen.

10. Nicht verzetteln!

Noch eine Bitte zum Schluss: Nicht jedes Projekt muss künstlich am Leben erhalten werden. Es gehört auch Mut dazu, sich auf wenige - dafür aber wirksame Projekte zu konzentrieren. Allzu oft werden Runden zum E-Government gern dazu genutzt, um Projekte zu schaffen, denen mit staatlicher Hilfe mühsam Leben eingehaucht wird. Daher sollten alle staatlichen IT-Projekte auf ihre wirtschaftliche Tragfähigkeit überprüft werden. Danach muss eine Konzentration auf die tatsächlich notwendigsten Projekte erfolgen. Klare Vorgaben, klare Verantwortlichkeiten, klare Finanzierungsaussagen und den Sachverstand vor Ort einzubeziehen dürften diesem IT-Gipfel auch von Seiten der Kommunen die notwendige Akzeptanz bringen.

„Wir erwarten vom Spitzenpersonal auf diesem Gipfel auch Spitzenleistungen. Geeignete Wanderschuhe für die Gipfelbesteigung haben wir geliefert“, so Thorsten Bullerdiek abschließend. □

Virenschutz 2012:

„Nur eine Engine reicht nicht“

Kaspersky-Spezialist beleuchtet Schutzansätze im Wandel der Zeit

Seit gut 20 Jahren kämpfen Antiviren-Experten gegen Computerschädlinge, doch oft wird unterschätzt, wie viel komplexer das Problem in dieser Zeit geworden ist. „Ein AV-Scanner, der vor zehn Jahren funktioniert hat, bringt heute nichts“, so Magnus Kalkuhl, stellvertretender Leiter des Kaspersky Lab Global Research & Analysis Team Germany, im Rahmen des Kaspersky Security Symposium. Denn selbst 2002 war die Malware-Welt noch vergleichsweise einfach, signaturbasierte Scans mittels AV-Engine die ebenso simple Antwort.

Das sieht heute ganz anders aus. „Nur eine Engine reicht nicht, weil es komplexe Infrastrukturen gibt“, erklärt der AV-Experte. Zur klassischen Engine sind diverse zusätzliche Funktionen wie beispielsweise URL-Blacklists und verhaltensbasierte Erkennungsmechanismen gekommen. In den nächsten Jahren wird es zudem nötig, dass sich AV-Lösungen auf Herausforderungen wie eine Multiplattform-IT-Landschaft und die Cloud einstellen.

Altes Konzept, neue Welt

Das Konzept des Computervirus ist überraschend alt: Schon 1949 hat der ungarisch-amerikanische Mathematiker John von Neumann es theoretisch erwähnt. Wirklich greifbar wurde es aber erst gut 30 Jahre später: Der „Elk Cloner“ für den Apple II war 1982 einer der ersten Viren, die wirklich „in the wild“, also nicht nur in dem Labor, wo sie entwickelt wurden, auftraten. Es folgten erste Schädlinge für diverse Systeme, beispielsweise den C64 (1985) und MS-DOS (1986). Die um 1990 entstehenden AV-Unternehmen hatten es zu dieser Zeit aber noch relativ leicht, da Malware primär über Datenträger wie Disketten weitergegeben wurde.

Neue technische Tricks

Selbst 2002 waren AV-Prozesse noch einfach, so Kalkuhl. Eine Sample-Datei wurde per signaturbasierter Engine gescannt und entweder als sauber oder verseucht erkannt. Seither aber hat sich die Malware-Welt rasant verändert, sowohl durch Vertriebsmöglichkeiten im Internet als auch neue technische Tricks. Download-Trojaner auf manipulierten Webseiten beispielsweise erzwingen URL-Blacklists und verbesserte Heuristiken als Schutzmaßnahmen,

während Kaspersky auf die Gefahr durch Hacks legitimer Webangebote unter anderem mit JavaScript-Emulation und verhaltensbasierte Schutzmechanismen reagiert hat - die AV-Programme von heute sind also ungleich komplexer.

Ein Ende des digitalen Wettrenns zwischen Cyberkriminellen und AV-Anbietern ist nicht in Sicht. Eine aktuelle Herausforderung ist, dass die Vormachtstellung von Windows gebrochen ist, wir uns nicht zuletzt dank mobilen Betriebssystem wie Android in einer Multiplattform-IT-Welt bewegen. „Wir werden unsere Technologien definitiv daran anpassen müssen“, betont Kalkuhl. Hinzu kommt, dass mobile Betriebssysteme, aber auch Windows 8 mit ihren App-Store-Usern eher vor fragwürdigen Downloads bewahren. „Wenn die Endgeräte sicherer werden, werden die Schurken sich mehr auf die Cloud konzentrieren müssen“, meint der Experte. Das wird somit auch für die AV-Branche gelten.

Intensivere Zusammenarbeit nötig

Zudem erfordern immer ausgefeiltere Cyberangriffe auch eine noch intensivere Zusammenarbeit in der AV-Branche. Dennoch ist offen, wie viel Schutz AV-Lösungen auf Dauer bieten können. Kalkuhl bemüht diesbezüglich einen Medizin-Vergleich: 1928 wurde Penicillin entdeckt, heute gibt es massive Probleme mit antibiotikaresistenten Keimen. Tatsächlich sind ja schon Cyberwaffen im Umlauf, die schwer zu entdecken sind. Dadurch drängen sich eine schwere Frage in Sachen Malware-Schutz auf, so der Kaspersky-Spezialist: „Sollten die besten Lösungen nur kritischen Systemen vorbehalten bleiben?“ □

Jim Beam, Kentucky?

Slyrs, Schliersee!

*** Neu gesehen:**
Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

Integrationspreise der Regierung von Oberfranken:

Würdigung vielfältiger Aktivitäten

Für erfolgreiche Arbeit auf dem Gebiet der Integration von Migranten in der Gesellschaft hat Regierungspräsident Wilhelm Wenning die Integrationspreise der Regierung von Oberfranken verliehen. Den Hauptintegrationspreis 2012, dotiert mit 2.000 Euro, erhielt die Arbeitsgemeinschaft der Volkshochschulen im Landkreis Hof e.V. Der zweite Preis, dotiert mit 1.500 Euro, wurde dem Migranten- und Integrationsbeirat der Stadt Bamberg verliehen. Mit dem dritten Integrationspreis, ebenfalls mit 1.500 Euro bedacht, wurde der Verein für Kinder- und Jugendbetreuung Bayreuth-Altstadt, „Treff e.V.“ ausgezeichnet.

Die Arbeitsgemeinschaft der Volkshochschulen im Landkreis Hof e.V. setzt sich seit mehr als 30 Jahren für die Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund ein. Neben zahlreichen Integrationskursen und berufsbezogener Sprachförderung veranstaltet die Preisträgerin über die klassischen Angebote einer VHS hinaus seit 2002 jedes Jahr ein Fest der Kulturen. 2011 entstand unter aktiver Beteiligung der Teilnehmer aus den Migrantenkursen, der Eltern und Kinder von der Sophienschule in Hof sowie regionaler Künstler ein multikulturelles Märchenbuch mit vielfältigen Illustrationen sowie Geschichten und Fabeln aus den verschiedensten Ländern der Welt. Ziel war es, Menschen mit Migrationshintergrund einen leichteren Zugang zur Sprache zu bieten, einen Beitrag zur Lese- und Sprachförderung von Kindern und Erwachsenen sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund zu leisten und die Vielfältigkeit der Kulturen zu veranschaulichen.

Patenschaften

Zudem werden besondere Projekte initiiert: So werden in jedem Schuljahr regelmäßig fünf Schüler mit Migrationshintergrund an der Hofecker Mittelschule von fünf Paten aus der achten und neunten Jahrgangsstufe betreut. Es werden nicht nur die anstehenden Hausaufgaben erledigt, sondern auch die sich daran anschließende Freizeit sinnvoll gestaltet.

Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus veranstaltete die Volkshochschule für den Landkreis Hof e.V. im März dieses Jahres einen Aktionstag gegen Rassismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit. Derzeit läuft ein Fotowettbewerb unter dem Motto „Vielfalt in der Region“. Die besten Schnappschüsse wurden im Rahmen des „Festes der Kulturen“ im Oktober prämiert, ausgewählte Bilder in den interkulturellen Kalender 2013 aufgenommen und in einer Ausstellung der Öffentlichkeit präsentiert.

Motor der Integrationsarbeit

Der Migranten- und Integrationsbeirat der Stadt Bamberg ist wiederum durch seine vielfältigen Aktivitäten zu einem Motor der Integrationsarbeit in der Stadt Bamberg geworden. Seit 2007 entwickelt die Stadt Bamberg das „Flächenübergreifende Integrationsprojekt“. In den vier Arbeitskreisen „Sprachliche Integration und Bildung“, „Berufliche Integration, Arbeit und Wirtschaft“, „Gesellschaftliche soziale und kulturelle Integration“ sowie „Interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung“, in denen die Mitglieder des Migranten- und Integrationsbeirates aktiv mitarbeiten, werden Maßnahmenkataloge für ausgewählte Handlungsfelder entwickelt. Die Koordination der Vorschläge, Informationen und Kommunikation zwischen den Akteuren erfolgt in der Projektlenkungsgruppe, die jährlich mehrmals tagt. Jährlich findet zu dem der Runde Tisch statt, in dessen Rahmen die Öffentlichkeit

über den Stand der Projekte informiert wird.

Darüber hinaus werden im zweijährigen Rhythmus das internationale Fußballturnier veranstaltet sowie jährlich die Interkulturellen Wochen durchgeführt. Unter dem Motto „Herzlich willkommen – Wer immer Du bist“ ist es auch heuer gelungen, einen interessanten Querschnitt durch die interkulturelle Angebotsvielfalt in Bamberg zusammenzustellen. Konzerte, Ausstellungen, Filmvorführungen, Stadtrundgänge, Begegnungsveranstaltungen, Tage der offenen Tür in den Vereinen und Bamberger Moscheen, aber auch Vorträge und politische Veranstaltungen bieten sechs Wochen lang – bis 9. Dezember –

reichlich Gelegenheit zum interkulturellen Dialog und Kulturgenuss.

Der Verein für Kinder- und Jugendbetreuung Bayreuth-Altstadt, Treff e.V. wurde schließlich von den Pfarrern der Kirche St. Hedwig und der Erlöserkirche, vom Rektor der Altstadtsschule sowie engagierten Bürgern der Altstadt initiiert. Die Vereinsgründung erfolgte im Jahre 1996. Treff e.V. hat es sich zum Ziel gesetzt, Kindern und Jugendlichen in ihrem sozialen Umfeld einen Treffpunkt anzubieten, an dem sie sinnvoll und kreativ Freizeit verbringen können.

Vermittlungsarbeit

Der Verein will den Kindern und Jugendlichen aber auch darüber hinaus zur Seite stehen. Hierzu gehört die regelmäßige Betreuung bei den Hausaufgaben, die Hilfe bei erforderlichen Bewerbungsschreiben oder bei der Suche nach einer Lehrstelle. Auch bei familiären Problemen

Zum 65. Geburtstag von Münchens OB Christian Ude:

Kämpferischer Kommunalpolitiker

Viele Kommunalpolitiker und weitere zahlreiche Ehrengäste geben sich ein Stelldichein anlässlich eines Empfangs zum 65. Geburtstag von Münchens Oberbürgermeister Christian Ude im Festsaal des Alten Rathauses. Zu Ehren des Geburtstagskindes gab es eine große Geburtstagstorte, zahlreiche Geschenke und eine Aufführung des griechischen Folklorintanzes vom „Lyzeum der Griechinnen“ in München.

„Das Wohl und die Unabhängigkeit der Städte war immer unser oberstes Ziel“, erklärte Frankfurts ehemalige Oberbürgermeisterin Petra Roth, die lange Jahre im Wechsel mit Ude als Präsidentin und Vizepräsidentin des Deutschen Städtetags gemeinsam und über Parteigrenzen hinweg die kommunalen Interessen vertreten hat. In seiner kurzen Dankesrede rief der Jubilar dazu auf, den jungen Menschen wieder Lust auf Politik zu machen: „Es gibt doch nichts Spannenderes als die Frage, wie wir morgen leben wollen.“

Ausnahmeerscheinung

Der Deutsche Städtetag würdigte seinen Präsidenten als hoch angesehenen Repräsentanten der Städte und als wortgewaltige Ausnahmeerscheinung mit außergewöhnlichem Sprachwitz. „Als Präsident des Deutschen Städtetags gibt Oberbürgermeister Christian Ude bereits in seiner dritten Amtszeit den Städten in Deutschland großes Gewicht in der Debatte mit der Bundes- und Europapolitik. Christian Ude zählt seit Jahren zu den profiliertesten Kommunalpolitikern unseres Landes und genießt als Städtetagspräsident hohe Wertschätzung über Parteigrenzen hinweg. Er trägt erheblich dazu bei, dass der Deutsche Städtetag die unüberhörbare und einflussreiche Stimme der Städte ist“, betonte der stellvertretende Städtetagspräsident Helmut Himmelsbach. Dank seiner großen Überzeugungskraft und seiner Gabe, komplexe Themen klar zu analysieren und anschaulich auf den Punkt zu bringen, gelinge es ihm, die Anliegen der Städte und ihrer Bevölkerung erfolgreich zu vertreten. Zu diesen Eigenschaften komme ein hintergründiger Humor hinzu, der die Zusammenarbeit mit Ude lebendig mache.

Wie Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus hervorhob, „ist Präsident Christian Ude ein wortgewandter und machtvoller

Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung und einer gemeinwohlorientierten Politik der Städte. Er verkörpert das Selbst-



OB Christian Ude.

bewusstsein von Stadtpolitik und versteht es, seinen Gesprächspartnern bei Bund, Ländern und

Landshut erhält Grünes Zentrum

In den nächsten Jahren wird in Landshut laut Landwirtschaftsminister Helmut Brunner ein Grünes Zentrum entstehen, das zahlreiche Organisationen, Verbände und Behörden aus der Land- und Forstwirtschaft unter einem Dach zusammenführt. Bislang gibt es bayerweit zehn Grüne Zentren. In der Planungsphase befinden sich neben Landshut derzeit Kaufbeuren sowie Holzkirchen im Landkreis Miesbach.

Wie Brunner nach einem Treffen mit Bezirkspräsident Manfred Hölzlein, Landrat Josef Eppeneder, Oberbürgermeister Hans Rampf sowie Vertretern der beteiligten Organisationen in München mitteilte, soll das Grüne Zentrum neben der Landwirtschaftsverwaltung und der Landwirtschaftsschule den Bayerischen Bauernverband, den Zuchtverband für Fleckvieh in Niederbayern, die Erzeugergemeinschaft Südostbayern, das Landeskuratorium der Erzeugergemeinschaft für tierische Veredelung, den Tiergesundheitsdienst Bayern und die Waldbesitzervereinigung Landshut beherbergen.

und in Krisensituationen können sich die Jugendlichen auf die Mitarbeiter des Treffs verlassen, die ihnen beratend und hilfebereit zur Seite stehen. Gerade in Familien mit Migrationshintergrund ist diese Vermittlungsarbeit besonders wichtig und hilfreich.

Erlebnispädagogik

Besonders beliebt bei den Jugendlichen sind die erlebnispädagogischen Freizeiten in Selbstversorgungshäusern der näheren Umgebung. Etwa dreimal im Jahr erhalten die Kinder und Jugendlichen in den Ferien über einen Zeitraum von vier Tagen die Möglichkeit, gemeinsam die nähere Heimat, wie z. B. Fichtelsee, Fränkisches Seenland oder Fränkische Schweiz kennen zu lernen.

Die Freizeiten beginnen mit einem gemeinsamen Großeinkauf. Übernachtet wird immer in Selbstversorgungshäusern, d. h. gemeinsames Kochen und Abspülen ist Pflicht. Ziel ist es, den jungen Menschen Spaß in einer kleinen Gruppe zu ermöglichen, ihnen aber auch zu vermitteln, dass man sich Aufeinander-Verlassen-Können muss und Verantwortung für die Anderen zu tragen hat. Gerade die männlichen Kulturkreise lernen hier zum ersten Mal Haushaltspflichten kennen. **DK**

der Europäischen Union sowohl die Leistungen der deutschen Städte nahe zu bringen als auch den Handlungsbedarf etwa in Fragen der Kommunalfinanzien, in der Integrationspolitik oder beim Ausbau der Kinderbetreuung argumentationsstark aufzuzeigen.“

Kommunalfinanzien

Besonders stellten Himmelsbach und Articus das Engagement Udes für stabile Kommunalfinanzien heraus. Nur wenige Politiker hätten so kämpferisch und überzeugend wie der Münchner Oberbürgermeister die Gewerbesteuer mehrfach und mit Erfolg als wichtigste städtische Steuerquelle verteidigt – mit Rückendeckung der überwältigenden Mehrheit der Städte in West und Ost. Christian Udes Einsatz gelte seit vielen Jahren ebenso der kommunalen Daseinsvorsorge, um die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner der Städte zu sichern, etwa im Bereich der Krankenhäuser, des öffentlichen Personennahverkehrs, in der Energie- und Wasserwirtschaft oder durch die Sparkassen. **DK**



Wohnen in Würzburgs City-Lage ist sehr teuer geworden.

Bild: Pat Christ

Wohnungswirtschaft in Würzburg:

Quadratmeterpreise steigen steil an

Wer in Würzburg einigermaßen vernünftig zur Miete wohnen möchte, muss tief in die Tasche greifen. Durchschnittlich 6,80 Euro kostet der Quadratmeter im Bestand. Guter Wohnwert ist nicht unter 7,50 Euro zu erhalten. Häufig wird sogar deutlich mehr verlangt. So vermietete die Firma Reinhart Immobilien dieser Tage eine 23 Quadratmeter große 1-Zimmer-Wohnung in dem von Studenten beliebten Stadtteil Frauenland für 240 Euro. Der Quadratmeterpreis beträgt hier knapp 10,50 Euro.

Die Kaufpreise für Eigentumswohnungen erstrecken sich im Durchschnitt von 1.100 Euro pro Quadratmeter für Bestandsobjekte mit einfachem Wohnwert bis zu 3.700 Euro für sehr gute neue Wohnungen. Dies geht aus dem aktuellen Immobilienmarktbericht des Wohnungswirtschaftsunternehmens für die Stadt Würzburg hervor. Wobei die Durchschnittspreise laut Reinhart-Mitarbeiter Claus Aigen oft getoppt werden. So verkaufte das Unternehmen kürzlich eine einfache, 1969 entstandene Vier-Zimmer-Wohnung in der Sanderau für 190.000 Euro. 1.800 Euro betrug der Quadratmeterpreis. Noch vor zwei Jahren gab es einfache Eigentumswohnungen für 900 Euro.

Auch Familien, die ein Reihenhäuser suchen, dürfen nicht geizig sein. Ein Objekt ohne besondere Ausstattung und in keiner attraktiven Wohngegend kostet im Durchschnitt 760 Euro Miete. Für ein freistehendes Einfamilienhaus mit sehr gutem Wohnwert müssen im Schnitt 1.400 Euro berappt werden. Obwohl die Preise so hoch sind, warten weder Verkäufer noch Vermieter lange auf Interessenten. Das Geschäft boomt: „Weshalb sich die Bauträger endlich auch wieder trauen, in Würzburg zu investieren.“ So wird derzeit Wohnraum für 5.000 Menschen im neuen Stadtteil am Hubland geplant. Am Mönchberg sollen weitere 100, in der Zellerau 60 neue Wohnungen entstehen.

Seit der Euro ins Gerede gekommen ist, wird also auch in Würzburg kräftig in „Betongold“ investiert. Die Gesuche übersteigen oft das Angebot. „Insbesondere gebrauchte Eigentumswohnungen im Stadtzentrum und den innenstadtnahen Wohngebieten stehen auf der Nachfrageskala ganz oben“, so Architekt Aigen. Sehr beliebt sind die Stadtteile

Pleich, Steinbachtal und Frauenland. Doch selbst Eigentumswohnungen in dem bis vor wenigen Jahren als „Brennpunktquartier“ deklarierten Stadtteil Zellerau sind inzwischen im Nu weg. Die Quadratmeterpreise werden nach den Prognosen des Würzburger Wohnungswirtschaftlers sukzessive weiter steigen.

Nach Informationen von Reinhart Immobilien müssen Menschen, die sich nur eine geringe Miete leisten können, mindestens zehn Kilometer außerhalb der Stadttore Würzburgs suchen. Hier gibt es noch einfache Wohnungen im Bestand für einen Durchschnittsmietspreis von vier Euro, einfache Reihenhäuser für Familien kosten ab 660 Euro Miete. Wer eine Wohnung in einer weiter von der Stadtmitte entfernten Gemeinde kaufen möchte, wird ab einem Quadratmeterpreis von 650 Euro fündig. Für eine neue Eigentumswohnung mit hohem Komfort müssen jedoch auch auf dem flachen Land inzwischen 2.400 Euro pro Quadratmeter berappt werden.

Ob es bei dieser Entwicklung in Kürze auch in Deutschland einen Knall am Häusermarkt geben wird – ähnlich wie vor vier Jahren in Amerika? Das fragen sich besorgte Politiker angesichts des gegenwärtigen „Immobilienrauschs“ und der hohen Wohnungsbaukredite von, laut Bundesbank, 1.114 Milliarden Euro im ersten Quartal des Jahres 2012. Laut Bundesregierung ist der deutsche Immobilienmarkt „noch weit entfernt“ von einer blasenartigen Entwicklung à la Amerika. Wobei die Entwicklung innerhalb Deutschlands unterschiedlich verläuft. In einigen lokalen Teilmärkten von Metropolen wie Hamburg und München hätten sich möglicherweise „erste Übertreibungen“ herausgebildet. **Pat Christ**

Stadt Rötz und Gemeinde Bernbeuren werden Erholungsorte

„Die Stadt Rötz im Landkreis Cham und die Gemeinde Bernbeuren im Landkreis Weilmünster-Schongau werden Erholungsorte“. Das teilte Innenstaatssekretär Gerhard Eck in München mit. Der bayerische Fachausschuss für Kurorte, Erholungsorte und Heilbrunnen hat die Anerkennung als Erholungsorte befürwortet. Ebenso hat der Ausschuss der Erweiterung des Prädikats Erholungsort auf das vollständige Gebiet der Gemeinde Chieming im Landkreis Traunstein zugestimmt, dessen Gemeindefür Ising seit Längerem sogar Luftkurort ist. Gerhard Eck: „Die große Zahl an Prädikatsgemeinden unterstreicht eindrucksvoll die Bedeutung Bayerns als Tourismusstandort.“

Der Fachausschuss für Kurorte, Erholungsorte und Heilbrunnen verleiht die Prädikate erst nach einer eingehenden Prüfung. Das sichert das hohe Niveau, für das die bayerischen Prädikatsgemeinden national und international anerkannt sind. Die Prädikate sind ein wichtiger Faktor in der Fremdenverkehrswerbung. **DK**

„Das geht mir oft unter die Haut“

Eindrücke eines FSJ
bei der Christophorus-Gesellschaft

Würzburg. Warum landet jemand auf der Straße? Das hat sich Luise Schnaus bis vor kurzem oft gefragt. Heute kennt sie mehrere Gründe: „Dahinter stecken oft schwere Schicksalsschläge. Aber es gibt auch Menschen, die lieben einfach die Ungebundenheit.“ Seit sechs Wochen leistet die 19-Jährige ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) bei der Würzburger Christophorus-Gesellschaft ab. Hier kommt sie mit Menschen in Kontakt, die für längere Zeit wohnungslos waren. Und andere, die im Gefängnis saßen.

Luise Schnaus ist kein materialistisch eingestellter Mensch. Wichtiger, als gleich nach der Schule Geld zu verdienen, war es ihr, Erfahrungen zu sammeln und künftige Berufsfelder auszutesten. Was sie bei der Christophorus-Gesellschaft erlebt, hat für die Absolventin der Würzburger Waldorfschule unschätzbaren Wert: „Ich komme hier mit Schicksalen in Kontakt, die ich bisher nur aus dem Fernsehen kannte.“ Unter die Haut gehen ihr vor allem die Begegnungen mit den „schweren Jungs“ aus der Würzburger Justizvollzugsanstalt. Luise erfuhr von Taten, die sie selbst inakzeptabel findet: „Und doch muss man diesen Menschen helfen. Sonst werden sie rückfällig.“

Informelle Gespräche

Warum er zwei Monate lang unter freiem Himmel nächtigen musste, das erzählt Peter Marschall (Name geändert) der jungen Frau an diesem Freitagabend beim gemeinsamen Gemüseschnippeln. Einmal im Monat sind die Klienten der Christophorus-Gesellschaft in die Wärmestube eingeladen, um zusammen ein leckeres Drei-Gänge-Menü zu kreieren und es anschließend an hübsch dekorierten Tischen zu genießen. Heute soll es vorab eine Kürbiscremesuppe geben, als Hauptspeise steht Putengeschnetzeltes mit einer Champignonsoße auf dem Menüplan. Eine bunte Salatschüssel wird dazu gereicht, als Nachschick ist Apfelkuchen mit Schlagsahne vorgesehen.

Alkoholabhängigkeit

Früher pflegte er oft zu kochen, erzählt Peter Marschall der FSJlerin: „Wir waren fünf Kinder.“ Alle mussten daheim mithelfen. Gut sei es ihm damals gegangen, so der 60-Jährige. Sogar studieren durfte er. Peter Marschall ist diplomierter Sozialarbeiter, hatte einst verantwortungsvolle Stellen in der Jugendsozialarbeit inne. Warum dann plötzlich alles anders ging? Der freundliche Mann denkt eine Weile nach und sagt dann: „Es war in erster Linie der Alkohol.“ Er habe nicht gemerkt, wie er psychisch und physisch abhängig wurde. Dann ging die Partnerschaft auseinander, Marschall wurde arbeitslos, durch ein Haus kam es zu drückenden Schulden: „Und plötzlich zum totalen Absturz.“

Hilfsangebot

Es tut ihm sichtlich gut, seine Geschichte beim Petersilienhacken zu rekonstruieren. In Luise Schnaus findet er eine konzentrierte Zuhörerin. Dieses Glück hat Peter Marschall nicht mehr oft: „Manchmal fühle ich mich sozial völlig isoliert.“ Häufig plagen ihn Depressionen. Wenn er die Mitarbeiter der Christophorus-Gesellschaft nicht hätte – wo er jetzt wohl stehen würde? Die angebotene Hilfe anzunehmen, war für ihn allerdings nicht leicht, erklärt er Luise: „Früher stand ich ja sozusagen am anderen Ufer.“ Jetzt sitze er mit Menschen, denen er als So-

zialarbeiter einst geholfen hatte, in einem Boot. Ein komisches Gefühl. An das er sich erst noch gewöhnen müsse.

Schwierige Situationen

Luise Schnaus kann nachvollziehen, welcher Schock das ist, plötzlich zur Besinnung zu kom-

Region Kitzingen:

Auf dem Weg zum virtuellen Rathaus

Damit die Bürger in Stadt und Landkreis Kitzingen künftig ihre Behördengänge zu Hause am Computer erledigen können, haben Stadt und Landkreis Kitzingen mit Unterstützung des Bundesministeriums des Innern (BMI) und der SIXFORM GmbH offiziell ihre E-Government-Initiative gestartet.

Nach den Plänen der Stadtverwaltung und des Landratsamts sollen Bürger sich künftig Genehmigungen, Formulare, Anträge oder Urkunden am Computer herunterladen können. Sie können die Unterlagen dann daheim ausfüllen und verschlüsselt an die Stadt oder das Landratsamt zurücksenden, wenn sie einen neuen Personalausweis mit elektronischer Identifizierung elektronische Unterschrift besitzen. „Wir wollen den Bürger Schritt für Schritt an die neuen Möglichkeiten heranführen und ihm zeigen, was künftig von zu Hause aus alles möglich ist“, betont Wolfgang Zürrlein, IT-Leiter der Stadt Kitzingen. Laut Oberbürgermeister Siegfried Müller geht es darum, Bürokratie abzubauen, den Mitarbeitern die Arbeit zu erleichtern, Kosten zu sparen und nicht zuletzt den Bürgerservice zu verbessern.

Online-Formular-System

Die Stadt und der Landkreis Kitzingen werden während der Projektlaufzeit bis zum 30. Juni 2013 im Rahmen der Initiative ein Online-Formular-System der SIXFORM GmbH einführen. Das Besondere an diesem innovativen, auf intelligenten Adobe PDF-Formularen basierenden Formular-System ist die Durchgängigkeit vom einfachen Papierausdruck bis zur medienbruchfreien, elektronischen Datenaufnahme und Datenübergabe bei allen Vorgangsbeteiligten (z. B. Antragsteller, Gemeinde, Landratsamt aber auch bei der IHK, bei Feuerwehren, bei Vereinen usw.). Unterstützt werden Stadt und Landkreis Kitzingen nun durch Berater, die vom Bundesinnenministerium bezahlt werden.

Papierformat

Damit ist die Schriftform künftig überflüssig. Wer der neuen Technik dennoch misstraut oder wem die bewährte Form einfach lieber ist, muss sich auch keine Sorgen machen: Sowohl ein Papierformular als auch das persönliche Gespräch mit den Mitarbeitern der Ämter sind nach wie vor möglich.

Ausschreibung

Dem ganzen Projekt voran-
ging eine Ausschreibung des



Bei der Küchenarbeit erzählt Peter Marschall der FSJlerin Luise Schnaus seine Geschichte.
Bild: Günther Purlein

men und sich ganz tief „unten“ wiederzufinden. Geschichten wie die, die Peter Marschall ihr erzählt, beschäftigen sie immer sehr lange: „Das ist auch der Grund, warum ich noch nicht sicher bin, ob das Soziale wirklich der richtige Beruf für mich ist.“ Man lerne dadurch eine Seite des Lebens kennen, die man eigent-

lich nicht unbedingt kennen lernen will: „Und oft ist der Drang ganz groß, zu helfen, die schwierige Situation des anderen zu verändern.“ Doch das, müssen professionelle Sozialarbeiterinnen lernen, ist nicht möglich. Am Ende ist das die Aufgabe jedes Menschen selbst.

Günther Purlein

wendungen für den neuen Personalausweis zu entwickeln. Die Projektgruppe aus Stadt, VG und Landkreis Kitzingen ist eine davon. Nach Abschluss des Projektes sollen alle Ergebnisse - Formulare, Konzepte und so weiter - bundesweit allen Behörden zur Verfügung stehen.

DK



Für seine vorbildlichen Aktivitäten erhielt der Freundeskreis Haßberge-Tricastin den Partnerschaftspreis des Bezirks Unterfranken. Das Bild zeigt von links: Bezirksrat Siegmund Kerker, Oliver Fesser, Ingrid Fächer, Kurt Sieber (Freundeskreis Haßberge-Tricastin), Landrat Rudolf Handwerker, Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel, Joachim Friedsam (Freundeskreis Haßberge-Tricastin) sowie Geschäftsleiter Horst Hofmann.
Bild: Mauritz

Bezirk Unterfranken verleiht Partnerschaftspreise

Deutsch-Französische Freundschaft e.V. Eisingen, Freundeskreis der Partnerstädte Kitzingen e.V. und Partnerschaftskomitee Goldbach geehrt

Würzburg. (mm) Der Freundeskreis Haßberge-Tricastin hat jetzt in Würzburg den Partnerschaftspreis des Bezirk Unterfranken für die Zielgruppe kommunale Gebietskörperschaften erhalten. Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel lobte in seiner Laudatio den breit angelegten Austausch „unter Einbeziehung aller Bevölkerungs- und Altersgruppen“ dieser bereits seit 38 Jahren bestehenden Landkreispartnerschaft. Insgesamt konnten sich in diesem Jahr vier unterfränkische Kommunen über einen der bayernweit einmaligen Partnerschaftspreise freuen.

Die Wahl der Preisträger sei der Jury in diesem Jahr nicht leicht gefallen, sagte der Bezirkstagspräsident. „Im Grunde genommen, hätte jeder der Kandidaten einen Preis verdient.“ Am Ende habe sich der Bezirkstag entschlossen, einen ersten und drei zweite Preise auszu-reichen. Neben dem ersten Preis für den Freundeskreis Haßberge-Tricastin, ging jeweils ein zweiter Preis an den Verein für Deutsch-Französische Freundschaft e.V. Eisingen, an den Freundeskreis der Partnerstädte Kitzingen e.V. sowie an das Partnerschaftskomitee Goldbach.

Dem Freundeskreis Haßberge-Tricastin gelinge es, die unterschiedlichsten Akteure auf kommunal- und Landkreisebene lang-

fristig für die deutsch-französischen Beziehungen und den Europagedanken zu gewinnen, so der Bezirkstagspräsident in seiner Würdigung des Preisträgers weiter. Das Partnerschaftskomitee Goldbach lobte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel in seiner Laudatio für die breit angelegte Partnerschaft mit Courseulles-sur-Mer, die zahlreiche Vereine und unterschiedliche Gruppierungen aus der Gemeinde einbinde. Der seit 18 Jahren bestehende Verein für Deutsch-Französische Freundschaft e.V. Eisingen beeindruckte die Jury durch die Kontinuität der Begegnungen, „die sich an Bürgerinnen und Bürger, insbesondere an Jugendliche wenden“, sagte Dotzel bei der Preisverleihung.

Innenminister Joachim Herrmann:

Erding wird Große Kreisstadt

Hervorragende Stadtentwicklung ermöglicht größere Verantwortung

„Die Stadt Erding wird mit Wirkung zum 1. Januar 2013 Große Kreisstadt.“ Das teilte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann dem ersten Bürgermeister der Stadt Erding, Max Gotz, im Beisein des Landrates des Landkreises Erding, Martin Bayerstorfer, mit. Erding ist damit die 29. Große Kreisstadt in Bayern. Herrmann: „Die hervorragende Entwicklung der Stadt Erding in den vergangenen Jahren hat uns die Entscheidung leicht gemacht. Erding hat heute rund 35.000 Einwohner. Die Stadt ist ein leistungsstarker und zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort. Daher ist es gerechtfertigt, Erding die Aufgaben einer Großen Kreisstadt und damit mehr Eigenverantwortung zu übertragen.“

Nach der Bayerischen Gemeindeordnung können Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern auf ihren Antrag durch das Innenministerium zu einer Großen Kreisstadt erklärt werden, wenn sie nach ihrer Leistungs- und Verwaltungskraft die Aufgaben einer Großen Kreisstadt erfüllen können. Hierzu gehören vor allem die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde und Straßenverkehrsbehörde. Die starke Leistungsfähigkeit der Stadt Erding belegen klar die Zahlen. So liegt die Steuerkraft Erdings im Jahr 2012 mit 1.013 Euro pro Einwohner deutlich über dem Landesdurchschnitt von Gemeinden vergleichbarer Größenordnung (815 Euro pro Einwohner). Bei der Pro-Kopfverschuldung lag Erding im Jahr 2010 mit 59 Euro pro Einwohner weit unter dem Durchschnitt vergleichbarer Gemeinden

(693 Euro je Einwohner). Zudem verfügt Erding über hohe Rücklagen. Der Innenminister: „Das ist das Ergebnis einer modernen, zukunftsorientierten und verantwortungsvollen Stadtpolitik.“

Joachim Herrmann gratulierte dem ersten Bürgermeister der Stadt Erding, Max Gotz, und wünschte ihm für die Zukunft auch weiterhin alles Gute. Und auch ein Überraschungspräsent erhielt der künftige 'Oberbürgermeister' aus den Händen des Innenministers: Das erste Ortseingangsschild mit der Aufschrift „Große Kreisstadt Erding“.

Bayerische GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rölle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Theresa Flotzinger (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 47 vom 01.01.2012

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Schloss Dillingen erstrahlt in neuem Glanz

Festakt mit Finanzminister Dr. Markus Söder

Richtig stolz war der Bayerische Staatsminister der Finanzen, Dr. Markus Söder, beim Festakt zum Abschluss eines der bedeutendsten Großprojekte des Freistaates Bayern im Denkmalschutz. Gefeierte wurde, auch mit einem großen Besucherandrang beim vorausgehenden „Tag der offenen Tür“, die in 14-jährigem Einsatz hervorragend gemeisterte Sanierung des Schlosses Dillingen.

Die nach außen hin so mächtig und stolz wirkende wehrhafte Residenz der Augsburger Fürstbischöfe war zwischen Dachstuhl und Außenmauern mehrfach ein- und ausgebaut. Bezeichnend war am 6. Juli 2001 die Schlagzeile im Lokalteil der Donau-Zeitung „Dillinger Schloss wackelt“. Das frühere Castellum aus der Zeit Otto des Großen im 10. Jahrhundert, später eine Burg aus Stein (um 1100), dann im Jahr 1258 vom letzten Grafen von Dillingen dem Hochstift Augsburg übergeben und schließlich „Fluchburg“

der Fürstbischöfe von Augsburg, gehört zu den herausragenden Denkmälern von europäischen Rang.

Mit Blick auf die Einsturzgefahr mussten die im Schloss untergebrachten Behörden (Finanzamt und Amtsgericht) teilweise das Bauwerk verlassen. Großalarm wurde auch bei der Staatsregierung und den Denkmalschutzbehörden gegeben.

Dass jetzt das Schloss nach vollständiger Außen- und Innenrenovierung im neuen Hochglanz erstrahlt, wurde mit einem Ge-

samtaufwand von nicht weniger als 25,73 Millionen Euro in vier Bauabschnitten geschafft. In seiner mit viel Beifall aufgenommenen Rede betonte Söder die positiven Folgen einer gerade in Bayern beispielhaft praktizierten Finanz- und Wirtschaftspolitik, die auch eine solche Generalsanierung eines historisch so bedeutungsvollen Bauwerkes ermöglichen.

Wächterfunktion

Mit besonderer Anerkennung bedachte der Minister das hartnäckige Wirken des Stimmkreisabgeordneten im Landtag, Georg Winter, der eine Wächterfunktion auch wahrnehme, dass der Ländliche Raum gegenüber München und anderen Ballungsräumen „nicht zu kurz kommt“. Im übrigen würdigte Söder den gewissenhaften Dienst der bayerischen Finanzverwaltung am Bürger. Neuen Steuern erteilte er ebenso eine Absage wie weiteren Belastungen des Freistaates durch Schuldenmacher-Länder.

In Dankesansprachen für die Sicherung, ja Substanzrettung des „Wahrzeichens Schloss“ waren vereint Landrat Leo Schrell, 2. Bürgermeister Franz Jall (der den vorübergehend erkrankten Oberbürgermeister Frank Kunz vertrat), der Leiter des Finanzamtes Peter Losher, Karlheinz Schadt (Personalratsvorsitzender des Finanzamtes) und Peter Mayer vom Staatlichen Bauamt Krumbach. Die kirchliche Segnung vollzogen Diakon Eugen Schirm und Pfarrer Manuel Kleiner. Der Historische Verein Dillingen mit seinem Vorsitzenden Dieter Schinhammer beeindruckte mit einer Sonderschau über die Geschichte des Schlosses.

Initiative von Georg Winter

Eine besondere Ehrung gab es für die Initiative des Landtagsabgeordneten Georg Winter zum Erwerb und der Sanierung des Studienseminars St. Ulrich durch den Freistaat Bayern für die

GZ

Gestern
hat mein Chef gesagt ...



„Haben Sie sich eigentlich schon mal Gedanken darüber gemacht, dass wir genauso gut den 9. November wie den 3. Oktober als Nationalfeiertag haben könnten? Da ist viel passiert in unserer Geschichte.“ Mein Chef, der Bürgermeister, liest gerade ein Buch, das sich mit den nationalen Symbolen Deutschlands beschäftigt.

Mit unseren nationalen Symbolen ist es ja wie mit unserer Geschichte: Wir haben ein spannungsreiches, manchmal ungewöhnlich indifferentes und oft widersprüchliches Verhältnis zu ihnen. Wahrscheinlich, weil so viele im Laufe der Zeiten und Regimewechsel ebenso missbraucht wurden, wie unser Nationalbewusstsein selbst. Denken wir nur an unsere Hymne, die 1841 zum ersten Mal erklang und in allen drei Strophen die Hoffnung auf ein dereinst geeintes, demokratisches Vaterland zum Ausdruck brachte. Heute wird zu offiziellen

den Euro-Münzen, die fette Henne im Bundestagsplenum oder das zerzauste Hendl auf der Präsidentenstandarte?

Tja, und dann der Nationalfeiertag. Viele Tage wären denkbar, den 17. Juni hätten wir schon mal, der 18. März würde sich eignen und natürlich der 9. November. An einem 9. November wurde Robert Blum, der Präsident des Paulskirchenparlaments erschossen und mit ihm die erste erfolgreiche Demokratiebewegung in Deutschland vernichtet, die erste Republik wurde ausgerufen, der Hitler-Putsch von bayerischer Polizei vereitelt, die Reichspogromnacht ins Werk gesetzt und die Mauer fiel an diesem Tag. Ein Datum so widersprüchlich wie unsere Geschichte. Trauer ist dabei, Stolz, Freude und tiefe Scham, Beklemmung. Doch ein echter deutscher Tag! Ja, ein wichtiger Gedenktag, aber eben kein Nationalfeiertag. Es ist uns Deutschen eh nicht gegeben, uns so ausgelassen zu feiern, wie es die Franzosen am 14. Juli oder die Amerikaner am 4. Juli tun. Aber der 3. Oktober, der Tag der nach vier Jahrzehnten wiedergewonnenen Einheit, ist ein Tag unangefochtener Freude und das Einheitsfest dieses Jahr in München hat gezeigt, wie gut es dem Land tut, unbeschwert Ja sagen zu können, Ja zu dem, was man Vaterland nennt.

Mein Chef, der Bürgermeister, glaubt an die Kraft der Erinnerung, an die Wichtigkeit von nationalen Orten wie die Holocaust-Gedenkstätte und das Mahnmahl für die Sinti und Roma, für die Wichtigkeit des 17. Juni als Gedenktag wie an den Sinn des Gedenkens am 27. Januar, dem Tag der Befreiung von Auschwitz. Was fehlt ist der 5. August, an dem wir dem Leid von Flucht und Vertreibung gedenken sollten, den Opfern Hitlers, denen noch nicht immer Gerechtigkeit widerfährt. Wenn man sich bewusst macht, wie vielschichtig unsere Geschichte und unser Erbe ist, wird man die Worte einer großen Patriotin, Charlotte Knobloch, würdigen können: „Nur derjenige, der sich des Wertes seiner Heimat bewusst ist, nur wer sein Land liebt, wird sich für dessen Existenz und Fortentwicklung engagieren.“

the
Sabrina

Die Kraft der Erinnerung

Anlässen nur die dritte Strophe gesungen und die ersten beiden gelten vielen Menschen als reaktionär, ja faschistisch, weil in sie im Nationalsozialismus der Wille zur Eroberung und zur Unterdrückung anderer Völker hineininterpretiert wurde. Naja, wenigstens haben wir eine Hymne, die wir singen können. Anders die Spanier, die sich nur auf eine Melodie, nicht auf einen Text einigen konnten. Aber alles hat seine Vorteile: In Spanien muss man nicht darüber diskutieren, ob das Absingen der Hymne vor Länderspielen den Sieg bringen könnte – man gewinnt einfach eine Meisterschaft nach der anderen.

Aber auch andere Symbole sind kompliziert bei uns. Der Adler, den schon die Staufer trugen und der die Brücke zum römischen Reich schlug, ist als Wappentier ständig in der deutschen Geschichte präsent – ein- und doppelköpfig, mit offenen Schwingen oder fliegend. Es gibt ihn heute im staatlichen Gebrauch in Deutschland in so vielen Varianten, dass man ganz durcheinanderkommt, welcher Adler nun unseren Staat repräsentiert – der ästhetisch gelungene, elegante Aar auf der Bundesdienstflagge, das deutlich gemästete Exemplar auf



Das Fürstbischöfliche Schloss in Dillingen wurde mit einem Festakt nach 14-jähriger Renovierung wieder seiner Bestimmung übergeben und kirchlich gesegnet. Vor dem Gemälde mit dem letzten Fürstbischof von Augsburg mit Sitz Dillingen waren beim Festakt vereint (v. l.): Bürgermeister Franz Jall, Finanzamtsleiter Peter Losher, Finanzminister Dr. Markus Söder, Landrat Leo Schrell und die Landtagsabgeordneten Georg Winter und Dr. Georg Barfuß.

Text und Bild: jdt

Bezirksmedaillen:

Dienst am Nächsten

Ein Zeichen für das Miteinander

Jüngst erhielten sieben oberbayerische Bürgerinnen und Bürger für ihr ehrenamtliches Engagement für Mitmenschen die Bezirksmedaille aus der Hand des Bezirkstagspräsidenten.

Der zweite Termin mit Medaillenverleihungen war dem sozialen Engagement gewidmet. Die Palette des Engagements der Geehrten war wieder breit gefächert: Sie reichte von Nachbarschaftshilfe und Hospizverein bis zu Selbsthilfegruppen sowie Senioren- und Jugendarbeit, Themen, die dem Bezirk als größten Träger für soziale Hilfen in Oberbayern besonders am Herzen liegen.

„Wenn es um den persönlichen Kontakt zu Hilfsbedürftigen geht, sind die Möglichkeiten ei-

ner Behörde eher begrenzt“ betonte Bezirkstagspräsident Josef Mederer selbstkritisch.

Zusammen ist man weniger allein

Zum ehrenamtlichen Einsatz der diesjährigen Bezirksmedaillenträger sagte er: „Mit ihrem Dienst am Nächsten setzen sie ein Zeichen für das Miteinander und gegen Anonymität – ganz nach dem Motto: Zusammen ist man weniger allein.“



Bezirkstagspräsident Josef Mederer (Mitte) gemeinsam mit den Medaillenträgern (v. l.): Werner König, Marta Otto, Helmut Hopmann, Ilse Frank, Georg Kalmer, Agnes Lochbrunner und Günter Schwindl.

Mainfrankenbahn präsentiert Reiseführer

„Raus aus dem Alltag – rein ins Erlebnis“ so lautet das aktuelle Motto der Mainfrankenbahn – neu aufgelegt ist der kleine Reiseführer Würzburg – Bahnkunden sparen mit der aktuellen Fahrkarte

Mit dem kleinen Reiseführer macht das Reisen mit den modernen Zügen der Mainfrankenbahn noch mehr Spaß, denn satte

Unterbringung des Amtsgerichts Dillingen in einem nunmehr eigenen Gebäude. Die Investition für die vorher im Schloss untergebrachte Justizbehörde wurde mit einem Aufwand von 7 Millionen Euro ermöglicht.

Rabatte erwarten den Bahnkunden. In der aktuellen Ausgabe werden 9 Partner der Bahn aus Würzburg – 6 davon aus der Gastronomie – vorgestellt. Gegen Vorlage des Zugtickets erhalten Sie attraktive Vorteile und Ermäßigungen bei den Partnern.

Aus allen Richtungen kommen Sie mindestens stündlich mit der Mainfrankenbahn nach Würzburg. Mit dem Bayern-Ticket können Sie alle Busse und Straßenbahnen des Würzburger Stadtverkehrs gratis nutzen.

Weitere Kooperationspartner der Mainfrankenbahn bieten für Kunden der Bahn interessante Vergünstigungen: Sie erhalten gegen Vorlage der Bahnfahrkarte bei den Partnern Ermäßigungen auf die Eintrittspreise oder andere Vergünstigungen. Beim „Bayern-Ticket“ und „Schönes-Wochenende-Ticket“ erhalten je Ticket bis zu fünf Personen die vereinbarten Ermäßigungen.

Ermäßigungen gibt es unter anderem in Museen (z. B. Mainfränkisches Museum), beim UNESCO-Weltkulturerbe Residenz, im Staatlichen Hofkeller, CinemaxX und zahlreichen weiteren Partnern.



Gold für Bayerns schönste Dörfer

345 bayerische Dörfer waren zum Wettbewerb angetreten, drei davon erhielten jetzt die begehrte Goldmedaille. Bei der Abschlussveranstaltung des 24. Landeswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft – Unser Dorf soll schöner werden“ auf dem Gelände der Landesgartenschau in Bamberg hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner die Gewinnerdörfer ausgezeichnet.

Von den 345 bayerischen Teilnehmern schafften es 15 in die Endausscheidung zum Landesentscheid: Altnußberg, Arnswang, Atzmansricht, Benk, Bötting, Herzogsägmühle, Kemmern, Mönning, Mürsbach, Neufang, Oberndorf a. Lech, Sallach, Segringen, Sommerach und Unterneuses. Die Goldmedaillen gingen an Bötting, Mürsbach und Sommerach – sie vertreten den Freistaat nun auf Bundesebene. Sonderpreise erhielten Atzmansricht, Herzogsägmühle und Oberndorf a. Lech.

Was man auf dem Weg zu den Siegerdörfern nicht versäumen sollte: In Mönning auf den Kreuzweg; in Segringen einen besonderen Friedhof erfahren; Wein in Sommerach genießen; selbstgebräutes Bier kosten in Kemmern, Untemeuses und Arnswang; bedeutende Fachwerkkonstruktion in Mürsbach bestaunen; in Benk und Neufang Kirchen und Kapellen besichtigen; Atzmansricht erleben, wo 145 Einwohner viel erreicht haben; die älteste Burganlage des Bayerischen Waldes in Altnußberg erkunden; Sallach erleben, wo Grafen und Fürsten im Schloss residierten; in Oberndorf mehr über regenerative Energieerzeugung erfahren und sich an gesunder Höhenluft in Herzogsägmühle und Bötting erfrischen.

Mickhausen hat wieder eine „gute Stube“

Nach dreijähriger Bauzeit Einweihung des Gemeindezentrums mit Schlosshofsaal, Schützenheim und Gemeindekanzlei

„Was lange währt, wird endlich gut!“ Mickhausens Bürgermeister Hans Biechele waren Freude und Stolz sichtlich anzumerken. Nach fast dreijähriger Bauzeit und nach langwierigen vorangegangenen Planungen und Verhandlungen war es nun endlich soweit: Das neue Gemeindezentrum mit Veranstaltungssaal, Schützenheim und Gemeindekanzlei wurde feierlich eingeweiht und offiziell seiner Bestimmung übergeben.

Aus allen Festreden klang die Erleichterung heraus, dass dieses ehrgeizige Projekt letztlich doch noch zu einem guten Abschluss gebracht und die Raumnot in der Staudengemeinde ein für allemal beseitigt werden konnte. Vereine und Dorfgemeinschaft haben nach vielen Jahren des Hinwärtens und der Improvisation wieder eine „gute Stube“, die weit über die Gemeindegrenzen hinaus ihresgleichen sucht.

Zahlreiche Ehrengäste

Der Festtag im anfangs noch herbstlich-kühlen Schlosshof begann mit einem Freiluftgottesdienst, den der Kirchenchor und die Schmuttertaler Musikanten gemeinsam umrahmten. Zahlreiche Gläubige, unter ihnen viele Ehrengäste, Bürgermeister der Nachbargemeinden und Vertreter der an der Baumaßnahme beteiligten Firmen hatten sich einge-

funden. Neben dem Altar vor der fahnen geschmückten Südfront des neuen Schlosshofsaaes hatten die Fahnenabordnungen der Traditionsvereine aus Mickhausen, Münster und Grimoldsried Aufstellung genommen.

Im Anschluss an den Gottesdienst segnete Ortspfarrer Pater Aurelian Ziája den Saal, das Schützenheim und die neue Gemeindekanzlei. Ohrenbetäubende Böllerschüsse und ein Choral der Musikkapelle unter der Leitung von Dirigent Philipp Ramminger eröffneten den Festakt. Mittlerweile hatte sich eine wärmende Spätsommersonne durch den Morgennebel gekämpft und den neu gestalteten Schlosshof in goldenes Licht getaucht.

Freudentag für die Gemeinde

Rathauschef Hans Biechele strahlte mit der Sonne um die Wette, als er vom Ende eines lan-

gen, manchmal recht beschwerlichen Weges berichtete. Die Fertigstellung des neuen Gemeindezentrums in den fast 500 Jahre alten Ökonomiegebäuden des ehemaligen Fuggerschlosses mitten im Dorf sei ein Freudentag für die Gemeinde, die ganze Dorfgemeinschaft und die Ortsvereine, an dem alle Schwierigkeiten der zurück liegenden elf Jahre vergessen seien. Seit nämlich die Gemeinde im Dezember 2001 vom Grafen Rechberg den Schlosshof mit dem Nord- und dem Ostflügel gekauft hat, liefen die Planungen.

Meisterstück eines kompetenten Partners

In Architekt Günther Hofmann (Memmenhausen) habe die Gemeinde einen kompetenten Partner gefunden, der sich mit viel Herzblut der gewaltigen Aufgabe gestellt und im Spannungsfeld zwischen den Wünschen der Bauherrschaft, den Auflagen der Denkmalpflege und der Genehmigungsbehörden sowie der „auf Kante genähten“ Gesamtfinanzierung letztlich ein Meisterstück abgeliefert habe, das (fast) allen Wünschen und Anforderungen Rechnung trage.

Die Gesamtkosten von über einer Million Euro seien für die kleine, finanzschwache Gemeinde kein Pappenstiel, so der Rathauschef. Aber das investierte Geld sei gut angelegt, wenn es mit dem öffentlichen und geselligen Leben in den neuen Räumen wieder aufwärts geht. Die bisher vorliegenden Reservierungen jedenfalls lassen schon jetzt eine hohe Auslastung erwarten.

Der Dank des Bürgermeisters galt nicht zuletzt den vielen eh-

renamtlichen Helfern, die für das große Gemeinschaftswerk über 4000 freiwillige Arbeitsstunden eingebracht haben. Erheblichen Anteil am Gelingen des Projektes, das unter seinem Vorgänger, Altbürgermeister Anton Müller, auf den Weg gebracht wurde, hat stellvertretender Landrat Max Strehle. Er hat die Gemeinde bei vielen Behördengesprächen begleitet und in oft hartnäckigen Verhandlungen in diversen Ministerien und Amtsstuben Seite an Seite mit den Mickhausern „gekämpft“.

Kraftakt

Dass es tatsächlich ein Kraftakt gewesen sei, das bestätigte Max Strehle selber. „Aber heute kehrt in altes Gemäuer neues Leben ein!“ Der lange Weg habe sich gelohnt. Denn: „Öffentliche Fördermittel dürfen nicht nur in Stadttheater und Konzertsäle fließen. Auch auf dem Land wird ein buntes kulturelles Leben gepflegt, das gute Rahmenbedingungen braucht!“

Glückwünsche

Die Glückwünsche des gesamten Regierungsbezirkes Schwaben überbrachte Bezirksratspräsident Jürgen Reichert. Die Sanierung der denkmalgeschützten Gebäude und die wohl durchdachte neue Nutzung verdienten Respekt und Anerkennung: „Das Schloss von Mickhausen strahlt jetzt wieder weit über Ihre Gemeinde hinaus!“

Weitere Grußworte sprachen Architekt Günther Hofmann, Schützenmeister Christian Schmid als Vertreter aller Ortsvereine sowie Altbürgermeister Anton Müller, der die beschwerlichen Anfänge des Großprojektes noch einmal in Erinnerung rief. Zahlreiche Besucher nutzten die Gelegenheit und warfen beim „Tag der offenen Tür“ einen Blick in den neuen Schlosshofsaal, ins Schützenheim und in die Gemeindekanzlei. Eine Ausstellung historischer Ansichtskarten aus der Staudengemeinde bot zusätzlich jede Menge Gesprächsstoff. **wkl**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der LfA Förderbank Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



Glückwünsche zum gelungenen Ortsmittelpunkt überbrachten (v. l.): Landrat Martin Sailer, Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, Dritter Bürgermeister Walter Lämmemeyer, Ludger Klinge vom Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben, Architekt Günther Hofmann, Altbürgermeister Anton Müller, Zweiter Bürgermeister Norbert Demmel, stellvertretender Landrat Max Strehle und Bürgermeister Hans Biechele. □

20 Jahre interkommunale Zusammenarbeit in Bayern

Die vor 20 Jahren im Auerbergland erstmals umgesetzte interkommunale Zusammenarbeit ist mittlerweile zu einem landesweiten Erfolgsmodell für eine zukunftsgerechte Entwicklung der Gemeinden geworden. „Die Kooperation über Verwaltungsgrenzen hinweg ist ein entscheidender Schlüssel für die Zukunft unserer ländlichen Regionen“, erklärte Landwirtschaftsminister Helmut Brunner anlässlich des Jubiläums.

Mit ihrer Zusammenarbeit hätten die damals acht schwäbischen und oberbayerischen Gemeinden des Auerberglands „vorausschauende Pionierarbeit geleistet“, würdigte der Minister. Die inzwischen 13 Gemeinden kooperierten auch heute noch in den unterschiedlichsten Handlungsfeldern wie Naherholung und Tourismus, Landwirtschaft, Gewerbe und Handwerk oder neue Medien und Bürger- und Sozialkultur.

In ganz Bayern gibt es mittlerweile 80 solcher kommunalen Allianzen mit insgesamt 600 Ge-

meinden, die im Rahmen einer integrierten Ländlichen Entwicklung gemeinsam an ihrer Zukunft arbeiten. Unterstützt und begleitet werden sie von den Ämtern für Ländliche Entwicklung. Dabei legen die Kommunen in einem gemeinsamen Entwicklungskonzept ihre Strategie zur Nutzung der vorhandenen Potenziale, zum Kosten sparen und zur Bewältigung der Herausforderungen fest. „Wir setzen dabei gezielt auf die Kreativität und die Eigeninitiative der Gemeinden, ihrer Bürger und aller Akteure in der Region“, so Brunner. □

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmoebel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Telefon 08265/7332695
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahldrucksachen · und vieles mehr

ORTMAIER
DRUCK GmbH

Tel. 087 32 / 92 10-663 · Fax 087 32 / 92 10-669
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de

FLYERPARA.de
Das Online-Druckportal - Ein Service der Ortmaier Druck GmbH

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (027 73) 822 18
Telefon: (027 73) 822 56 · www.hailo-professional.de

Insertieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Sportgeräte

BENZ SPORT

www.benz-sport.de

ORIGINAL **BENZ SPORT**

Tel. 07195 / 69 05 - 0 | Fax 07195 / 69 05 - 77 | info@benz-sport.de

Urkunden, Diplome, Zertifikate

Urkunden Atelier
Wertschätzung & Anerkennung

Urkunden für jeden Anlass
und Urkundenzubehör
www.urkunden-atelier.at

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 0 53 26 / 5 02-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolftrathäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@lr-service.de
Internet: www.lr-service.de

DALW
REINIGUNGS-ANLAGEN
GUT UND WIRTSCHAFTLICH

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

gerasmühlstr. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **Wolff**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

LfA Report

DIE KUNDENZEITUNG DER LfA FÖRDERBANK BAYERN



Im Fokus: Unternehmensnachfolge

Langfristig planen für den weiteren Erfolg

Seite 2



Aus der LfA

Energiewende – Impulse für Unternehmen und Kommunen

Seite 3



Firmenportrait

Knaus Tabbert GmbH – auch unterwegs zu Hause

Seite 4

ENERGIEWENDE

Eine große Chance für den Mittelstand



Kleine und mittlere Unternehmen sind flexibler als Großkonzerne – ein Vorteil, den sie bei der Energiewende nutzen können.

Die Energiewende ist beschlossene Sache – und wird in den kommenden Jahren die Gewinnung, den Transport und den Verbrauch von Energie in Deutschland revolutionieren. Bis zum Jahr 2050 soll der Anteil der erneuerbaren Energien von aktuell 20 auf 80 Prozent steigen.

Das bedeutet auch, dass sich Unternehmen umstellen müssen: Liefen manche Maschinen bislang mit fossilen Brennstoffen, wird in den nächsten Jahren ein Umstieg auf Strom erforderlich. In der Zwischenzeit müssen sich alle auf steigende Energiepreise einstellen.

len. Daher lautet die Devise für kleine und mittlere Unternehmen (KMU): Energie sparen und gleichzeitig in die Zukunft investieren. Denn die Energiewende bietet gerade für Mittelständler große Chancen. Wer die Zeichen der Zeit frühzeitig erkennt, kann seinen Betrieb fit für die Zukunft machen. Hier haben KMU einen entscheidenden Vorteil gegenüber großen Unternehmen, denn sie sind schnell und flexibel – und verschaffen sich so einen Wettbewerbsvorteil. Schon heute können sie prüfen, welche Unternehmensbereiche von der Energiewende betroffen sind und entsprechend handeln.

Müssen sich meine Kunden auf ein verändertes Produkt einstellen? Wie wirkt sich die Energiewende auf meine Zulieferer aus? Wie muss ich meine Fertigung anpassen? Es geht darum, sich frühzeitig auf den Zukunftsmärkten zu positionieren. Dabei ist zu bedenken, dass die Energiewende nicht nur bedeutet, dass neue Quellen erschlossen werden, sondern diese auch Auswirkungen auf die Verteilung, die Speicherung und den Verbrauch von Energie hat. Das kann zu weiterführenden strategischen Überlegungen führen.

Doch ganz gleich, wie das künftige Geschäftsmodell aussieht: KMU sind gut beraten, wenn sie ihren Stromverbrauch reduzieren. Hierfür gibt das Bayerische Wirtschaftsministerium auf der Seite www.energie-innovativ.de Tipps und Anleitungen. Daneben fördert die LfA Förderbank Bayern mit dem Investivkredit Energie Unternehmen und mit dem Infrakredit Energie Kommunen bei energieeffizienten Investitionen und bei Maßnahmen, die auf die Gewinnung erneuerbarer Energien abzielen. Auch das Bundeswirtschaftsministerium hat ein Programm aufgelegt, das Zuschüsse zu energieeffizienten Modernisierungen gewährt. Mit diesem will die Regierung geeignete Anreize schaffen, damit kleine und mittlere Unternehmen verstärkt in energieschonende Technologien investieren. Die günstigste Energie ist schließlich diejenige, die gar nicht erst verbraucht wird.

INFO www.bmwi.de

MITTELSTANDSSTUDIE

Positive Finanzierungssituation

Die Finanzierungsbedingungen für deutsche Unternehmen haben sich in den vergangenen zwölf Monaten positiv entwickelt – und dies trotz der anhaltenden Staatsschulden- und Währungskrise. Dies ergab die Studie „Unternehmensfinanzierung 2012“ der KfW.

Demnach hat die relativ solide Konjunktur in Deutschland zu der positiven Finanzierungssituation beigetragen. Vor

allem kleinere Unternehmen konnten hiervon profitieren und damit etwas gegenüber den besseren Finanzierungsbedingungen für große Gesellschaften aufholen. Jedoch ermittelte die KfW auch, dass junge und forschungsintensive Unternehmen weiterhin gewisse Probleme haben, an Kapital zu kommen.

INFO www.kfw.de

STANDORTMARKETING

Neue Invest-Standorte in Bayern

Invest in Bavaria, die Ansiedlungsagentur des Freistaates Bayern, stärkt ihre Präsenz in Nordbayern und eröffnet Anfang 2013 ein Büro in Nürnberg. Mit dem Haus der Forschung, der Repräsentanz Nordbayern der LfA Förderbank Bayern und Bayern Innovativ sind damit wichtige Fördereinrichtungen direkt dort vertreten. Invest in Bavaria hat im vergangenen Jahr 86 Ansiedlungs- und

Erweiterungsprojekte betreut. Die Gesellschaft betreibt weltweit Standortmarketing für den Wirtschaftsstandort Bayern und betreut internationale Unternehmen, die in Bayern eine Niederlassung gründen wollen oder Erweiterungsinvestitionen planen. So schlägt sie potenziellen Investoren z. B. geeignete Standorte vor.

INFO www.invest-in-bavaria.de

IM FOKUS: BETEILIGUNGSFINANZIERUNG

STUDIE

Unternehmensnachfolge langfristig planen

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) meistern die Schwierigkeiten von Unternehmensübergaben weitaus besser, als bislang angenommen. Dies ergab eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM). Demnach gaben rund 80 Prozent der KMU an, auf eine Betriebsübergabe gut vorbereitet zu sein.

Die Studie ermittelte, dass fast 60 Prozent der Familienunternehmen in Familienhand blieben. Wer einen familieninternen Nachfolger findet, hat die Möglichkeit, den Wechsel langfristig und schonend zu vollziehen – ein Vorteil, den Kunden und Mitarbeiter zu schätzen wissen. Rund 20 Prozent der Unternehmen wurden von einem betriebsinternen Nachfolger weitergeführt. Diese betriebsinternen Übernahmen verliefen meist harmonischer als die Übergabe an einen externen Nachfolger, ein Vorgehen, das in ebenfalls über 20 Prozent der Fälle zum Tragen kam. Die externen Nachfolger zeichneten sich meist durch einen höheren Berufsabschluss aus als familieninterne Nachfolger und verfügten oft über mehr Berufs- und Führungserfahrung. Diese Dinge können sich positiv auf die weitere Unternehmensentwicklung auswirken, da bisherige



Nach mir die Sintflut? Unternehmer, die sich nicht rechtzeitig um ihre Nachfolge kümmern, setzen ihr Lebenswerk aufs Spiel.

rige Strukturen nicht ungeprüft übernommen, sondern kritisch hinterfragt werden. Dies ist eine Chance für das Unternehmen, kann jedoch auch zu Problemen führen.

Nicht nur der übergebende Unternehmer muss mit dem neuen Wind zurechtkommen, der plötzlich durch sein Unternehmen weht. Auch auf die Mitarbeiter kommen Veränderungen zu: Wo vorher beispielsweise starre Hierarchien herrschten, kann nun Teamarbeit gefragt sein. Neue Technologien ersetzen traditionelle Verfahren. Nicht im-

mer heißen alle Beteiligten diese Veränderungen gut.

Auch KMU im Freistaat müssen sich mit diesen Fragen auseinandersetzen, steht doch bei etwa 19.000 Betrieben pro Jahr eine Unternehmensnachfolge an – entweder geplant oder infolge eines Notfalls. Dabei sind durchdachte Nachfolgemaßnahmen unerlässlich, wenn der Betrieb auch in Zukunft erfolgreich bestehen soll.

INFO <http://www.institut-fuer-mittelstandsforschung.de/>

INTERVIEW

Die Zukunft gut vorbereiten

Ricarda Bouncken, Lehrstuhl für Strategisches Management und Organisation, Universität Bayreuth



Prof. Ricarda B. Bouncken

Was sind die größten Probleme bei der Unternehmensnachfolge?

Bouncken: „Eine mangelhafte Planung, die meist aus einer zu späten Planung resultiert, ist sicherlich eines der größten Probleme. Die Auswahl einer geeigneten Nachfolgevariante und damit verbunden die erfolgreiche Suche nach einem geeigneten Nachfolger können sich sehr schwierig gestalten. Neben psychologischen Problemfeldern stehen selbstverständlich aber auch die typischen betriebswirtschaftlichen Probleme, wie z. B. steuer- und erbrechtliche Fragen.“

Wie zeichnet sich ein guter Nachfolger aus?

„Klar ist, dass es nicht den Prototypen gibt. Allerdings lässt sich der individuell am besten geeignete Nachfolger beschreiben. Hierfür müssten zunächst die für das Unternehmen passenden Qualifikationen zusammengefasst werden. Ein guter Nachfolger würde dementsprechend im Idealfall diese benötigten Kompetenzen direkt mitbringen.“

Sind Familienmitglieder immer die bessere Wahl?

„Zumindest wird die familieninterne Nachfolge am häufigsten angestrebt. Ein Großteil der Unternehmer bevorzugt einen Nachfolger aus der eigenen Familie. Ein Familienmitglied ist immer dann eine gute Wahl, wenn der potenzielle Nachfolger die adäquaten – also die für das Unternehmen passenden – Qualifikationen vorweisen kann.“

Wie viel Zeit braucht eine erfolgreiche Nachfolgeregelung?

„Das kommt in erster Linie sicherlich auf die Nachfolgevariante an. Soll das eigene Kind das Unternehmen übernehmen, beginnt der erste Schritt der Nachfolge bereits mit der beruflichen Ausbildung des Kindes. Insgesamt lässt sich aber festhalten, dass ein Unternehmer sich spätestens ab dem 60. Lebensjahr mit dem Thema ernsthaft auseinandersetzen sollte.“

HILFE BEI DER UNTERNEHMENSNACHFOLGE

Mittelständler in Familienbesitz stehen immer wieder vor einem Generationenwechsel. Ist kein geeigneter Nachkomme aus der Familie zur Hand, steht die Frage nach einem externen Nachfolger im Raum. Doch selbst wenn ein geeigneter Kandidat gefunden ist, muss die Übergabe gut vorbereitet werden.

Der Freistaat hat mit einem eigenen Internetportal diese Probleme aufgegriffen und bietet dort umfassende Informationen an. Es soll dabei sowohl langjährigen als auch neuen Unternehmern als Leitfaden zur erfolgreichen Unternehmensnachfolge dienen.

Auf dem Portal gibt es umfassende Informationen zur Vorbereitung und Realisierung einer Unternehmensnachfolge. Es werden die unterschiedlichsten Modelle einer Nachfolgeregelung erklärt und auf die Probleme hingewiesen. Ferner stehen zahlreiche Broschüren und Checklisten zum Download bereit, die erläutern und berücksichtigen, was bei einer erfolgreichen Unternehmensnachfolge zu beachten ist. Bei der Suche nach einem geeigneten Nachfolger helfen spezielle Nachfolgebörsen. Neben branchenspezifischen und auf Bayern spezialisierten Angeboten gibt es auch das Portal www.nexxt-change.org, das vom Bundeswirtschaftsministerium und Wirtschaftsverbänden getragen wird. Unternehmer können dort ihre Betriebe präsentieren. Zugleich haben potenzielle Nachfolger die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten und Qualifikationen vorzustellen. Ebenso werden Förderangebote vorgestellt, die weitere Erleichterungen bieten.

INFO www.unternehmensnachfolge-in-bayern.de

AUS DER LfA FÖRDERBANK BAYERN

ENERGIEWENDE

Impulse für Unternehmen und Kommunen

Durch die Energiewende wird die Entwicklung der Wirtschaft in neue Bahnen gelenkt. Die LfA Förderbank Bayern unterstützt den Mittelstand und auch Kommunen durch Förderung von Energieeffizienz und erneuerbarer Energien.

Im Vordergrund stehen zwei Kreditprodukte, die die LfA Förderbank Bayern im Juli auf den Markt gebracht hat: den Investivkredit Energie und den Infrakredit Energie. Mit diesen auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien abzielenden Maßnahmen unterstützt die Bank aus selbst erwirtschafteten Gewinnmitteln das von der Bayerischen Staatsregierung beschlossene Energiekonzept „Energie Innovativ“.

Mit dem Investivkredit Energie finanziert die Bank kleine und mittlere gewerbliche Unternehmen, beispielsweise wenn sie in Maschinen oder Anlagen investieren, die mindestens 30 Prozent weniger Energie verbrauchen als die zu ersetzenden Maschinen, oder in eine Strom sparende Beleuchtung, die mindestens 40 Prozent weniger Energie verbraucht als die bisherige Beleuchtungsanlage.

Der Infrakredit Energie bietet Kommunen eine langfristige Finanzierung für Maßnahmen zur allgemeinen Energieeinsparung und Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger sowie für den Bereich energieeffiziente Stadtbeleuchtung.

Über diese speziellen Produkte hinaus bietet die Bank dem Mittelstand ihre ganze Palette von Förderprodukten für weitere Investitionen, die durch die Energiewende ausgelöst werden. Etwa den Ökokredit für Maßnahmen, die die von einem Betrieb ausgehenden Umweltbelastungen verringern, oder den Investiv- und den Univer-

LfA-Kreditprodukte zur Energiewende

Angebote für Maßnahmen mit speziellen Energieeffekten

- Investivkredit Energie für kleine und mittlere Unternehmen
- Infrakredit Energie für Kommunen

Angebote für Maßnahmen kleiner und mittlerer Unternehmen mit allgemeinen Energieeffekten:

- Ökokredit • Technokredit • Startkredit • Investivkredit
- Universalkredit

Hilfen zur Kreditaufnahme von mittelständischen Unternehmen

- Haftungsfreistellungen und Bürgschaften

Angebot zur Finanzierung größerer Vorhaben mit Energieeffekten

- Konsortialdarlehen für gewerbliche Vorhaben und Vorhaben der Infrastruktur

salkredit für Investitionen, für die die spezielle Umweltförderung nicht greift. An der Finanzierung größerer Vorhaben wirkt die Bank mit Konsortialdarlehen mit, etwa bei Investitionen der gewerblichen Wirtschaft mit Umwelteffekten oder bei Investitionen in die Infrastruktur, wie beispielsweise die Finanzierung von PPP-Modellen.

INFO Nähere Auskünfte erteilt das LfA-Kundencenter kostenfrei unter 0800 / 21 24 24 0.

NACHRICHTEN

Infotag

„Energieeffizienz – eine erfolgreiche Zukunft mit LfA-Krediten“ ist in diesem Herbst das Thema des Infotags Wirtschaftsförderung, den die LfA Förderbank Bayern regelmäßig durchführt. In Workshops, Fachberatungen und in einer Podiumsdiskussion werden Themen behandelt, die den Mittelstand aktuell bewegen. Für Oberfranken fand der Infotag am 18. Oktober in der Freiheitshalle Hof statt. Termin für Unterfranken ist der 22. November im Vogel Convention Center Würzburg. Anmeldung dazu unter www.lfa.de

Bayern Innovativ

Seit ihrer Gründung im Jahr 1995 stand er an der Spitze der Bayern Innovativ GmbH: Josef Nassauer. Ende September trat der habilitierte Ingenieur in den Ruhestand. Als Geschäftsführer positionierte er die in Nürnberg angesiedelte Gesellschaft für Innovation und Wissenstransfer, deren Hauptgesellschafter die LfA Förderbank Bayern ist, als weithin anerkanntes Kompetenzzentrum für neue Technologien und neue Märkte. Sein Nachfolger ist der habilitierte Chemiker Werner Klaffke. Er soll die Bayern Innovativ GmbH in eine weiterhin gute Zukunft führen, in die sich 55.000 Unternehmen und 500 Forschungsinstitute aus 50 Ländern aktiv einbringen.

50. Hauskonzert

Seit 1993 veranstaltet die LfA Förderbank im Rahmen ihrer Kulturförderung regelmäßig in ihrem Vorstandsgebäude Hauskonzerte für Geschäftsfreunde und Mitarbeiter. Dabei treten talentierte junge Künstler/-innen auf, denen die Bank entsprechend zu ihrer Gründerförderung den Start bei der Karriere erleichtern will. Einige von ihnen wie Julia Fischer (Geigerin) oder Nils Mönkemeyer (Bratschist) – beide heute Professoren an der Musikhochschule München – sind inzwischen gefragte Künstler auf internationalen Konzertpodien und Festivals. In diesem Jahr fand das 50. Hauskonzert statt.

AUF EIN WORT

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die Energiewende stellt die Wirtschaft vor große Herausforderungen. Gleichzeitig erschweren unruhige Finanzmärkte und strengere Bankenregulierungen die Kreditvergabe.

In dieser Situation ist eine verlässliche Kreditversorgung kleiner und mittlerer Unternehmen besonders wichtig.

Das von der Bayerischen Staatsregierung beschlossene Energiekonzept „Energie Innovativ“ für eine umweltfreundliche Sicherung der Energieversorgung im Freistaat Bayern wird seit 16. Juli 2012 durch Fördermaßnahmen der LfA Förderbank Bayern flankiert. Aus ihren Gewinnmitteln finanziert die LfA zwei Programme, die zu einem erfolgreichen Gelingen der Energiewende beitragen sollen: den „Investivkredit Energie“ für mittelständische Unternehmen und den „Infrakredit Energie“ für Kommunen.

Die Energiewende ist nicht nur als politisches Ziel, sondern auch als wichtiger Baustein für eine ressourcenschonende Zukunft zu verstehen. Als Förderbank können wir dazu beitragen, dass mit unseren Fördermitteln viele bayerische Mittelständler energieeinsparende Maßnahmen in ihren Betrieben umsetzen. Für Kommunen sind die Einsparpotenziale sogar noch höher. Weil wir mit unseren Krediten den Anstoß dafür geben können, dass die technischen Neuerungen für einen effizienten Energieeinsatz genutzt werden, ist dieses Thema für uns so bedeutsam.



Dr. Thies Claussen, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern

STRATEGIE

Nachhaltigkeit als Zielvorgabe

Mit einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftspolitik und einem umweltschonenden Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen leistet die LfA Förderbank Bayern einen Beitrag für eine zukunftsfähige Gesellschaftsentwicklung. Nachhaltigkeit ist mittlerweile ein strategisches Ziel der Bank. Stand anfangs eher der betriebliche Umweltschutz im Vordergrund, kommen inzwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten in allen Bereichen immer mehr Bedeutung zu. Extern beteiligt sich die Bank an aktiven Umweltschutzmaßnahmen, wie zum Beispiel dem „Umweltpakt Bayern – Nachhaltiges Wachstum mit Umwelt- und Klimaschutz“. Es handelt sich dabei um eine freiwillige Vereinbarung zwischen Staat und Wirtschaft mit dem Ziel, die natürlichen Lebensgrundlagen besser zu schützen. Der Umweltpakt hat inzwischen über 3000 Teilnehmer.

UNTERNEHMENSFINANZIERUNG

Neues Mezzanin-Angebot

Für Wachstumsvorhaben von kleinen und mittleren Unternehmen können Mezzanin-Finanzierungen einen sinnvollen Finanzierungsbaustein darstellen. Um das Angebot an diesen Finanzierungen zu verbreitern, hat der Freistaat Bayern, vertreten durch die LfA Förderbank Bayern, der Bund und der Europäische Investitionsfonds (EIF) in einer gemeinsamen Initiative zusammen 200 Millionen Euro für die „Mezzanin Dachfonds für Deutschland Fazilität“ zur Verfügung gestellt; davon bringt die LfA Förderbank Bayern 16,7 Millionen Euro ein. Die Fazilität investiert in etablierte Fonds, die sich auf die Refinanzierung und die generelle Ausstattung von kleinen und mittleren Unternehmen mit Wachstumskapital spezialisiert haben.



UNTERNEHMENS PORTRAIT

Auch unterwegs zu Hause



Die Knaus Tabbert GmbH setzt das Zuhause auf Räder – egal ob Caravan oder Wohnmobil.

Wo immer man unterwegs ist, ein Stück Zuhause muss dabei sein. Dieser Traum ist so alt, wie der Mensch reist. Doch erst durch die Automobilisierung wurde aus dem Traum Wirklichkeit: Egal ob mit Wohnmobil oder Caravan, das Zuhause ist immer dabei.

Die bayerische Knaus Tabbert GmbH zählt heute zu den führenden europäischen Herstellern in diesem Bereich. Die bewegte Unternehmensgeschichte beginnt mit dem Schweinfurter Karosseriebaumeister Alfred Tabbert, der 1932 sein erstes Unternehmen gründete. Ab den 1960er-Jahren entwickelten sich daneben

die Marken Tabbert, Knaus und Wilk zu starken Wettbewerbern. Die in den 1980er-Jahren begonnene Konsolidierung im Caravanmarkt fand 2002 in der Fusion zur Knaus Tabbert Group mit zahlreichen weiteren Traditionsmarken ein Ende. Nach der Insolvenz im Jahr 2008 übernahm die niederländische HTP Investments das Unternehmen, unterstützt mit einer von der LfA Förderbank Bayern ausgereichten staatlichen Bürgschaft für Kredite von 22,4 Millionen Euro. Das Unternehmen hat inzwischen wieder eine stabile Marktposition, sodass die Bürgschaft im September 2012 zurückgegeben werden konnte. Für den bayerischen Wirtschaftsminister Martin Zeil ist Knaus Tabbert „ein Paradebeispiel dafür, dass eine Insolvenz nicht zwangsläufig das Aus bedeuten muss. Vielmehr kann ein solcher drastischer Eingriff mit der notwendigen politischen Unterstützung auch einen echten Neuanfang bedeuten – für die Mitarbeiter und Geschäftspartner des Unternehmens genauso wie für die ganze Region“.

Neben der Zentrale im niederbayerischen Jandelsbrunn gehören Standorte im oberbayerischen Obermeitingen, im hessischen Mottgers sowie im ungarischen Nagyoroszi zum Unternehmen. Insgesamt beschäftigt die Knaus Tabbert GmbH rund 1.280 Mitarbeiter, davon rund 680 in Jandelsbrunn. Heute gehören die sechs Marken Knaus, Tabbert, T@B, BavariaCamp, Weinsberg und Wilk zum Unternehmen. Im Geschäftsjahr 2011 wurden ca. 12.800 Caravans und Wohnmobile produziert und ein Umsatz von 238,6 Millionen Euro erzielt. Geschäftsführer Giovanni Marcon ist daher für die Zukunft optimistisch gestimmt: „Bereits seit Längerem gibt es einen Trend zum Reisemobil. Diese Entwicklung, zusammen mit unserer hohen Innovationstätigkeit, den zahlreichen Neuentwicklungen und der damit verbundenen Erweiterung unseres Angebots haben uns dabei in die Karten gespielt.“

INFO www.knaustabbert.de

DEMOGRAFISCHER WANDEL

Ältere Arbeitnehmer besser einbinden

Viele Unternehmen stehen vor der Aufgabe den Umgang mit älteren Arbeitnehmern neu zu gestalten. Anstatt auf den raschen Übergang in die Rente zu setzen, könnten Unternehmen sie besser und länger einbinden.

Eine Studie der Universität Münster belegt, dass ältere Arbeitnehmer stressresistenter, erfahrener und dabei stets teamorientiert sind. Sie punkten damit, dass sie sich nicht mehr auf die Karriere konzentrieren und ihr Wissen eher an jüngere Kollegen weitergeben. Laut der Studie kennen sich Ältere selbst besser und können mit Emotionen bei der Arbeit besser umgehen als Jüngere. Gängige Stereotype wie zum Beispiel, dass sich ältere Arbeitnehmer gegen Veränderungen wehren, können bei genauerem Hinsehen nicht bestätigt werden. Sie können daher auch bei Umorganisationen im Unternehmen sehr hilfreich sein. Der Wirtschaftspsychologe Guido Hertel hält vor dem Studienhintergrund auch eine Ausweitung der



Mittelstand lässt Potenziale von älteren Mitarbeitern oft ungenutzt.

Lebensarbeitszeit deutlich über 67 Jahre für denkbar – sofern es die Gesundheit zulasse. Eine solche Verlängerung ermöglicht Hertel zufolge unter anderem in jüngeren Jahren mehr Flexibilität bei der Vereinbarung von Arbeit, Familie und Freizeit. Denkbar wären etwa Auszeiten für intensive Weiterbildung oder eine längere Elternzeit. Unternehmen wiederum profitieren von der längeren Verfügbarkeit motivierter Mitarbeiter.

INFO www.uni-muenster.de/OWMS/

INNOVATION

Energie-Förderprogramm

Bayern geht den Umbau der Energieversorgung entschlossen mit neuen Förderungen an. Das neue Programm „BayINVENT – Innovative Energietechnologien und Energieeffizienz“ ist dabei ein wichtiger Baustein des Bayerischen Gesamtkonzepts „Energie Innovativ“.

Das Förderprogramm soll zum einen die Erforschung, Entwicklung und Anwendung neuer Energien vorantreiben. Zum anderen sollen neue Energieeinsparungstechnologien entwickelt und erprobt werden. Ziel ist eine nachhaltige Unterstützung der Energiewende in Bayern, weshalb vor allem auf Innovationen und neue Technologien gesetzt wird. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf energieeffizienten Produktionsverfahren. Im Rahmen von BayINVENT stehen allein für das Jahr 2012 rund 15 Millionen Euro zur Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz zur Verfügung. Im beschlossenen Doppelhaushalt 2013/14 stellt der Freistaat für Energieforschung und neue Energietechnologien insgesamt sogar rund 180 Millionen Euro bereit. Antragsberechtigt sind wirtschaftlich tätige Unternehmen – bevorzugt kleine und mittlere Unternehmen. Darüber hinaus können sich aber auch sonstige Antragsteller auf Fördermittel bewerben, z. B. öffentliche Träger. In Form von Zuschüssen erhalten Unternehmen eine Förderung von bis zu 50 Prozent für Forschungsvorhaben, bis zu 35 Prozent für Entwicklungsvorhaben, bis zu 50 Prozent für Demonstrationsvorhaben und bis zu 40 Prozent für Studien.

INFO www.ptj.de/BayINVENT

Geschäftsfelder der LfA



Gründung



Wachstum



Innovation



Umweltschutz



Stabilisierung



Infrastruktur

IMPRESSUM

Herausgeber: LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München, Tel.: 089 / 21 24 - 0, Fax: 089 / 21 24 - 24 40, Internet: <http://www.lfa.de>
 Redaktion: Peter Freymark (v.i.S.d.P.) Gestaltung und Realisierung: Burda Creative Group GmbH München Druck: M. Saupe & Co GmbH Auflage: 60 000, erschienen im November 2012, der LfA Report erscheint vierteljährlich Fotos: S. 1: Knaus Tabbert, Fotolia und LfA Förderbank Bayern; S. 2: fotolia und LfA Förderbank Bayern; S. 3: LfA Förderbank Bayern; S. 4: Knaus Tabbert, Fotolia